

Er scheint täglich außer Montags. Preis: pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einzelne in der Post-Zeitungs-Vertheilung für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte ober deren Raum 40 Pf. für Breiten- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt I, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Dienstag, den 17. März 1896.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

Italien, Afrika und der Sozialismus.

II. Rom, den 11. März 1896.

Die sozialistische Gruppe protestierte energisch gegen das afrikanische Abenteuer und die Kolonialpolitik. Sie erklärte — nach dem Vorbild der deutschen Genossen — keinen Mann und keinen Groschen (soldo-sou) für den Militarismus! Allein die Kammer bewilligte einen Kredit von 20 Millionen Lire (16 Millionen Mark), jedoch unter der Bedingung, daß jede weitere „Gebietsausdehnung“ vermieden werde.

Die Regierung machte sich das Weihnachtsfest zu nütze: sie vertagte die Kammer und berief sie, dem Druck der öffentlichen Meinung folgend, erst zum 5. März wieder ein.

Zu letzterem Entschluß trug die Uebergabe der Festung Malakka bei — in dieser hatten sich die Regentruppen unter Führung italienischer Offiziere sehr tapfer gegen die Abessinier vertheidigt, doch wären sie in wenigen Tagen dem Wassermangel erlegen. Diese Uebergabe, die von der italienischen Regierung anbefohlen und sogar erkaufte worden war (erkaufte war jedenfalls von den Abessinern der freie Abzug der italienischen Truppen), um einen Rückschlag des italienischen Volksgefühls wegen der Niedermehlung oder die Anspornung der italienischen Befehlung von Malakka zu vermeiden, hatte bereits den günstigen Eindruck, den die „Siege“ hervorgerufen hatten, zerstört.

Insgeheim vollzog sich in der öffentlichen Meinung der herrschenden Klassen ein Umschwung, berein entsprechendes Beispiel für die wirtschaftliche Grundlage einer jeden sozialen und politischen Erscheinung ist.

In Italien zersplittert die herrschende Klasse in Grundbesitzer — die in den südlichen Provinzen vorherrschen — mit vollkommen feudalem Charakter, und in industrielle Kapitalisten — hauptsächlich in den nördlichen Provinzen — mit mehr bürgerlichem Charakter.

Crispi, dessen politische Macht sich hauptsächlich auf die Abgeordneten des Südens stützt, gewann während des Jahres 1894 und 1895 die Zustimmung der Bourgeoisie des Nordens, die ihm dankbar war für die Unterdrückung der Volksbewegung und für die Ausnahmegeetze, mit denen er gegen die sozialistische Partei wüthete; sie übersah seine moralischen Defekte.

Im Juli 1894 brachte das Ministerium Crispi, um ein Budget-Gleichgewicht herzustellen, hauptsächlich drei Steuererordnungen ein: eine Erhöhung des Getreidezolles auf 7 1/2 Lire per Bentner, eine Erhöhung der Steuer auf Mobilien-Eigenthum um 13—20 pCt. für die öffentlichen Kreditpapiere, und eine Erhöhung der Grundsteuer um ein Zehntel.

Die Kammer, die in ihrer Mehrheit aus den Latifundienbesitzern des Südens besteht, bewilligte die Erhöhung der Getreidezölle, welche die Konsumenten und vor allem die arbeitenden Klassen treffen, und eine Liebesgabe für die getreidebauenden Großgrundbesitzer sind; sie bewilligte auch

die Erhöhung der Mobiliensteuer um 20 pCt., aber sie lehnte die Erhöhung der Grundsteuer um ein Zehntel ab!

Das wäre schon ein Grund der Entzweiung zwischen dem Ministerium Crispi und der Bourgeoisie Norditaliens gewesen, wenn nicht die Furcht vor dem revolutionären Sozialismus gewesen wäre.

Noch im Anfang des Jahres 1896 war der panische Schrecken verschwunden; das intelligente Bürgerthum hatte schon gemerkt, daß Crispi mit seiner gewissenlosen Gewaltpolitik keineswegs den Sozialismus vernichtet hatte. Die Zahl der sozialistischen Abgeordneten hatte sich durch die Wahlen vom Mai 1895 verdreifacht, und der Sozialismus wuchs und erstarkte von Tag zu Tag.

All das hätte jedoch nicht ausgereicht, die Grundpfeiler, auf die das Ministerium sich stütze, wanken zu machen, wenn nicht . . . die Geldfrage hinzugekommen wäre.

Als das Ministerium, um Rache für Amba-Magi zu nehmen, 50—60 000 italienische Soldaten verlangte, (denn die Zahl der Negern in italienischen Diensten konnte nicht erhöht werden), da überlegte sich die Bourgeoisie Norditaliens, daß jeder Soldat pro Tag 8—10 Lire kosten würde, daß es sich also um eine Extra-Ausgabe von einer halben Million jeden Tag handele; und sie wurde einer Gegnerin der Afrikanpolitik und des Ministeriums überhaupt.

Aber die Steuern waren vom Parlament bewilligt, das in seiner Mehrheit aus Grundbesitzern besteht, und so lachte die Regierung über diese plötzliche Schwankung der konservativen und liberalen Partei von Piemont, der Lombardei und Venetien.

Inzwischen begannen viele tausend Familien sich über das Schicksal der italienischen Soldaten zu beunruhigen, die ja widerstrebend, ohne jegliche Begeisterung, fortgezogen sind, da sie nicht wissen, was um sie zum Kampf nach Afrika schickt. Und überdies ist unserem Volke, das sich noch sehr lebhaft an die Kämpfe für unsere Unabhängigkeit gegen die Oesterreicher erinnert, jede Begeisterung für ein Kolonialunternehmen fremd, das die italienischen Soldaten gegen die Abessinier kämpfen läßt, die ihre Unabhängigkeit und ihr Vaterland vertheidigen — wie vor 30 Jahren die Italiener.

Die Niederlage von Abua war nur der Tropfen, der den Krug zum Ueberlaufen brachte.

Die Erregung aller Volksschichten, besonders in den norditalienischen Provinzen hat eine für die Regierung gefährliche Höhe erreicht. Sie richtet sich nicht nur gegen Crispi, sondern auch gegen den König, den man für die Seele des Krieges bis zum äußersten in Afrika hält.

In Bavia, nicht weit von Mailand, spielte sich ein sehr bezeichnender Zwischenfall ab: Die Bevölkerung nämlich, und vor allem die Studenten und Frauen, verhinderten die Abfahrt des Zuges, der neue Soldaten nach Neapel zur Einschiffung nach Afrika schaffen sollte. Man riß die Eisenbahnschienen auf, und seit dem Tage läßt man die Soldaten im geheimen abfahren, um eine Wiederholung dieser Volkstungebungen zu vermeiden.

Die Abankung des Ministeriums Crispi hat eine abwartende, aber doch sehr bedenkliche Haltung des Volkes

veranlaßt, die jeden Augenblick zu neuen Protestkundgebungen übergehen kann, wenn nicht die Krise in einer den Wünschen des Volkes entsprechenden Weise gelöst wird.

Es scheint in der That, daß der König, der nur ein Auge für die militärische Entwicklung des Landes hat, dem Ministerium Rudini große Schwierigkeiten bereitet.

In wenig Tagen wird sich entscheiden, was wir zu erwarten haben.

Für heute will ich mich darauf beschränken, zu sagen, daß die Freunde der Weiterführung des Krieges, wenngleich sie auch heute unter dem Eindruck der Katastrophe von Abua sich zurückhalten, doch fleißig in der Umgebung des Königs daraufhin arbeiten, den Militarismus bis zum Uebermaß zu steigern, was allerdings unliebsame Ueber-raschungen bereiten könnte.

Die öffentliche Meinung beschäftigt sich jetzt nur mit zwei Lösungen:

Einer vermittelnden Lösung, die zwar die meisten Aussichten hat, aber trotzdem die gefährlichste und unfruchtbarste ist, ich meine die sogenannte „Friedenspolitik“, das heißt einen dauernden Zustand der militärischen Kolonisation in Afrika, die allerdings auf bescheidene Grenzen zurückgeführt werden soll, jedoch Zusammenstöße mit der Kriegsmacht des Negus Menelik nicht verhindern würde. Diese Lösung wird die Staatskasse langsam erschöpfen, ohne einerseits das künstliche Feuer militärischer Ruhmes-thaten, oder andererseits einen gesunden, thätkräftigen Widerstand der öffentlichen Meinung zu entfachen.

Die zweite Lösung ist die, welche die sozialistische Partei allezeit in der italienischen Kammer vertreten hat, indem sie sogar 1885 und 1887 sofort nach dem Gemehel von Dogali die unverzügliche Zurückziehung der italienischen Truppen aus Afrika verlangte. Es ist dies die einzig logische und vortheilhafte Lösung, zu deren Herbeiführung sich jetzt die äußerste radikale Linke und die wenigen nicht sozialistischen Republikaner vereinigen.

Die Sozialisten allein haben bei Beurtheilung der Frage der Kolonialpolitik im allgemeinen und der militärischen Expeditionen im besonderen ein klares Ziel vor Augen.

Wir sind der Ansicht, daß die Kolonialpolitik der Bourgeoisie nur möglich ist, wenn ihre wirtschaftliche Entwicklung sich so weit gesteigert hat, ihr zu erlauben, ja selbst sie zu zwingen, sich andere Absatzmärkte außerhalb Europa's zu suchen.

Italien befindet sich noch nicht in dieser Lage; es ist vielmehr noch sehr weit davon entfernt, denn zu einer Hälfte befindet es sich noch im Zustand der primitiven Land- und Feudalwirtschaft (in den südlichen Provinzen, in Sizilien und Sardinien), und in der anderen Hälfte ist seine industrielle Bourgeoisie noch nicht über die Anfänge hinausgekommen (in den Nordprovinzen). Jedensfalls ist Italien noch sehr weit von einer „wirtschaftlichen Vollblütigkeit“ entfernt, welche die kolonialen Ueberlässe gestatten könnte.

Dieses Kolonialunternehmen Italiens in Afrika ist nur eine Wirkung jenes politischen Aufstrebungsbaillus, der das Kolonialfieber erzeugt, und von dem ich schon im

Clotilde. (Nachdruck verboten.)

Da kam eben der Mann der Frau nach Hause und grüßte sehr freundlich. Clotilde er kannte in ihm den Rutscher, der sie oft gefahren, von dem sie gehört hatte, daß er einstmals die Pferde rechtzeitig zum Stehen gebracht, wodurch eine am Boden liegende Ohnmächtige vor dem Ueberfahren gerettet wurde. Bald ward es bekannt, welche thatbereite edle Wohlthäterin in Burgeberstein wohnte; die wieder zur Gesundheit, zu Betten und Kinderzeng gelangte Rutscherfrau sorgte, daß es herumkam, jeder der Ortsbewohner, jedes Kind grüßte ehrerbietig die hochherzige, fremde Dame. Aber auch im eigenen Heim hatte sich Clotilde schnell unentbehrlich gemacht.

Ihre gefällige lebenswürdige Persönlichkeit gewann ihr die Herzen der beiden Ehepaare, mit denen sie zusammen wohnte. Sie war dankbar für die liebevolle Aufnahme. Die beiden Frauen hatten sie gern wegen ihres tiefen offenen Gemüths und ihrer geräuschlosen Thätigkeit. Die beiden Männer sahen in ihr den Inbegriff edler Weiblichkeit, sie verehrten in ihr die schöne Frauenseele, die selbst das fremde Leid aussucht und nicht ruht bis es gemildert.

„Da haben wir es wieder,“ sagte der Major oft, „wenn wir noch in der besten Unterhaltung am Eßtische sitzen, brechen Sie auf, Frau Doktorin.“

„Nur einen kurzen Gang,“ erwiderte Clotilde, warf ihren Radmantel um, unter dem sie immer eine Tasche trug — und huschte ins Dorf. Bald brachte sie in dieser Haushaltung ersehnte Hilfe, bald in jener Trost und schuf Ordnung.

„Laßt sie“, sagte die Majorin, „sie hat sich einen schönen Lebenszweck erwählt, sie will leidende Menschenkinder, die arm sind und sich verstoßen fühlen, aufrichten und mit ihrem Schicksale veröhnen. Auch uns wird ihr Drang zu helfen, zu erfreuen gelegen kommen.“ Und so geschah es.

Sowohl die Majorin wie die Oberförsterin wurden fast zu gleicher Zeit Wöchnerinnen, da empfanden beide zur hohen Befriedigung, welche Perle sie in Clotilde gefunden, und zur Hilfsbereitschaft um sich hatten.

Mit umsichtiger Hand leitete sie das ganze Hauswesen und die Diensthofen iprangten, wenn sie nur winkte, dabei vermiste weder der Major seine Lieblingsgerichte, noch der Oberförster seine Abwartung und Pflege, die sein rheumatisches Leiden erheischte. Es hatte sich verschlimmert gehabt, er war außer Dienst getreten und seine Frau hatte ihn nicht hierher begleiten wollen. Das freundige Ereigniß brachte auch für ihn erfreuliches, er fühlte sich besser. Die frohe Botschaft, daß sowohl die beiden Frauen wie die beiden kleinen Mädchen sich voller Gesundheit erfreuten, kräftigte auch ihn. Als er eines Tages in die Kinderstube gehumpelt kam und Clotilde ihm sein Töchterchen in die Arme legte, da wiegte er es stolz vor sich, trug es mit aufrechtem Gange seiner Frau zu und sagte: „Das allerliebste Geschöpf ist frisch und munter wie Vater und Mutter. Aber ich habe auch für eine prächtige Pflegerin und Gesellschaftlerin gesorgt.“

„Na, na“, sagte die Oberförsterin, „Ihr Männer sorgt zuerst doch für Euch selbst.“

„Da haben wir's,“ fiel der ebenfalls hinzugesetzte Major ein, „in solchem Verdachte stehen wir nun. Diesmal aber bist Du wohl erkannt.“

„Ich freue mich nur“, erwiderte der Oberförster, und benutzte dabei bereitwillig den Stuhl, den ihm Clotilde zugeschoben — „ich freue mich nur, daß Du mich diesmal nicht übertrumpfst hast. Du sprachst ja schon einmal davon, Dein Sohn müsse einmal ein deutscher Student werden.“

Der Major fühlte sich zwar getroffen, sagte aber lächelnd: „Es ist immer gut, wenn so ein Gausewind eine ältere Schwester hat, die ihm beibringt, was edel und schicklich ist. Der weibliche Theil ist das gute Element, durch den unser Dasein verschönert und veredelt wird. Durch die Frauen wird unsere Häuslichkeit traulich und angenehm.“

„Wir werden hoffentlich viel Freude an unseren Töchterchen erleben, denn sie haben ausgezeichnete Vorbilder.“

„Darum ist mir ein Mädchen lieber, d. h. vorher, als der deutsche Student.“

„Aha, ein schnell Befehlter, Du hast doppelt Recht“, rief der Oberförster, „laßt uns gleich von der Kindtaufe reden, die Dinger müssen Namen bekommen.“

„Sagen Sie wenigstens niedliche Dinger.“

„Aber still!“ bat die Majorin, nicht so laut.“

Beide Kinder fingen zu gleicher Zeit zu schreien an.

Die Oberförsterin gab ihrem Manne einen zarten Wink, der deutlich sagte: „Laß uns allein.“

„Da haben wir's, ein ungalantes Wort reizt das schöne Geschlecht, ja auch unsere Töchter schon zum Widerspruch noch in den Windeln — komm!“

Unter diesen Worten schlängelte sich der Major mit dem Oberförster zur Thür hinaus.

In der Wohnstube fanden sie den eben angekommenen Theodor von Rügendorf vor.

(Fortsetzung folgt.)

ersten Artikel sprach; und es bringt bloß dem Militarismus Nutzen (denn wir können weder Handels- noch Landwirtschafts-Kolonisation betreiben), dem Militarismus mit jenen Schmarozern der herrschenden Klasse, die man Heerlieferanten, Schiffahrtsgesellschaften, Börsenmänner, politische Abenteurer, Neptil-Journalisten zc. nennt.

Nun, wenn die Bourgeoisie, oder richtiger die — zur einen Hälfte feudale, zur anderen kapitalistische — herrschende Klasse in Italien am Ende ihrer Kolonialpolitik ist, so ist es nicht die Aufgabe der sozialistischen Partei, ihr die Augen zu öffnen, obgleich die sozialistische Partei selbst ein Interesse daran hat, daß die Bourgeoisie in normaler Weise ihre ökonomische Umwälzung vollziehe, welche die natürliche Quelle und die Vorbedingung der endgültigen Sozialisierung der Gesellschaft ist.

Die sozialistische Partei ist eine direkte Gegnerin jeder offiziellen oder künstlichen Gebietserweiterung in den Kolonien — denn die Ausbreitung des Handels oder der Industrie durch freiwillige Auswanderung muß von anderen prinzipiellen Gesichtspunkten aus betrachtet werden.

Wenn ein Volk sich wirtschaftlich sozial und intellektuell in einer so unglücklichen Lage befindet wie die italienischen Arbeiter, so ist es eine blutige Ironie von einer Ausbreitung der Zivilisation über die nationalen Grenzen hinaus zu sprechen. Man sollte damit anfangen, das Volk im eigenen Lande auf eine höhere Zivilisationsstufe zu bringen, indem man die 600—800 Millionen Lire, die uns bis jetzt die sogenannte afrikanische Kolonie gekostet hat, zur Hebung der Landwirtschaft, der Industrie, der Gesundheitspflege und der Volkserziehung verwendet.

Wir Sozialisten wissen indessen sehr wohl, daß jede Regierung, die nur die Geschäfte der herrschenden Klassen besorgt, niemals aus dem Staatsfiskus Geld für die ungeheure Mehrheit des Volkes: die Arbeiter, hergibt; wir wissen, daß unter dem Vorwande, das Wohl des Landes und des Vaterlandes im Auge zu haben, nur im tatsächlichen oder eingebildeten Interesse der herrschenden Klasse handelt.

Von den 1600 Millionen Ausgaben, die das italienische Budget umfaßt, wird die Hälfte (fast 800 Millionen) sofort für Zinsen der Staatsschuld ausgegeben, das heißt dem unproduktiven faulen Kapitalismus in den Taschen geworfen. Von den noch übrig bleibenden 800 Millionen werden 350—400 in dem Militärbudget verausgabt. Die letzten 350—400 Millionen werden zum weitaus größten Teil für die Gehälter und Pensionen der Bureaucratie — die mit der herrschenden Klasse in der Person ihrer einflussreichen Mitglieder blutsverwandt ist — ausgegeben. Nimmt man nun noch fast 100 Millionen für öffentliche Arbeiten aus — die zum sehr großen Teil in den Taschen der Unternehmer hängen bleiben — so sieht man durch diese Securierung der Finanzen, daß 90 pSt. der Budgetausgaben zum Vortheil der herrschenden Klasse verwendet werden.

Es liegt auf der Hand, daß diese sich nicht leichtem Raufe zu einer Politik radikalere und organischer Ersparnisse und zum Aufgeben des Militarismus und der Kolonialpolitik entschließen wird, wodurch allein die Lebenskräfte eines Landes, das von der Natur so mit Reichthümern gesegnet worden ist, wie Italien, wieder aufgefrischt werden könnten.

Es ist verhängnisvoll, daß die herrschende Klasse Italiens, welche in ihrer Rückständigkeit den so reichen wirtschaftlichen Hilfsquellen des Landes nicht gewachsen ist, die ganze Bahn ihrer Entwicklung noch zu durchlaufen hat.

Die Kolonialpolitik Italiens, die nur militärischen Illusionen und Voreingenommenheiten entspricht, wird vielleicht als Hauptfaktor zur Verschleppung der politischen Auflösung beitragen, welche die Vorbedingung für die Auflösung der heutigen Bourgeoisgesellschaft ist, deren ebenso natürlicher wie unwiderstehlicher Erbe der Sozialismus ist.

Enrico Ferri.

Politische Uebersicht.

Berlin, 16. März.

Im Reichstage wurde die am Freitag begonnene und am Sonnabend fortgesetzte Generaldebatte über den Kolonialetat heute zu Ende geführt und sodann zur Debatte über die Spezialetat übergegangen. Das bemerkenswerthe waren heute zwei weitere Reden Bebel's und Richter's. Bebel zeigte unter anderem dem Grafen von Arnim, daß Peters auch ihn in dem am Sonnabend vorgelesenen Briefe belogen habe, er tabelte das ängstliche Herumgehen des Abgeordneten Pastor Schall um die dem Peters zur Last fallenden Handlungen — einige Blätter hatten das Verdienst, den Reichstag zu dem Bericht über Peters veranlaßt zu haben, dem Abg. Schall zugeschrieben! — und präzisirte die Art und das Maß der Mitschuld des Direktors Kayser an den skandalösen Vorkommnissen in Afrika. Der Zentrumsmann Dr. Lieber lenkte schon wieder ein. Er will die Kolonialpolitik gerade besonders eifrig unterstützen, nachdem gegen eine Wiederkehr oder wenigstens für die eventuelle Sühne solcher Fälle wie die besprochenen gesorgt sein würde. Das widerspricht durchaus der Erklärung, die Herr Lieber am Freitag abgab. Die Rechte beantragte und bereitete den Schluß, nachdem sie die meisten Redner und das letzte Wort gehabt hatte; indeß wohl nur, weil ihr die Debatte un bequem war. Unter von persönlichen Bemerkungen verwahrten sich eine Anzahl der Abgeordneten dagegen, den Peters protegirt zu haben. Es ist freilich sehr unangenehm, daran jetzt erinnert zu werden; Bebel diente aber mehreren der Herren sofort mit Beweisen. Welchen Grad von — Ungenüchtheit der Dr. Karl Peters übrigens befigt, zeigt der Umstand, daß er sowohl der heutigen wie der Sonnabend-Sitzung auf der Tribüne heimohnte. Morgen: Fortsetzung der heutigen Debatte, außerdem Marine-Gtat.

(In der letzten Reichstagsnotiz — der Sonntagsnummer — ist bei Erwähnung der Pfandweiber irrtümlich Peters genannt. Es muß natürlich Leist heißen. Peters hat so viel auf dem Kerbholz, daß wir ihm nicht auch noch die Pfandweiber anschaffen wollen.)

Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte am Montag eine Reihe kleinerer Vorlagen. Ohne wesentliche Debatte wurden angenommen in zweiter Lesung der Gesetzentwurf betr. Abänderung des Pensionsgesetzes von 1872 sowie die Vorlage betr. die Förderung eines veränderten Bauplans für den durch Brand zerstörten Flecken Prottorode in Verbindung mit einer Resolution, wonach Staatsmittel gefordert werden, soweit Kommunal- und Pro-

vinzialverbände nicht leistungsfähig sind. In erster und zweiter Beratung wurden erledigt die Gesetzentwürfe betr. die Errichtung einer Generalcommission für Ostpreußen, betr. die Aufhebung der im Gebiet der Monarchie bestehenden Tag-Ordnungen für Ärzte und Zahnärzte und betr. die Dauer der Wahlperioden für die weltlichen Mitglieder der Probsteien der ev.-luth. Kirche der Provinz Schleswig-Holstein. Der Gesetzentwurf über das Grundbuchwesen und die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen im Herzogthum Lauenburg wurde an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen, und schließlich noch ein Antrag v. Gilgenheim betr. die obligatorische Beschulung taubstummer Kinder angenommen, nachdem die Regierung erklärt hatte, daß sie demselben wohlwollend gegenüber steht. — In der nächsten Sitzung, welche erst am Mittwoch stattfindet, wird die Beratung des Antrages Ring betr. Maßregeln zur Verhütung der Einschleppung von Viehseuchen fortgesetzt. Außerdem stehen Wahlprüfungen und Petitionen auf der Tagesordnung.

Die silberne Internationale an der Arbeit. Vor einigen Tagen hat das belgische Parlament eine bimetalistische Interpellation zu übersehen gehabt. Heute wird aus Wien befehrt:

Im Abgeordnetenhaus stellten die Abgeordneten Suez, Milleski und Genossen folgenden Antrag: Da die Schwankungen in der gegenwärtigen Bewertung von Gold und Silber sich als ein schwerer wirtschaftlicher Nachtheil erwiesen haben, wird die Regierung aufgefordert, alle etwa von anderen Staatsverwaltungen ausgehenden Bestrebungen, die auf eine internationale Feststellung des gegenwärtigen Wertes dieser Metalle abzielen, lebhaft zu unterstützen.

Die Bimetallisten in Deutschland, Frankreich und Großbritannien werden getroffenen Vereinbarungen entsprechend folgen. Trotz dieses Zusammenwirkens der silbernen Internationale wird sie doch in absehbarer Zeit keine Erfolge aufweisen können.

In Frankreich haben zwei sozialistische Abgeordnete, Croussier und Dejeante ihr Mandat niedergelegt. Bei der letzten allgemeinen Wahl wurden sie von der Alleman'schen (Possibilisten-) Gruppe als Kandidaten aufgestellt und mußten damals einen Revers unterschreiben, durch den sie, für den Fall einer Differenz mit dem Wahlkomitee, die Niederlegung ihres Mandats erklärten. In einer solchen Differenz ist es nun vor kurzem gekommen. Das Komitee der Alleman'schen Gruppe hat sich gegenüber den sozialistischen Einheitsbestrebungen so intolerant gezeigt, daß die genannten zwei Abgeordneten aus der Gruppe austraten. Das Komitee schickte hierauf jene beiden Erklärungen an den Präsidenten der Kammer. Dieser bezeugte dieselben, der sie in blanco, ohne Datum waren, für ungültig. Und da Präsident hatte hiermit Recht. Allein unsere Genossen wollten aus einem Formfehler keine Vortheile ziehen — sie schrieben sofort an den Präsidenten, daß sie ihre Mandate niederlegten.

Croussier und Dejeante sind beide in Paris gewählt und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß ihre Wiederwahl mit großer Mehrheit erfolgen und daß diese Wiederwahl dazu beitragen wird, endlich die Einflüsse zu beseitigen, welche bisher die vollständige Einigung der verschiedenen Sozialistengruppen Frankreichs verhindert haben.

Die sozialistische Fraktion des italienischen Parlaments wird morgen zum ersten Male vollständig in der Kammer erscheinen. Die Genossen Garibaldi Basso, De Felice und Dr. Barbato, die so lange ungeschuldig im Zuchthaus geschmachtet haben, werden morgen zum ersten Male Gelegenheit haben, ihre Mandate auszuüben. Barbato soll zwar erklärt haben, sein Mandat nicht ausüben zu wollen, doch zweifeln wir vorläufig an der Richtigkeit dieser Meldung.

In ganz Italien herrscht lebhaftere Freude, daß das Unrecht an unseren Genossen, so weit dies noch möglich war, gesühnt wurde. Die Demonstrationen für die Freigelassenen, die nun mit verdoppeltem Eifer für unsere Ideen eintreten wollen, waren gleichzeitig bedeutungsvolle Demonstrationen für den Sozialismus.

Ein neuer Feldzug gegen den Sudan. Kaum hat sich Italien die Hand in Afrika verbrannt, da steck England die Finger ins Feuer. Das heißt, es schiebt zunächst die Finger der Ägypter ins Feuer, wie es in der Fabel der diplomatische Affe mit den Pfoten seiner Freundin, der Rabe, gemacht hat. Die Macht des Mahdi Abdullahi in Omdurman soll nun endgiltig — es ist das etwa das dritte oder vierte Mal — in Grund und Boden zerschmettert werden. „Wie war die Zeit so günstig!“ versichern uns krieglüsterne Federen. Die Zeit war immer günstig, und nachher ging die Sache dennoch schief. Den nächsten Anlaß hat die Bedrohung der italienischen Befahrung von Kassala durch vorrückende Truppen des Mahdi, die sogenannten Dervische gegeben. Es liegen jetzt eine ganze Anzahl von Telegrammen vor, die keinen Zweifel an dem neuen Feldzuge mehr lassen.

Das Expeditionskorps unter Befehl des Generals Kitchener nach Dongola wird eine Stärke von 8000 Mann haben. Etwa 100 englische Offiziere werden dabei sein. Von englischen Truppen ist ein Bataillon des Regiments „Commaught Rangers“ nach Wadi Halfa entsandt. Ferner rückt das North Staffordshire Regiment mit einigen ägyptischen Bataillonen am Freitag auf dem Wasserwege nach Wadi Halfa vor. Der Rest der ägyptischen Truppen soll später folgen. Die Expedition marschirt durch die Wüste von Wadi Halfa nach Dongola.

Wie aus Kairo berichtet wird, beabsichtigt die ägyptische Regierung die Kasse der „Deite publique“ um die Erlaubniß anzufragen, zur Deckung der Kosten der Expedition nach Dongola 500 000 ägyptische Pfund leihweise dem allgemeinen Reservefonds zu entnehmen.

In einem Artikel der „Times“ heißt es, die ägyptischen Interessen und die englische Politik machten das Vorrücken auf Dongola zu einer dringenden Angelegenheit, da der Stoß, welchen das Prestige der europäischen Mächte durch die Niederlage der Italiener erhalten habe, durch einen Friedensschluß mit Menelik nicht neutralisirt werden könnte. Die Jahre der englischen Verwaltung hätten Ägypten eine machtvolle Armee gegeben und für Ägypten sei jetzt die Zeit gekommen, den Sudan wiederzugewinnen.

Vielfach wird die Vermuthung ausgesprochen, daß die englische Regierung den Feldzug angezettelt habe, um die dauernde Okkupation Ägyptens während der voraussichtlich lang andauernden kriegerischen Verwicklungen mit den Mahdisten zu rechtfertigen. Die Oppositen in England macht dem auch entschieden gegen die Pläne Front.

Es wird ferner versichert, daß mit den anglo-ägyptischen Truppen gleichzeitig ein Vorstoß vom Kongostaat aus gegen das Mahdistenreich versucht werden soll. Darüber wird von der offiziellen „Agence Havas“ in Paris gemeldet:

Nachrichten aus besonderer Quelle gestatten auf neue das Gerücht von einer Expedition des Kongostaates nach dem Sudan für unbegründet zu erklären. Der Kongostaat habe aber in der Voraussicht eines Vorstoßes der Dervische nach dem Bah-el-Ghazal und infolge des Vorrückens der Ägypter nach Khartum ein Lager am Nil errichtet und Frankreich den Vorschlag einer gemeinsamen Vertheidigung gegen die Dervische gemacht.

Das würde praktisch doch auf ein Zusammenarbeiten mit der englischen Macht hinauskommen. Und doch erscheint es schwer glaublich, daß auch Frankreich geneigt sein sollte, sich auf gemeinschaftliche Abenteuer mit England im Bergen von Afrika einzulassen.

Recht sonderbar muß es jedenfalls berühren, daß den Ägyptern von ihren englischen Freunden die Wiedereroberung des Sudan als eine Ehrenpflicht aufgebrängt wird, trotzdem den nämlichen Ägyptern die nämlichen englischen Freunde noch nicht einmal die Fähigkeit und das Recht zugestehen, ihre eigenen Angelegenheiten ohne englische Vormundschaft zu erledigen; wir sollten meinen, wenn die Ägypter nicht fähig sind, ihr eigenes Land in Ordnung zu halten, dann würden sie gut thun, sich nicht zu einem Eroberungszuge gegen ein fremdes Volk aufsuchen zu lassen. Die Erfahrung sollte sie Vorsicht gelehrt haben und zwar die eigene Erfahrung; sie brauchen garnicht einmal auf die Italiener zu blicken. Es führen viele ägyptische Spuren in den Sudan hinein, aber wenige wieder heraus.

Die Engländer im Transvaal. Den „Times“ wird aus Pretoria vom 13. März gemeldet:

Der Erwägung des Präsidenten Krüger unterliegt eine wichtige Depesche des Staatssekretärs des Kolonialamtes Chamberlain, welche Krüger durch die Vermittelung Robinson's erhalten hat. Chamberlain weist in der Depesche auf die Möglichkeit der Aufhebung der Londoner Konvention hin, wenn die Regierung der Südafrikanischen Republik den Beschwerden der Ulfanders Hilfe verschaffe und den britischen Unterthanen das Wahlrecht gewähre. Ferner schlägt Chamberlain einen Freundschaftsvertrag vor, in welchem die Unabhängigkeit Transvaals durch England garantiert würde. Präsident Krüger hat erklärt, daß er in ungefähr 3 Tagen antworten werde.

Aus dieser Mittheilung ist zum ersten Male klar ersichtlich, worauf Herr Chamberlain's freundliche Bemühungen um die „Ulfanders“ im Transvaal abzielen. Daß den Eingewanderten die Erlangung des Bürgerrechts in der Republik und damit die Ausübung des Wahlrechts zugänglich gemacht wird, etwa unter den in den Vereinigten Staaten von Amerika für die Erlangung des Bürgerrechts gültigen Bestimmungen, ist ein durchaus gerechtfertigtes Verlangen. Darüber geht aber Herr Chamberlain weit hinaus. Er will den Engländern das Wahlrecht im Transvaal sichern, auch wenn sie britische Unterthanen bleiben. Diese Forderung wurde früher bereits von den Freunden Jamesons in Johannesburg in der Form geltend gemacht, daß aus dem bis jetzt im Transvaal bei Erwerbung des Bürgerrechts gültigen Huldigungsseid die Absage des Unterwürfigkeitsverhältnisses zu irgend einer anderen Regierung gestrichen werden solle. Auf Chamberlain's Forderung kann das Transvaal indeß nicht eingehen, ohne Selbstmord zu begehen. Kein Staat könnte den Unterthanen eines fremden Landes, ohne daß diese das bisherige Unterthänigkeitsverhältnis aufgeben, in den staatlichen Angelegenheiten der neuen Heimath ein Recht der Mitentscheidung zugestehen. In einem anderen Lande wäre die Gefahr, die daraus erwächst, aber bei weitem nicht so groß wie im Transvaal, wo die englischen Unterthanen einen erheblichen Bruchtheil der Bevölkerung bilden.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Genosse Wagemann wurde am 20. Dezember v. J. vom Landgericht zu Rudolstadt i. Th. zu Gefängnißstrafe verurtheilt, weil er ebenso wie eine Reihe anderer Redakteure unserer Partei den zuerst in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienenen Artikel über einzelne Hohenzollern aus früheren Jahreshundert und die Rede des Kaisers über die „vaterlandslose Kotte“ abgedruckt hatte und sich dadurch nach den Feststellungen des Landgerichts der Beleidigung des jetzigen deutschen Kaisers schuldig gemacht haben sollte. Wäre nur, so heißt es in dem Urtheile, eine historische Darstellung beabsichtigt gewesen, so hätte es der Einleitung und des Schlusses nicht bedurft. — Die Revision des Angeklagten betont, daß eine Kritik historischer Thatsachen nicht verboten sei, und der Umstand allein, daß der Kaiser Joachim und sein Bruder Albrecht dem Hause Hohenzollern angehörten, dem auch der jetzige Kaiser angehört, sei nicht geeignet, die Kritik jener beiden Personen in eine Beleidigung des Kaisers umzuformen. — Das Reichsgericht (3. Strafsenat) erkannte jedoch auf Verwerfung der Revision.

Deutsches Reich.

Der Vorstand der Deutschen Kolonialgesellschaft (Abtheilung Berlin) hat gleich nach der ersten, den „Fall Peters“ behandelnden Reichstags-Sitzung vom Freitag voriger Woche folgenden Beschluß gefaßt: Die Berliner Abtheilung der Deutschen Kolonialgesellschaft erwartet, daß Dr. Peters sich von den gegen ihn erhobenen schweren Beschuldigungen reinigt; denn es ist selbstverständlich, daß nur ein intakter Charakter an der Spitze einer so großen Kolonialabtheilung und der Kolonialbewegung stehen kann.

Hat denn von den sämtlichen Kolonialenthusiasten des fraglichen Vorstandes niemand sich früher das Buch des Herrn Peters angesehen, in dem dieser „Charakter“ sein ungeheuerliches Treiben in Afrika bereits eingestanden hat?

Wie übrigens die „Nat.-Ztg.“ berichtet, hat Peters seine Stellung als Vorsteher der Berliner Kolonialabtheilung niedergelegt und die Einleitung der Disziplinaruntersuchung gegen sich beantragt.

Gegen die Margarine oder den Oeltalg, wie die Kunstbutter im Agrarischen genannt wird, zieht folgende Zuschrift der „Deutschen Tageszeitung“ zu Felde: Vor einigen Tagen besuchte mich der Besitzer einer chemischen Fabrik und erzählte mir, als ich die Güte seiner Fabrikate in Wagenfett, Maschinenfett bewieselte, daß er nur allerbeste Rohmaterialien verarbeite und minderwerthiges Rohmaterial schon an eine Margarine-Fabrik verkauft hätte. Vor längerer Zeit hätte er einmal ein Quantum australischen Talg erhalten (zur Herstellung von konsistentem Fett), der verdorben war und schon ganz grün aus sah. Dieser Talg konnte zu konsistentem Fett nicht verarbeitet werden und war deshalb für den Fabrikanten fast wertlos, jedoch er froh war, in einer Margarine-Fabrik einen willigen Abnehmer zu finden. Ich hielt ihm vor, daß er doch ebenso gut selbst den Talg hätte reinigen können, wie die Margarine-fabrik und war dann sehr erfreut, von dem Fabrikanten zu hören, daß die Reinigung mit Schwefelsäure gemacht würde und daß es sehr schwer hielte, die Schwefelsäure wieder vollständig zu entfernen. Das konsistente Fett dürfte aber keine Säure enthalten und deshalb war der verdorbene Talg für Wagenfett ungeeignet. Der Besitzer dieser chemischen Fabrik war auch der Meinung, daß ein großer Theil der Margarine mehr oder weniger Schwefelsäure enthielte. Wenn seine Vermuthung richtig ist, dürfte es sich vielleicht empfehlen, Margarine auf den Gehalt von Schwefelsäure untersuchen zu lassen.

Reichstag.

61. Sitzung vom 16. März 1896. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher, v. Mar. Schall, Direktor Kayser.

Die Beratung des Kolonialstaats wird fortgesetzt.

Abg. Werner (Reform-P.): Die Anklagen gegen Herrn Peters sind nicht entkräftet, sondern zum Theil vom Direktor Kayser bestätigt worden. Die Agitationen des Herrn Peters können der Kolonialpolitik nicht förderlich sein. Herr Wehlan wird mir von einem Herrn, der die zweifelhafte Ehre hat, ihn zu kennen, als ein Schenkel geschilbert, das ebenso mit Knütteln todtgeschlagen werden müßte, wie er Kriegsgefangene hat todtgeschlagen lassen. Mit solchen Leuten sollte man etwas kürzeren Prozeß machen. Aus solchen einzelnen Vorgängen aber kann man nicht Stimmung gegen die Kolonialpolitik machen. Es giebt auch Lichtbilder in der Kolonialpolitik; ich erinnere an die Helden, welche ihr Blut gelassen haben auf dem Felde der Ehre. Auch Herr von Bismann ist unbestreitbar geblieben. Allerdings sind die Verhältnisse in Afrika anders als bei uns; aber dadurch kann Herr Peters nicht entschuldigt werden. Ich freue mich, daß Herr Hammacher ihn von den Klackhöfen seiner Partei so kräftig abgeschüttelt hat. Redner tritt dafür ein, daß der Branntwein aus den Kolonien möglichst fern gehalten werden soll. Ein Lichtpunkt ist auch die Depesche des Kaisers an den Präsidenten Krüger; das waren echt deutsche Kaiserworte; sie haben Begeisterung erregt. Wir wollen eine vernünftige Kolonialpolitik und keine uferlosen Pläne. Bei Auswähl der Beamten für die Kolonien sollte aber die Regierung vorsichtig sein, damit die christliche Kultur wirklich gefördert und das Ansehen des Deutschen Reiches gewahrt wird.

Abg. v. Mantuffel (L.): Ich glaube, daß selbst mein böswilligster Gegner mir nicht Kolonialschwärmerei wird vorwerfen können; ich habe immer die Meinung gehabt, man hätte sich einschränken sollen. Wir sind einen Theil unserer Kolonien losgeworden durch den Austausch von Sansibar gegen Helgoland. Ich bin aber auch kein trockener, phantastischer Budgetmensch. Ich stehe der Frage vollständig objektiv gegenüber und da muß ich doch sagen, daß ich die Angriffe gegen die Kolonialverwaltung als berechtigte nicht anerkennen kann. Eine vollständige Aufgabe der Kolonien würde ich als eine capitis diminutio (Entziehung) betrachten. (Beifall rechts.) Die Angriffe gingen immer dahin, daß der Militarismus zu stark vertrieben sei. Die drei Leute, über welche der Stab gebrochen wurde, Leiß, Wehlan und Peters sind keine Berufsoldaten. Aber die Berufsoldaten Bismann, v. Bülow, v. Francoisi werden gerühmt. Die Herren werden also wohl in Zukunft die Kolonialverwaltung unterstützen, wenn sie mehr Berufsoldaten verwenden. Der Eindruck der Verhandlung vom Sonnabend ist doch der, daß der Sturm der Entrüstung vom Freitag sich etwas gelegt hat, daß eine kühlere Erwägung Platz greift. In erster Reihe steht das vom Direktor Kayser vorgelesene Protokoll. Ich verurtheile wie meine Freunde v. Massow und Schall das Verhalten des Herrn Peters. Er hat geschlechtlichen Umgang mit dem schwarzen Mädchen gehabt; er mußte als Leier ein tadelloses Verhalten beobachten. Die Situation mag allerdings harte Maßregeln erfordert haben. Auch in Europa werden im Kriegszustande die Spione nicht sehr gütlich behandelt. Der bedeutendste Punkt ist der Brief an den Bischof Luder. Ist der Brief so geschrieben, wie Herr Wehlan vorgetragen, dann gebe ich Herrn Peters preis, dann ist kein gutes Paar an ihm, dann hat er aus das allerhöchste Verbrechen begangen, dann hat er seinen christlichen Glauben abgeschworen und ist ein gemeiner Mörder. Aber man sollte erst die Untersuchung abwarten, man sollte Peters, der doch gewisse Verdienste hat, erst hören. Die Ehre eines deutschen Mannes einfach tödten, ohne ihn zu hören, das nenne ich unerbötlich und dagegen muß ich protestieren. (Beifall rechts.)

Direktor Kayser: Herr Wehlan hat die belagerten Vorwürfe als typisch für die Kolonialverwaltung bezeichnet. Die Folgerung, welche er in bezug auf meine Person gezogen hat, lassen mich kalt; sie haben von der zuständigen Stelle des Hauses ihre Sühne gefunden. Herr Richter bemerkte, daß das Vorbild Peters' zur Nachahmung anreize. Ich habe bereits auf den Erlaß des Reichskanzlers verwiesen. Wir haben angeordnet, daß von allen schweren Strafen in den Kolonien hierber Nachsicht gegeben werden muß. Es sind infolge der Unruhen mehrere Mädelführer hingerichtet worden, deren Handlungen Menschenopfer gefordert haben; in anderen Fällen sind die Todesstrafen in Geld und Gefängnisstrafen umgewandelt worden. Solange mich das allerhöchste Vertrauen auf diesem dornenvollen Pfade läßt, muß ich Anklagen gegen die Kolonialverwaltung zurückweisen und ich werde mich nicht einschüchtern lassen durch irgendwelche Drohung. Die Zustände in den Stationen des inneren Afrika sind schwieriger als ein Kriegszustand in Europa. Der Europäer steht allein den Eingeborenen oder den auf einer niedrigeren Bildungstufe stehenden Untergebenen gegenüber. Ueber diese Männer darf man nicht, ohne sie zu hören, generell den Stab brechen. (Ist auch nicht geschehen!) Wie kommt Herr Wehlan dazu, diese Einzelfälle als typisch zu bezeichnen? Ich mußte annehmen, daß Herr Wehlan sich auf das stütze, was Herr v. Bollmar im vorigen Jahre vorgebracht hat. Die vorgebrachten Einzelfälle sind untersucht worden. Wir haben frey und quer gefragt nach dem Kolonialbeamten, der seine muhamedanischen Diener gezwungen haben soll Schweinefleisch zu essen. Wir haben nichts ermitteln können. Ein Eisenbahnbaunternehmer sollte die Hütten der weggelaufenen Arbeiter säubern und niedergebrannt und auf die Arbeiter geschossen haben. Es hat sich herausgestellt, daß er die Arbeiter durch die Polizei zur Arbeit zurückbringen ließ, wobei diese sich widersetzten. Redner führt einige weitere Fälle an, welche Herr v. Bollmar vorgebracht hat, die sich als unrichtig erwiesen haben. Der Gewährsmann für diese Erzählungen ist Herr Posmeiser, ehemaliger Lieutenant, der wegen Verbreitung sozialdemokratischer Gedanken den Dienst quittirt hat und nach Ostafrika gegangen ist, wo er sich vier Monate lang aufgehalten hat. Ueber seinen Charakter haben wir Nachforschungen angestellt; er war Sozialdemokrat, sehr nervös und überreizt. Er war bei den Arbeitern verhaßt und wurde nur Bana Dapa genannt, denn seine Kenntniß des Suaheli beschränkte sich auf das Wort Dapa = Bier. (Heiterkeit.) Ein englisches Fräulein hat über seinen Aufenthalt in Sansibar und Dar-es-Salaam Aufschuß veröffentlicht und sich beklagt über das Arbeiten der Kettengefangenen. Sie hat den Splitter in Dar-es-Salaam bemerkt, aber nicht den Balken in Sansibar, denn von dort haben wir diese Einrichtung übernommen. In einer holländischen Missions-Zeitschrift ist über diese Frage ein parteiischer Bericht veröffentlicht worden von einem Vater von der Bura, der sich 8 Monate in Deutsch-Ostafrika aufgehalten hat. Er schildert, daß Dinge und Sicherheit hergestellt ist, die Karavannen haben nichts mehr zu befürchten; die schweren Begeger sind abgeschafft. Die Sklavenjagden sind beseitigt, die Kriege zwischen den verschiedenen Negestämmen vermindert sich immer mehr. Er lobt auch das außerordentliche Entgegenkommen der deutschen Beamten für die Missionäre. Sind das nicht große Segnungen der deutschen Herrschaft? Aus diese Auslassungen kann ich froh sein. (Beifall im Centrum.) Es sind in Ostafrika schon große Anlagen gemacht, Pflanzungen angelegt, deren erste Produkte hierber gekommen sind, die auch hohe Preise ergeben haben. In Kamerun und Togo haben wir eine ähnliche gute Entwicklung, überall sind Gesellschaften zur Ausbeutung des Grund und Bodens gebildet. 12 protestantische und 7 katholische Missionsgesellschaften sind in Thätigkeit, die Zahl der Missionäre ist im Wachsen begriffen.

Der Ursprung dieser anonymen Zuschrift erscheint einigermaßen verdächtig. Jedenfalls wird es angebracht sein, eine chemische Untersuchung darüber anzustellen, ob wirklich die Margarine Schwefelsäure enthält. —

Die oberschlesischen Grubenarbeiter wollen an die preussische Regierung eine Petition richten, um die Bergwerksgesellschaften gesetzlich zur Anlage fahrbarer Notwehrschächte, sowie zur Anlage elektrischer Alarmpfeifen in den Gruben zu verpflichten, damit die ganze Belegschaft im Falle einer Gefahr sich rechtzeitig retten kann.

Nach den schrecklichen Grubenkatastrophen, deren Schauplatz erst jüngst Schlesien gewesen, sollte man wohl erwarten, daß das Gesuch der oberschlesischen Grubenarbeiter nicht auf die lange Bank geschoben wird. Freilich, dem Unglücke von Kattowitz ist das auf der Antonienhütte und andere vorausgegangen und man hat trotzdem alle anderen, so vor allem die politisch-polizeilichen Rücksichten höher gestellt, als die Sicherung des Bergwerksbetriebs gegen menschenverachtende Unglücksfälle. —

Oesterreich.

Wien, 15. März. (W. Z. B.) Ein Zug von etwa 20 000 Arbeitern und Arbeiterinnen sowie ungefähr 50 Studenten begab sich heute Nachmittag zum Central-Friedhof, wo an dem Obelisk für die Märzgefallenen 81 Kränze mit rothen Schleifen niedergelegt wurden. Mehrere Redner hielten mit großem Beifall aufgenommene, auf die Feier bezügliche Ansprachen, theils in deutscher, theils in tschechischer und italienischer Sprache, deren letzte mit einem Hoch auf die Arbeiter in Karwin und Ostrau schloß. Nachdem ein Trauerlied gesungen war, erfolgte der Abmarsch vom Friedhofe. Die Kundgebung verlief ohne Zwischenfall. —

Frankreich.

Paris, 16. März. Der internationale Eisenbahnkongress trat heute Vormittag zusammen. —

In Marseille war am Sonntag ein Bürgermeistertag veranlaßt. Dreißig Bürgermeister (Maires) von südfrensischen Städten waren zugegen und faßten u. a. eine Resolution zu gunsten der Abschaffung des Senats. —

Belgien.

Unser Genosse Vandervelde ist, nebst seinem Widerpart in dem vielbesprochenen Duell, von dem Gerichtshof in Brüssel am vorigen Sonnabend zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Die Strafe wird, auf Grund des Gesetzes über „bedingte Freilassung“ nicht vollstreckt werden. Aber Genosse Vandervelde wird sich nicht wieder ducken. —

Italien.

Ueber die Friedensverhandlungen wird gemeldet, daß es auf beiden Seiten an gutem Willen nicht fehlt. Der Regus Menelli hat sich an den König von Belgien um seine Intervention zum Zweck des Friedensabschlusses gewandt. Man ist in Italien von dem Bestehen des Friedensabschlusses trotz aller Heereien der crispi'schen Presse überzeugt. —

Rom, 15. März. Die „Agenzia Stefani“ veröffentlicht ein von dem Ministerpräsidenten di Rudini an die Präfekten gesandtes Rundschreiben, in welchem es heißt, die gestern gewährte Amnestie sei ein Akt der Verabgung und habe den Zweck, jeden Vorwand zu Agitationen zu beseitigen. Die Regierung müsse aber um so wachsam und entschlossener sein, jede Verletzung des Gesetzes hintanzuhalten. Der Ministerpräsident fordert die Präfekten auf, in nachdrücklicher Weise seinen Intentionen zu entsprechen, welche die einer wirklich freisinnigen, entschieden konservativen Regierung seien und fügt hinzu, die Präfekten sollten die Neubildung von verbecherischen Vereinen verhindern, in dieser Hinsicht auf der Hut sein und die eventuellen Gründer solcher Gesellschaften den Gerichtsbehörden anzeigen. —

Rom, 16. März. Der Deputirte Cavallotti erklärt im „Don Chiocciotto“, daß zwischen ihm und dem Ministerpräsidenten Rudini kein Vertrag irgend welcher Art über die Haltung der Radikalen im Parlament geschlossen worden sei. —

Spanien.

Demonstrationen gegen die Vereinigten Staaten finden trotz der Bemühungen der Regierung, dieselben zu unterdrücken, ununterbrochen statt. —

Rußland.

Truppensendungen nach Ostasien sind hier an der Tagesordnung. Am 14. d. Mts. wurden in Odessa wieder 1000 Mann nach Blabivostok eingeschifft. —

Amerika.

Vom kubanischen Kriegsschauplatz wird aus New-York gemeldet: Nach einem hier aus Havannah eingegangenen Telegramm hielt die Garnison von Cano bei Havannah ein spanisches Bataillon, das gegen Cano zu marschirte, trüblich für eine Abtheilung kubaufischer und feuerte auf dasselbe. Die Spanier wurden dadurch in den Glauben verfeßt, daß die Kubaufischen die Stadt eingenommen hätten und machten ihrerseits einen Angriff. 12 Soldaten wurden getödtet und 5 Offiziere nebst 27 Mann verwundet.

Wie ferner gemeldet wird, hat Macteo die Stadt Watabano verbrannt; später wurde Macteo geschlagen und zog in westlicher Richtung weiter. Die Verluste der Kubaufischen sollen bedeutend sein. —

Washington, 14. März. Das Repräsentantenhaus hat heute eine Bill angenommen, durch welche das Gesetz betr. die Verzeihung solcher Schiffe von den Tonnengebern, deren Heimathländer den amerikanischen Schiffen ähnliche Vergünstigungen gewähren, aufgehoben wird. Durch dieselbe Bill werden die Tonnengebühren für Schiffe, welche zwischen den Vereinigten Staaten und den fern abliegenden Inseln verkehren, von 3 auf 2 Cents per Tonne herabgesetzt. —

New-York, 14. März. Nach einer Depesche der „New-York World“ aus Washington hat sich Venezuela bereit erklärt, einen Schiedspruch über die Yuxuari-Frage unabhängig von der Grenzfrage seitens einer Kommission anzunehmen, in die England und Venezuela je zwei und die Vereinigten Staaten einen Vertreter entsenden. —

China.

Peking, 16. März. (Reichung des „Reuter'schen Bureau“.) Der Kaiser unterzeichnete heute die Verordnung, durch welche die Eröffnung des Si-Kiang für den Handel genehmigt wird. —

Afrika.

Auf den Sklavenhandel in Ostafrika weist die „Christliche Welt“ hin. Es sei Thatsache, daß in Ostafrika der Sklavenhandel aus der unmittelbaren Nachbarschaft der deutschen Küstenstationen noch lebhaft nach Bamba und Sansibar hinüber betrieben wird; mindestens 5000 bis 6000 Sklaven werden jährlich dort verschifft. Ferner ist es Thatsache, daß Sklavenhändler die ostafrikanische Dampferlinie sogar zur Sklavensukzube benutzen, indem sie frank und frei Fahrtscheine für etliche ihrer Sklaven benutzen, um sie nach anderen Orten zu bringen. Die „Christliche Welt“ beschuldigt ferner die katholischen Missionen direkt des Sklavensukzube zum Zwecke der Missionserziehung; im Bismarck-Archipel überhieseln die Eingeborenen lediglich deshalb in nächstlichen Raub- und Beutezügen die Nachbarvölker, um die erbeuteten Kinder der katholischen Mission zum Sklavensukzube anzubieten. Bogamoyo sei auch nur eine große Sklavensukzube unter christlicher Kulturschleife, losgekauften Sklavensukzube bildeten die Hauptkultur der Missionsangehörigen. —

Das ist ein erfreuliches Bild, ein Zeichen, daß die Arbeit ergebnisreich gewesen ist. Es ist davon die Rede gewesen, daß der Kauf der Kolonialpolitik verfliegen sei. Den Kauf überlasse ich anderen; statt der Begeisterung wünsche ich lieber Vertrauen und Zuversicht. Trotz allen Ahseljudens verwicklichen sich die Hoffnungen der Männer, welche die Kolonialpolitik unterstützen, und ich will hoffen, daß die Kapitalien gut angelegt sind und gute Ergebnisse zeitigen werden. (Beifall rechts.)

Abg. v. Kardorff: Bezüglich des Herrn Peters stehe ich auf demselben Standpunkt, den Graf Arnim eingenommen hat. Hat Herr Wehlan den Brief des Herrn Peters richtig wiedergegeben, dann können wir Peters in keiner Weise mehr halten. In Deutsch-Ostafrika handelt es sich darum, daß dort durch die Sklavenjagden hunderttausende von Menschen dem Elend preisgegeben waren in einem Gebiete, wo die friedliche Arbeit herrschen könnte. Herr Richter stellt es so dar, als wenn die Neger friedlich lebten; sie beschäftigten sich mit der Plünderung der Karavannen und mit den Sklavenjagden. Dem gegenüber haben die Stationen keine leichte Aufgabe. Deshalb sind die strengen Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Stationen anders zu beurtheilen; oder man muß ganz auf die Kolonialpolitik verzichten. (Sehr richtig! links.) Gegen den Abg. Peters (Weiterkeit) gegenüber Herrn Peters hat Herr Richter sehr wenig geleistet; nur die Negation und weiter nichts. (Nachen links.) Aber seine Opposition wird nicht dazu führen, die Kolonialpolitik todt zu machen. Im Reichstage wird sich immer für eine vernünftige Kolonialpolitik eine gute Mehrheit finden. (Beifall rechts.)

Abg. Fürst Radziwill (Pole): Die weitgehende Erregung über einige, hoffentlich vereinzelte Vorfälle in unseren Kolonien ist ein Zeichen der sittlichen Gesundheit unseres Volkes. So viel ist festgestellt worden, daß wir berechtigt sind zu dem Schluß, daß große sittliche Schäden bei der Verwaltung unserer Kolonien im einzelnen zu Tage getreten sind. Wenn ideale Ziele und wahre Kultur in den Kolonien verfolgt werden, so müssen wir auch bei uns für bessere Zustände sorgen. Ich erinnere an die zunehmenden Zustände, die unentdeckt bleiben. Wegen die zunehmende Verrohung muß eine Abhilfe gesucht werden, wie sie durch die lex Heinze beabsichtigt war.

Abg. Sasse (nat.) weist darauf hin, daß das Sultanat Bitu nicht entsprechend dem Sansibar-Vertrage selbständig geworden ist.

Direktor Kayser: Wir sind der Meinung, daß der Sansibar-Vertrag der englischen Regierung nicht das Recht giebt, das Bitu-Land einzuverleiben; sondern es kann nur ein Protektorat bestehen.

Abg. Wehlan (Soj.): Ich bin selbst nachträglich zu der Ansicht gekommen, daß ich Herrn Direktor Kayser vielleicht am Sonnabend zu hart angefaßt habe, daß ich ihn für Dinge verantwortlich gemacht habe, für die er die Verantwortung nicht in vollen Maße trägt, weil er in seiner Stellung nicht selbständig zu handeln vermag. Er hat behauptet, ich hätte im allgemeinen eine Verurtheilung aller Offiziere und Beamten kundgegeben und hätte die Fälle Leiß, Wehlan, Peters typisch genannt. Er befindet sich in einer schweren Täuschung. Ich habe mich für meine Beschuldigungen nicht auf Feigen berufen, auf offiziöse oder offizielle Neußerungen oder auf staatlich angestellte Beamte in den Kolonien; daß ich mich auf diese und zum Theil auch auf Beamte bezog, beweist, daß ich nicht sämtliche Beamte und Offiziere in unseren Kolonien angegriffen habe. Weiter habe ich nur angeführt, daß in der protestantischen Synode im November der Synodale Dr. Vorwerk ausgeführt hat bezüglich des Falles Leiß, die Vorgänge, um welche es sich handelte, wären geradezu typisch. Ich habe mich thatsächlich nur auf Neußerungen von Geistlichen und von Männern bezogen, die zum Theil in den Kolonien anwesend waren, zum Theil es noch heute sind und die Dinge aus eigener Wahrnehmung kennen gelernt haben.

Man versuche doch nicht einen Mohren weiß zu waschen, wo so viel Material vorliegt. Ich will mich für meine Beweise möglichst auf meine Gegner berufen. In der „Christlichen Welt“ wird offen ausgesprochen, daß Peters nur der Bräutigam ist, während es in Afrika alle anderen Europäer ebenso machen. Das ist eine Behauptung, die ich nicht aufzustellen wagte. Ich habe mich aber für verpflichtet gehalten, alles was mir zu Ohren gekommen ist, vor unser Forum zu ziehen und wenn das nicht von dieser Seite geschähe, dann würde es überhaupt nicht geschehen. (Abg. Schall: Oho!) Ja, was haben Sie denn vorgebracht? Sie haben den Fall Peters, trotzdem er Ihnen genau bekannt war, nur gestreift. Sie haben Ihre sittliche Entrüstung ausgesprochen, ich habe aber die Dinge beim rechten Namen genannt, weil Sie und Ihre Freunde sich doch etwas dazu genirt haben würden. Das sind stadt- und landtundige Dinge für eingeweihte Kreise. Wir haben für gut befunden, das vorzubringen, damit es nicht so weiter geht, damit derartige nichtwürdige Dinge aufgehört. Dadurch allein ist die Möglichkeit gegeben, daß Sie die besessene Hand ablegen können, dann allein können Sie aus Ihren Kolonien das machen, was Sie bisher noch nicht machen konnten. Der Herr Direktor Kayser hat dann elegisch von der dornenvollen Thätigkeit der Offiziere und Beamten in Afrika gesprochen. Sämtliche Beamte und Offiziere, welche nach Ostafrika gehen, geben freiwillig dorthin, zum Theil aus wahren, aufrichtigen Interesse für die Kolonien und ihre Entwicklung, viele aber auch, weil sie des europäischen Lebens müde sind und von der Ungeborgenheit des Lebens dort angezogen werden, weil sie später davon erzählen wollen, daß sie einige Jahre in Ostafrika gewesen seien, und daß sie dort manche schöne und unschöne Dinge erlebt haben. Gezwungen geht niemand dorthin. Daher haben wir auch keinen Grund, mit besonderer Ertase für diese Leute einzutreten, sie als Märtyrer für eine heilige Sache hinzustellen, damit wird der Kolonialpolitik ein Mäntelchen umgehängt, das sie absofut nicht hat.

Ich habe mich gewundert, daß der Herr Direktor Kayser heute am dritten Tage der Debatte erst auf alle die einzelnen Fälle zu sprechen kommt, welche mein Freund von Bollmar vor einem Jahre geklärt auf die Hofmeister'sche Broschüre hier zur Sprache gebracht hat. Hätte er das gleich am ersten Tage der Debatte gethan, so hätte Bollmar erscheinen und die entsprechenden Antwort geben können. Nun, er wird das bei der dritten Sitzung ja noch thun können. — Das Hofmeister'sche Sozialdemokrat ist, das mußte natürlich wieder eine Rolle spielen. Bei der Untersuchung wegen des Trucksystems wollte man mehr beweisen, als man thatsächlich hat beweisen können. Das mag sich der Herr Direktor auch für alle anderen Fälle gesagt sein lassen. Wenn ich überhaupt die drei Neben des Herrn Kayser vergleiche, so widersprechen sie sich nach ihrem Inhalt, Geist und Gedanken-gang. Was er aus den Akten gegen Peters vorgebracht hat am Freitag, ist so kompromittirend nicht bloß für Dr. Peters, sondern auch für die ganze Kolonialpolitik und deren Leiter, daß alle Verebamkeit der Welt dagegen nichts helfen kann. Er und der Abg. von Kardorff rühmten die Entwicklung unserer Kolonien, unsere Erregungenschaften dort und die Beseitigung der inneren Kämpfe. Es ist garnicht wahr, daß diese beseitigt sind. Durch unsere sog. zivilisatorische Thätigkeit haben wir es nur dahin gebracht, daß die Eingeborenen die Streitigkeiten unter sich aufgaben und sich gemeinschaftlich gegen uns wandten. Auch Bismann, der tüchtigste, der jetzt im Reichsdienst thätig ist, der mit dem friedlichsten Programm nach Ostafrika ging, konnte dieses nicht halten, weil er von früher aufgenommene Maß gegen die Deutschen geltend machte. Die Eingeborenen haben uns ja gar nicht gerufen, wir kommen als Eroberer, Unterdrücker und Ausbeuter und die Völker dort üben gegen uns nur das Recht der Selbstvertheidigung aus und wir dürfen uns nicht wundern, wenn sie uns die Antwort geben, die sie von ihrem Kulturstandpunkt aus für die richtige halten. Man rühmt die wirtschaftliche Entwicklung, und doch was machten die lumpigen 80 Mill. Mark, die unser Handel nach den Kolonien beträgt, aus, gegenüber den

11 Millionen Mark, die wir Jahr für Jahr bezahlen müssen. Die ganzen Kolonien, der ganze Kolonialhandel bricht zusammen, wenn Sie ihm die Unterstützung des Reiches entziehen, obgleich immer behauptet wurde, es würden auf die Dauer die Kolonien schon ohne Unterstützung bestehen können. Es sitzen hier im Hause so viele direkte und indirekte Interessenten dieser Kolonialpolitik, so viele einflussreiche Leute, daß die Reichsregierung nicht anders konnte, als aus der Tasche der Steuerzahler zu unterstützen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Stützen unserer afrikanischen Politik mit ihren Mitteln zu Ende sind, daß die ostafrikanische Gesellschaft in kurzem zahlungsunfähig sein wird. Ich habe auch künden hören von dem Projekt einer ostafrikanischen Bahn, von Ueberlassung von Terrains, von einer größeren Anleihe mit möglichst niedrigen Antheilsscheinen. Wir werden auf dem „Qui vive“ sein und werden energisch dafür sorgen, daß hier nicht noch weitere Summen in den Abgrund geworfen werden. Auch mit der Abschaffung der Sklaverei soll es noch sehr windig aussehen. In der „Christlichen Welt“ heißt es, daß es Thatsache ist, daß in Ostafrika in unmittelbarer Nachbarschaft der deutschen Station Sklavenhandel getrieben wird, 5-6000 Sklaven würden jährlich verschifft und deutsche Angestellte haben zur Befriedigung ihrer Lüste schwarze Frauen in ihrem Besitz, die sie dann später aus den Küsten übergeben lassen. Wenn beim Guanologer und den Kupferbergwerk-Anlagen in Südwest-Afrika den deutschen Kolonialpolitikern große Profite entgangen sind, so kann man dafür die Reichsregierung nicht verantwortlich machen. Das ist doch eine horrenden Zumuthung.

Der Abg. v. Manteuffel glaubte sich, da er in der Kolonialpolitik immer eine neutrale Stellung eingenommen habe, besonders befähigt, ein unparteiisches Urtheil abzugeben, aber schließlich hat er sich doch als einseitiger Parteimann und blinder Vertreter Peters' herausgestellt. Ich habe nicht jemandem die Ehre abgeschnitten, sondern nur Beweise erhoben, damit die Regierung Beweis erheben und Untersuchungen anstellen kann. Ich bin an jenem Tage einmal in der Rolle des Staatsanwaltes gewesen, da sonst für derartige Dinge deutsche Staatsanwälte sich nicht finden, die für alle anderen Dinge zu haben sind, die den ärmsten Arbeiter wegen eines unbesonnenen Wortes vor die Gerichte schleppen und zu schweren Strafen verurtheilen lassen, aber die schwersten Verbrechen hier geschehen lassen, ohne nur einen ernstlichen Versuch zu machen, eine Anklage zu erheben; hier fragen sie sich: was können wir ausfindig machen, damit wir die Anklage nicht zu erheben brauchen. Der Abg. Graf Arnim sagte, daß Peters ihm mitgetheilt habe, daß zu jener Zeit der Bischof Tuder nicht in Moschi gewesen sei und daß er einen Brief, wie den angegebene an ihn gar nicht geschrieben haben kann. Diese Angabe des Herrn Dr. Peters ist eine grobe Lüge. (Hört, hört! links.) In den Berichten der Church-Missionary-Society von 1892 befinden sich Seite 599-608 Briefe des Herrn Tuder abgedruckt vom 12., 13., 14. und 19. Februar, die aus Moschi datirt sind. Also der Bischof war zu jener Zeit in Moschi. Nun ist heute wieder auf die gefährliche Situation des Peters in einem wilden Lande und unter feindlichen halbzivilisirten Völkern hingewiesen worden, und daß man dort manches thue, was in zivilisirten Ländern sich nicht rechtfertigen läßt. Am Kilimandscharo war aber bereits eine deutsche Station und ein Vertreter der Reichsregierung Herr v. Elz. Peters hat diesen abgelöst, der in den denkbaren angenehmen Verhältnissen lebte; er war ein human denkender Offizier und kluger Mann. Als er, der noch am Nyassa im deutschen Reichsdienst steht und sich nie etwas hat zu schulden kommen lassen wie der Peters, Wehlan und Peiß, davon hörte, daß Peters an seine Stelle gekommen sei, hat er ein offenes Schreiben an ihn gerichtet, welches übrigens auch in Nr. 490 vom 19. Oktober 1892 der „Post-Zeitung“ abgedruckt ist, in welchem es heißt: „Leider muß ich danach meinen Posten in Moschi verlassen. Leider kommen Sie mit größerer Macht an meine Stelle. Gerade nach Ihrer Ankunft haben Sie aus voller Unkenntnis der Verhältnisse meine ganze Arbeit mit einem Schlage vernichtet. Auf Ihren Befehl wurde die Besatzung aus Moschi zurückgezogen, ohne daß die Befestigung geschleift wäre, und haben den Eingeborenen einen Beschäftigung getilgt. Sie haben die Leute gezwungen, Vieh zu liefern und Baumaterialien heranzuschleppen. Ich habe mir das Vieh gekauft und auch die Baumaterialien bezahlt. Sie nehmen den Leuten ganze Heerden fort. Was haben Sie erreicht mit Ihren Gewaltmaßregeln und Drohungen? Daß Sie nicht 5 Minuten weit die Station ohne militärische Begleitung verlassen dürfen. Ich konnte keine Jagdausflüge machen und pflegte mir nur 4 Karis mitzunehmen. Sie haben das schönste Land von ganz Ostafrika zu einem Schauplatz des Krieges gemacht. Die Nothwendigkeit zwang Sie: Sie brauchen Thaten, damit Ihr Name in Europa nicht der Vergessenheit anheimfalle. (Hört! bei den Sozialdem.) Sie haben Ihren Zweck erreicht, aber Deutschland kann es Ihnen nicht danken.“ Aber Deutschland hat es ihm doch gedankt: die Reichsregierung hat ihn zum Landeshauptmann mit 25 000 M. Gehalt anstellen wollen und nicht ihr ist es zu danken, daß er heute nicht an dieser Stelle ist, sondern seinem Ehrgeiz und seinem Hochmuth ist es zu danken, weil er die Stelle des Gouverneurs einnehmen wollte. Das ist vorgefallen selbst vom Kolonialdirektor zugegeben.

Was die Verantwortlichkeit des Direktors Kayser betrifft, so kann er keinen wesentlichen Schritt ohne Zustimmung des Reichskanzlers und der Herren im Auswärtigen Amt thun, andererseits ist er doch Sachkenner, intimer Kenner der Verhältnisse (Auf: Na, na!) — nun ja, das läßt sich bestreiten, aber er kennt doch die Verhältnisse im allgemeinen und auch im speziellen ganz genau; es wäre ja unverantwortlich, wenn er als Leiter des Amtes mit den Dingen nicht vertraut wäre. Infolge dieser seiner genauen Vertrautheit sind die Herren an den maßgebenden Stellen auf das angewiesen, was er berichtet, sein Einfluß ist immerhin bedeutend durch seine Stellung zum Reichskanzler und zum Auswärtigen Amt. Wie war es nun möglich, daß der Direktor Kayser das Verhalten des Dr. Peters mißbilligt, hierbei sein Einfluß nicht zum Durchbruch kam? Schließlich sind die Herren von der Regierung Menschen und nicht etwa Götter und Engel, und sie sind für ihre Handlungen zwar verantwortlich, aber auch als Menschen allerlei Zusprüchen und freumblichen Worten zugänglich. Dr. Peters hat sehr mächtige angesehenen Freunde gehabt, die zwar nicht in der Regierung saßen, aber großen Einfluß auf die Regierung hatten. Es thut mir leid, daß jahrelang zu den eifrigsten Begünstigern des Dr. Peters unzweifelhaft der Führer der Nationalliberalen, v. Bennigsen, gehörte. Ich habe mir sagen lassen, daß erst vor nicht sehr langer Zeit Herr v. Bennigsen leblich durch die Berichte seines Sohnes, der ja bekanntlich auch Beamter in Ost-Afrika ist, über Dr. Peters aufgeklärt ist und davon Abstand nahm, für ihn einzutreten. Dr. Peters hat ferner in dem Fürsten v. Hohenlohe-Langenberg, der gegenwärtig leider in Elßah-Lothringen ist, einen sehr hohen Protektor gehabt, ein anderer war der Fürst Wied. Daß Graf Arnim zu seinen Freunden gehört, hat dieser selbst bekannt. Ferner gehören dahin Herr v. Kardorff, v. Stumm, Krippner, f. w. Die sind bei der Regierung nicht einflußlos, und wenn sie sich bei der Regierung ins Zeug legten, fanden ihre Worte Beachtung, selbst wenn man sich an maßgebender Stelle etwas hinter den Ohren kratzte und sagte, es sei doch sehr bedenklich; man hatte eben nicht den moralischen Muth zu sagen: Wenn Dr. Peters an die Stelle kommt, gehe ich weg. Zu Peters' Freunden gehörten ferner Schröder, Boggelew, Dr. Arendt, Weber von der nationalliberalen Partei (Wachen bei den Nationalliberalen), Dr. Hammacher (Wachen bei den Nationalliberalen).

Wenn in den Führern der maßgebenden Parteien ein Mann seine Stütze hat, so ist es sehr schwer da oben, wo man angeblich regiert, aber in Wahrheit in 99 von 100 Fällen regiert wird (Heiterkeit. Widerspruch des Direktor Kayser.) — das sind ja Milderungsgründe für Sie, Herr Direktor Kayser (Heiterkeit) — den Mann lassen zu lassen. Ein großer Theil der Herren hat ja Dr. Peters nun lassen, und wir können nur bedauern, daß das so lange gedauert hat; sie werden sich aber diese Vorgänge zur Lehre dienen lassen und nicht nur der Regierung den Rath geben, sie möge äußerst sorgfältig in der Auswahl der Beamten sein, sondern diese Sorgfalt sollen auch die Beobachten, die durch ihre soziale, politische und kapitalistische Nachstellung einen so großen Einfluß auf die Regierung ausüben können, daß die Regierung vielfach nicht freie Hand hat, sondern deren Einflüssen nachgeben muß. Daß Dr. Peters ein gewaltthätiger Mensch ist, hat er nicht nur in Afrika, sondern auch hier in Berlin gezeigt. Dr. Peters wohnt in der Kaiserin Augustastrasse. Als er einmal in nicht ganz normalem Zustande nach Hause kam, mißhandelte er seine Dogge so, daß die Hausbewohner herbeieilten, und zu denen sagte er: Ach was, ich werde das Biest niederschleichen. Bevor er den Revolver schußfertig gemacht hat, fällt ihm ein Hausbewohner in den Arm und bittet ihn inständig, die Drohung nicht auszuführen. Er läßt sich endlich dazu bestimmen, sagt aber: Ich bitte Sie, das ist ja zu lächerlich, wenn ich bedenke, daß ich sogar Menschen in Afrika ohne viele Umstände niederknallt habe. Das gehört zu dem Bilde. Wenn von allen Seiten Anklagen kommen, dann ist der Mann todt, dreifach todt, und es ist nur wünschbar, daß die Herren, die bis jetzt seine Partei genommen haben, sich künftig etwas mehr in Acht nehmen und dafür sorgen, daß solche Schandthaten unmöglich werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lieber (Z.): Es ist allerdings verwunderlich, daß trotz des offenen Briefes des Vorgängers des Herrn Peters auf der Kilimandscharo-Station diesem Herrn doch die Landeshauptmannschaft am Tanganika übertragen werden sollte. Auf die Ergebnisse weiterer Untersuchungen brauchen wir schließlich nicht zu warten. Solche Zustände verlangen die strengste Verurtheilung, damit kann nicht europäische Civilisation nach Afrika gebracht werden. Die Sichtweise der Kolonialpolitik, die der Direktor Kayser vorgeführt hat, erfüllt die Freunde derselben mit Vertrauen und Hoffnung. Aber ebenso hoch wie die materiellen Ertragsverhältnisse stehen für uns die Ertragsverhältnisse der christlichen Zivilisation. Je höher die Erwartungen nach dieser Richtung hin waren, um so mehr mußten solche Vorkommnisse schmerzhaft berühren, welche die christlichen Vertreter Deutschlands auch den Muhamedanern verächtlich machen mußten. Aber das muß ich sagen: Es wäre eines Landes, wie des Deutschen Reiches unwürdig, sich selbst aus dem Wettbewerb um die Kolonien auszuschließen. Die Kolonialpolitik aller Länder hat ihre Kinderkrankheiten durchmachen müssen. Sind die Kinderkrankheiten einmal überstanden, so läßt sich doch auch für unsere Kolonialpolitik hoffen, dann macht die Kolonialpolitik ihren Weg und wir würden uns über berathen lassen, wenn wir dem Rath von der linken Seite folgen und uns aus dem Wettbewerb ausschließen würden. Wir werden daran festhalten: Die Ehre des Christenthums und des Deutschen Reiches erfordert es, daß wir Uebelständen abhelfen, aber dann auf dem graden Wege vorangehen. (Beifall.)

Abg. Richter: Die Zukunft gehört nicht der Kolonialpolitik, sondern der selbständigen Entwicklung der Staaten. Allerdings Kolonien würden wir nicht haben und es würden uns damit alle blutigen Kolonialkriege erspart sein, die Deutschland sonst niemals erlitten hat, und wir würden 50 Millionen erspart haben, die wir für unsere Kolonisation und für die Verbesserung der Beamten hätten verwenden können. Gott sei Dank, daß uns Samoa entgangen ist, daß wir diesen Verrger nicht auch noch haben. Wir müssen dort zwei Kriegsschiffe unterhalten, das kostet uns mehr als das ganze Koproggeschäft dort werth ist! Es wäre ein glänzendes Geschäft, wenn wir diese Last los werden könnten. Südwest-Afrika kostet uns zwei Millionen Mark Zuschuß. Daß England dort Geschäfte machen können, ist richtig; das Kapland ist dafür der natürliche Stützpunkt. Aber von Berlin aus kann man dort wirtschaftliche Unternehmungen nicht einrichten. Zinsen haben die Engländer auch von ihren dort angelegten Kapitalen noch nicht erzielt. Aber das große Guanologer! Das ist in ein paar Jahren erschöpft. Wer bürgt uns denn dafür, daß diese nützlichen Vögel unsere Kolonien auch fernherhin beehren werden. (Heiterkeit.) Die Berichte über die einzelnen Kolonien beweisen das Gegen-theil von dem schönen Wabe, welches Herr Direktor Kayser entrollt hat. Es sind 1000 Deutsche untergebracht, die uns elf Millionen kosten, also jeder 11 000 M.; dafür könnte er als Regierungspräsident hier im Lande leben. (Heiterkeit.) Die Handelsartikel, die nach Afrika gehen, werden größtentheils aus der Reichskasse bezahlt: Pulver und Bedarfsgegenstände für die Offiziere zc. Die eigenen Einnahmen der Kolonien nehmen ab. Ein Kolonialbefehl kann statt zur Stärkung zur Schwächung des Landes gereichen. Solche Fälle müssen hier besprochen werden, weil es in Afrika keine Presse giebt, die solche Mißstände besprechen kann aus eigener Wissenschaft, und unsere Presse kann dafür die Zeugen aus Afrika nicht beschaffen. Es mag ja manche unrichtige Anschuldigung erfolgen; aber das paßt auch manchem Staatsanwalt trotz aller Vorbereitung. Eigentlich wäre es Sache der Kolonialverwaltung, diese Dinge selbst zur Sprache zu bringen. Jeder Unbefangene wird am Schluß der Debatte den Eindruck haben: wenn diese Debatte nicht abschredend wirkte, welche greulichen Mißstände würden wir in den Kolonien haben! (Sehr richtig! links.)

Abg. Graf Limburg-Stürum (L.): Wenn ich auf die dreitägige Debatte zurückblende, so muß ich sagen: sie hat mich nicht gefreut und nicht befriedigt. Ich bin wieder ein Freund des Herrn Peters, noch ein großer Kolonialschwärmer, noch ein Schwärmer für die Flotte. Mein Eindruck ist der gewesen: der Reichstag hat sich als Gerichtshof konstituirte über eine Sache, über die wir uns nicht genügend instruirte haben. Solche Dinge sind bei uns in viel geringerem Maße vorgekommen als bei anderen Kolonisationsländern. Wir wissen doch, wie die Spanier und die Engländer, z. B. Warren Hastings, vorgegangen sind! Wie haben die holländischen Kaufleute ihre Kolonien behandelt. So etwas kommt bei unseren Affessoren doch nicht vor. (Sehr richtig! rechts.) Wenn bei der Untersuchung nichts herauskommt, dann hat der Reichstag in drei Tagen nichts gethan, als für den angegriffenen Mann die größte Heilung zu machen. (Heiterkeit.)

Damit schließt die Debatte.

Abg. Schall (L.) bemerkt persönlich, daß er von dem Fall Peters sehr wenig gewußt habe; Muth hätten er und seine Freunde auch, aber es gehöre auch Weisheit und Besonnenheit dazu; denn blinder Eifer schadet nur.

Abg. v. Stumm: Herr Bebel hat von meiner Btheiligung an der Kolonialpolitik gesprochen. Diese bekräftigt sich lediglich auf meine Abtinnung. Danach sind meine Zweifel an der persönlichen Glaubwürdigkeit des Herrn Bebel verstärkt worden.

Abg. Bebel: Ich habe nicht Herrn v. Stumm als betheiligte an der Kolonialpolitik bezeichnet, sondern nur gesagt, daß die Regierung dem Einfluß so mächtiger Männer nicht widerstehen kann.

Abg. Hammacher bestreitet, daß er jemals für Peters eingetreten sei.

Abg. v. Bennigsen: Ich habe meinen Einfluß nicht geltend gemacht für die Verleihung der Landeshauptmann-Stelle an Herrn Peters. Ich behalte mir mein endgültiges Urtheil vor bis zu der Zeit, wo das Ergebnis der Untersuchung vorliegen wird.

Abg. Bebel: Unter dem Aufruf für die Peters-Stiftung steht ein Landtags-Abgeordneter Karl Weber; ist dieser Herr identisch mit dem Reichstags-Abgeordneten? (Zuruf des Abg. Bebel: Heibelberg: Ja! — Große Heiterkeit.) Herr von Bennigsen hat einem Feste beigewohnt und einen Toast auf Peters ausgebracht.

Abg. Weber: Den Aufruf habe ich unterzeichnet; das hat aber mit kolonialen Betreibungen nichts zu thun.

Abg. von Bennigsen: Als Peters zurückkehrte von Uganda, habe ich als Vorsitzender des hannoverschen Kolonialvereins theilgenommen an einem Banquet zu Ehren Peters'.

Die Ausgaben für die Kolonialabtheilung werden bewilligt; die von der Budgetkommission vorgeschlagene Resolution betr. die strafrechtliche Verfolgung des Mißbrauchs der Amtsgewalt wird angenommen.

Es folgt der Etat für das ostafrikanische Schutzgebiet.

Abg. Bachem (Z.) bemängelt, daß man in den Schutztruppen nicht mehr das afrikanische Dienstalter als maßgebend anerkennt, sondern das deutsche Patent. Dadurch kommen oft unerfahrene Offiziere in die Lage, Vorgesetzte von erfahrenen mit den afrikanischen Verhältnissen vertrauten Offizieren zu werden.

Direktor Kayser: Die Frage wird erst erledigt werden, wenn die Verhältnisse der Schutztruppen neu geordnet werden.

Gestrichen wird entsprechend dem Antrage der Budgetkommission das Gehalt des Landeshauptmanns in Tanganika, 25 000 M., und dafür nur ein Bezirksamt mit 10 000 M. bewilligt.

Ferner werden für die Remuneration von Hilfskräften 27 000 M. weniger bewilligt; zur Beschaffung eines Dampf-tonnenlegers werden statt 300 000 M. nur 200 000 M. bewilligt. Der Reichszuschuß für Ostafrika wird infolge dieser Abstriche um 153 280 M. vermindert.

Bei dem Etat für Kamerun tritt Abg. Graf Bernstorff (Rp.) für die Einschränkung des Branntweinhandels in den Kolonien ein.

Der Etat wird ohne weitere Debatte genehmigt und darauf um 5 1/2 Uhr die weitere Berathung auf Dienstag 1 Uhr vertagt. Außerdem steht der Etat der Marine auf der Tagesordnung.

Parlamentarisches.

Zuckersteuer. Die „Nat.-Lib. Korr.“ schreibt: Die ausschlaggebenden Parteien hatten schon vor der für Freitag Abend anberaumten Sitzung der Kommission über das Zuckersteuer-Gesetz ein Kompromiß dahin vereinbart, daß die Ausfuhrprämien auf 3 M., die Verbrauchsabgabe auf 21 M. festgesetzt werden und es bei dem Beschluß auf Ablehnung der Betriebssteuer und Erhöhung des Kontingents auf 17 Millionen Doppelzentner sein Bewenden haben soll.

Beschränkung des Zollkredits auf Getreide. Die Abgeordneten Graf v. Schwerin, Dr. Paasche, Szmla und Genossen haben im Reichstage einen Gesetzentwurf wegen Beschränkung des Zollkredits bei der Einfuhr von Getreide und Mühlenfabrikaten eingebracht.

Gewerkschaftliches.

In Braunschweig haben in der Etui- und Kartonnagen-fabrik von Julius Kater, Gildensstraße, zwei Etuimacher die Arbeit niedergelegt, weil der Firmeninhaber beiden den vereinbarten Lohn von 25 beziehentlich 18 M. kürzen wollte. Herr Kater ist, wie wir hören, in Berlin, um Erfahrungsanzuworben.

Aus Bremen wird uns telegraphirt, daß in der Piano-forte-fabrik von Thein Differenzen wegen Herabsetzung des Lohnes ausgebrochen seien.

Die Tapezirer Sudapeß legen, 700 an der Zahl, am Sonnabend die Arbeit nieder, da von den Prinzipalen die über-reichsten Forderungen nicht bewilligt wurden. In 85 Geschäften, wo die Forderungen anerkannt wurden, arbeiten 150 Tapezirer weiter. Die Forderungen lauten: 1. Neunkündige Arbeitszeit, 2. Minimallohn von 12 fl. pro Woche, 3. Bei Ueberstunden ein Zuschlag von 33 Prozent und bei Sonntagsarbeit sind sieben Stunden für den vollen Tag zu rechnen, 4. Abschaffung der Alfordarbeit, 5. Abschaffung der Kellerwerkstätten, 6. Freigabe des 1. Mai als Arbeiter-Weltfeiertag.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Koblenz, 16. März. (W. T. B.) Die königliche Betriebsinspektion macht bekannt: Personen-Trajekt Bingerbrück-Bingen-Rüdesheim wird vom 17. d. M. früh wieder in vollem Umfange betrieben.

Bern, 16. März. (W. T. B.) Die Zahl der Opfer der jüngsten Hochwasserkatastrophen beträgt 4 der Schweiz 23. Davon entfallen auf den Kanton Wallis 7, Glarus 4 Personen, auf die Kantone Bern, Unterwalden, Solothurn, Basel je 2 Personen, Zürich, Appenzel und Graubünden je eine Person.

Wien, 16. März. (B. V.) Fast alle englischen Schneider streifen seit heute morgen, da die Meister die Forderungen nicht erfüllen zu können erklärten.

Rom, 16. März. (B. V.) In der morgigen Kammer-sitzung will Ministerpräsident Rudini ein Telegramm Baldissera's verlesen, worin der letztere die Fortsetzung des Krieges für unglücklich erklärt und zum Frieden rath. — Für die Regierung haben sich bisher 170 Deputirte erklärt. — In der morgigen Kammer-sitzung, in der auch Crispi erscheinen wird, werden stürmische Debatten erwartet.

Rom, 16. März. (B. V.) Der annehmliste sozialistische Abgeordnete de Felice, welcher aus dem Gefängnis zu Volterra nach hier zurückgekehrt ist, erklärte, daß er noch ebenso revo-lutionär-sozialistisch gesonnen sei, wie in dem Augenblick seiner Verurtheilung. — Barbato traf gestern in Mailand ein und erklärte auf der Arbeiterbörse, er werde sein Mandat als Abgeordneter niederlegen. Er forderte die Sozialisten zur Fortsetzung ihres Kampfes auf. — Bosco und Verro kamen gestern Abend 8 Uhr hier an. Sie wurden von einer großen Volksmenge auf dem Bahnhofe empfangen. Beide begaben sich sofort zum Klub der sozialistischen Studenten, wo sie Ansprachen hielten.

Rom, 16. März. (B. V.) Der Direktor des Pressebureaus im Ministerium des Innern, sowie der Kolonialdirektor im Ministerium des Aeußern wurden vom Ministerpräsidenten Rudini tuzerband ihrer Stellungen entbunden, und zwar wegen begangener Indiscretionen. Es war nämlich aufgefallen, daß die „Tribuna“ fast gleichlautende Berichte über die Friedensverhandlungen veröffent-lichte, wie die des Generals Baldissera an die Regierung gerichteten Amtsdepeschen.

Mailand, 16. März. (B. V.) Wie die „Italia del Popolo“ meldet, ist der Dampfer „Serivia“, welcher mit 6 bis 7 Verlagleri-Bataillonen am 27. Februar Neapel verlassen, am 4. März den Suezkanal passirte, verschollen.

London, 16. März. (W. T. B.) Nach einer bei Londs eingegan-genen Depesche aus San Paolo de Loanda ist in Boma der englische Dampfer „Matadi“ infolge einer Pulverexplosion vollständig verloren gegangen. Einige Passagiere und ein Theil der Be-mannung wurden gerettet; der Rest wird vermisst; man fürchtet, daß derselbe umgekommen ist.

London, 16. März. (C. N. of G.) Der Dampfer „Matadi“ der Britisch-Afrika-Kompani, der am 22. Januar von Liverpool nach der westafrikanischen Küste abging und dessen Ladung u. a. aus 1200 Zentnern Schießpulver bestand, stog bei Boma (an der deutsch-ostafrikanischen Küste in die Luft. Die Ursache der Ex-plosion ist noch nicht bekannt geworden. Das Schiff ist ein völlig ver-trück. 25 Personen wurden getödtet, unter ihnen mehrere Passagiere. Die an Bord befindliche Post, sowie das gemünzte Gold wurde gerettet.

Die Strafkammer zu Kottbus und der Textilarbeiter-Streik.

Der Tuchmacher G. Köbel war angeklagt, den Tuchfabrikanten Felix Hirschmann beleidigt, ferner versucht zu haben, den Arbeiter Carl Kuchenbäcker durch Drohungen zu bestimmen, an der Arbeitsniederlegung in der Tuchfabrik Graß u. Hirschmann teilzunehmen. Die Sache kam am 14. d. M. vor der ersten Strafkammer zu Kottbus zur Verhandlung.

Zu Beginn der Verhandlung wurde der Erste Staatsanwalt benachrichtigt und derselbe nahm neben dem amtierenden Staatsanwalt Platz.

Der beleidigte Fabrikant Hirschmann beantragte ihn als Nebenkläger zuzulassen. Diesem Antrag wurde stattgegeben, worauf Justizrath Dedolph als sein Vertreter eintrat. Die Verteidigung führte Rechtsanwalt Dr. Herzfeld-Berlin.

Der Angeklagte gab an: Am 11. Februar d. J., vormittags, fragte die Kommission der Arbeiter von Graß u. Hirschmann, deren Sprecher er war, bei Herrn Hirschmann an, ob er die Bedingungen, welche in dem an die Firma gerichteten Brief des Vorstandes der Filiale Kottbus des deutschen Textilarbeiter-Verbandes vom 1. Januar 1896 gestellt seien, anerkennen wolle, namentlich bessere Behandlung von Seiten der Beamten und Meister, Maximalarbeitszeit von 11 Stunden pro Tag, Einführung der 1 1/2 stündigen Mittagspause, Lüftung der Fabrikräume während derselben, Mindestlohn von 18 M. pro Woche für die Weber, 15 M. für Schusspulverer, 13,50 M. für Kettenpulverer, 16 Pf. pro Stunde für die jugendlichen Arbeiter etc., Abschaffung der Nachtarbeit und der Sonntagsarbeit. Hirschmann erwiderte, er habe den „Bisch“ bei seiner Rothdurst benutzt, ein Fabrikant, der diese Bedingungen eingehe, müsse verrückt sein. Nachmittags verhandelte die Kommission nochmals mit Hirschmann und er gab in bezug auf Nacht- und Sonntagsarbeit nach. Die Unterhandlung schloß damit, daß Hirschmann erklärte: Mehr wird nicht bewilligt. Es ist mir ganz gleich, ob einer oder alle die Arbeit niederlegen. Der Angeklagte erwiderte: „Das können Sie als Jude sagen?“ Hieraus holte Hirschmann mit der Hand zum Schläge gegen den Angeklagten aus, worauf sich dieser zu der Ausrufung hinreißen ließ: „Sie sind ein elender Jude“. Die Kommission entfernte sich und am demselben Abend legte die gesammte Arbeiterschaft der Fabrik, ausgenommen die Lehrlinge, die Arbeit nieder. Auf Befragen erklärte der Angeklagte, mit den Worten: „Das können Sie als Jude sagen“ habe er sagen wollen, daß ein Jude solche Härte gegen die Arbeiterschaft nicht entfallen sollte, da die Arbeiterbewegung wesentlich zur Ausrottung des Klassenhasses gegen die Juden beitrage. Er habe das auch schon in einem früheren Gespräch Herrn Hirschmann erklärt. Dieser als Zeuge eidlich vernommen, bestätigte dieses Gespräch. Er habe darauf aber Köbel auf die Liste derjenigen gesetzt, welche herausfliegen müßten. Auch bestätigte er die sämmtlichen übrigen Angaben des Angeklagten, ausgenommen, daß er mit der Hand nicht zum Schläge gegen denselben ausgeholt habe, es sei von ihm in der Erregung vielleicht eine so aussehende Handbewegung gemacht worden.

Der Zeuge Frauböse, das zweite Mitglied der Kommission, gab ebenfalls dieselbe Schilderung des Vorfalles wie der Angeklagte und auch daß Hirschmann gegen denselben die Hand zum Schläge erhoben habe, wenigstens habe er, ebenso wie das dritte Mitglied der Kommission den Eindruck gehabt, daß Hirschmann schlagen wolle.

Der Tuchmacher Kuchenbäcker bezeugte, er sei bei Graß u. Hirschmann am 12. Februar d. J. in Arbeit getreten, nachdem die Arbeiter dort am 11. Februar abends die Arbeit niedergelegt hatten. Auf seinem Weg nach Hause sei er aber von streikenden Arbeitern, nicht von dem Angeklagten, so belästigt worden, daß er sich entschloß, am 13. Februar ebenfalls nicht in die Fabrik zu gehen. Er sei in das Lokal von Ulrich gegangen; dort seien viele Arbeiter versammelt gewesen und es sei laut zugegangen. Der Angeklagte sei auch hingekommen und habe zu ihm gesagt, es ist Dein Glück, daß Du hier bist. Weiterhin habe er gesagt: Wenn Du zu Hirschmann hingehst und bei ihm arbeiten wirst, so kommst Du nicht lebendig heraus. Der Angeklagte bestritt diese Ausrufungen auf das entschiedenste. Im Kreuzverhör gab der Zeuge zu, daß er nicht mehr genau wisse, was Köbel gesagt, daß derselbe die Worte aber in ruhiger, nicht im drohenden Tone gesprochen, das er auch nicht geglaubt habe, Köbel werde ihm etwas zu Leid thun, auch nie gehört habe, daß derselbe Gewalt angerathen oder Gewalt verübt habe. Es stellte sich ebenfalls heraus, daß der Zeuge im vorbereitenden Verfahren seine Ausrufe widerrufen, dann aber wieder aufrecht erhalten hatte. Er gab zu, daß er wegen Sittlichkeitsvergehen verurtheilt ist.

Das Kreuzverhör, namentlich die Antworten des Zeugen, wurde durch einen beifühenden Richter mehrfach unterbrochen. Der Angeklagte, dadurch erregt, sagte: Lassen Sie den Zeugen doch mal ausreden. Der so angeredete Richter verlangte darauf eine Ordnungsstrafe und der Staatsanwalt beantragte eine sofort zu vollziehende Strafe von drei Tagen Haft. Das Gericht beschloß nach längerer Beratung, von der Verbängung der Ordnungsstrafe abzusehen, da der Angeklagte die Worte in begrifflicher Erregung zur Wahrnehmung seiner Rechte gesprochen habe.

Der hierauf vernommene Zeuge Behrend gab an, daß er nicht gehört habe, daß der Angeklagte den Kuchenbäcker bedroht habe. Der Zeuge Tuchmacher Wiegand, welcher bei Hirschmann in Arbeit steht, erklärte, er sei fortwährend mit dem Angeklagten an dem fraglichen Tage bei Ulrich zusammen gewesen, derselbe habe keine drohenden Worte gegen Kuchenbäcker gebraucht; er hätte dies sicher hören müssen. Der Angeklagte habe auch bei jeder Gelegenheit von Gewaltthätigkeiten und drohenden Redensarten abgerathen.

Die hierauf vernommenen Arbeiter Klau, Hannusch und Frau Schmidt erklären übereinstimmend, daß bei Graß u. Hirschmann die Behandlung der Arbeiter eine grobe gewesen, daß die Arbeitszeit während des Tages ausschließlich der Mittagspause 12 Stunden gedauert habe, daß aber außerdem regelmäßig jede Woche einige Mächte hindurch gearbeitet worden, daß Frauen und jugendliche Arbeiter nicht 11 sondern zwölf Stunden und auch nachts arbeiteten, daß nachts Männer und Frauen zusammenarbeiteten, daß auch Sonntags häufig den ganzen Tag hindurch gearbeitet worden, daß für Nacht- und Sonntagsarbeit keine höhere Bezahlung gegeben wurde und daß trotz dieser außerordentlich langen Arbeitszeit die vor der Arbeitsniederlegung geforderten Mindestlöhne durchschnittlich nicht erreicht werden konnten.

Der Staatsanwalt hielt die Beleidigung und die Verdröhung für erwiesen, sprach von der Schwere der ersten und der Gefährlichkeit der letzteren für die öffentliche Ordnung, deren größte Verletzung tagtäglich während des Streiks stattgefunden habe. Der Angeklagte, der ein Führer in dem Streik sei, sei sich der Wider-

rechlichkeit dieser Vergehen ganz besonders bewußt und müsse besonders hart bestraft werden. Er wünsche die Bestrafung nicht aus § 153 der Gewerbe-Ordnung, aus dem die Anklage erhoben wurde, sondern wegen Nöthigung aus § 240 des Strafgesetzbuches, und zwar beantrage er wegen derselben acht Monate Gefängniß, wegen der Beleidigung 6 Wochen Gefängniß, außerdem sofortige Verhaftung des Angeklagten. Justizrath Dedolph als Vertreter des Fabrikanten Hirschmann meinte, der Streik sei ohne jede Verdröhung frivol von der sozialdemokratischen Partei angezettelt. Die Arbeiter bei Graß u. Hirschmann hätten sich in vorzüglicher Lage befunden und so wenig Grund zur Arbeitsniederlegung gehabt, daß sie garnicht wußten, was sie fordern sollten. Der Angeklagte, der trotzdem den Streik veranlaßt habe und denselben fortgesetzt leite und schüre, müsse eine exemplarische Strafe erleiden. Er schließe sich den Anträgen des Staatsanwalts an.

Rechtsanwalt Herzfeld begann sein Plaidoyer damit, daß er sagte, nach der Rede des Vertreters des Fabrikanten und nach einem Theil derjenigen des Staatsanwalts solle man meinen, es handle sich im vorliegenden Falle darum, durch ein richterliches Urtheil zu entscheiden, daß der Streik der Textilarbeiter grundlos und ein schweres Unrecht gegen die Fabrikanten sei und dies Unrecht durch eine schwere Strafe gegen den Angeklagten als einen der Führer in diesem Streik zu sühnen. Er bitte den Gerichtshof, sich nicht als Werkzeug für diesen Zweck gebrauchen zu lassen, sondern objektiv nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme die zur Verhandlung stehenden Straftaten zu beurtheilen. Dieselben seien, wenn überhaupt, ganz gewöhnliche kleine Vergehungen und das von dem Staatsanwalt beantragte Strafmaß müsse in der That in Ermessen stehen. Was aber die Behauptung betreffe, der Streik sei grundlos und frivol durch die sozialdemokratische Partei vom Janne gebrochen, so sei dieselbe ganz haltlos, denn es sei garnichts dafür erbracht, daß diese Partei irgend eine Beziehung zu diesem Streik habe. Daß aber die Arbeitsniederlegung mehr als berechtigt und durch zahlreiche unerträgliche Missethände veranlaßt, sei durch das eidliche Zeugniß der vernommenen Arbeiter erwiesen. Auch die Forderungen, welche erwiesenermaßen von den Arbeitern in dem Briefe des Textilarbeiter-Verbandes gestellt seien, müßten berechtigte und maßvolle genannt werden. Sie gipfelten in der Forderung von anständiger Behandlung, 11 stündiger Arbeitszeit und Mindestlohn von 18—18 M. pro Woche. Erwiesen sei, daß in der Fabrik von Graß u. Hirschmann täglich von Männern, Frauen und jugendlichen Arbeitern nicht nur 12 Stunden, sondern häufig durch Zuhilfenahme der Nacht 16 oder gar 18 Stunden gearbeitet und daß trotzdem nicht immer der geforderte Mindestlohn erreicht worden sei. Man stelle sich doch vor, was das bedeute und welche Zustände dadurch herbeigeführt würden. Nicht nur der Arbeiter, auch der Staat habe ein dringendes Interesse daran, daß solche Zustände nicht fortbeständen, daß das Menschenthum der Arbeiter erhalten und sie fähig bleiben und die Möglichkeit erhielten, in etwas an den Segnungen der Kultur teilzunehmen. — Hier unterbrach den Verteidiger einer der beifühenden Richter mit der Bemerkung, „das geht zu weit.“ Ist es denn nicht erwiesen, fuhr der Verteidiger fort, daß die Arbeitszeit nicht nur die Grenzen der Billigkeit übersteigen, sondern daß auch die Grenzen außer acht gelassen wurden, welche durch positive Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung zum Schutze der Arbeiter gezogen worden? Die §§ 135, 137, 120b, 105b der Gewerbe-Ordnung, welche 11 bzw. 10 Stunden als Maximalarbeitszeit für Frauen bzw. jugendliche Arbeiter festsetzen, Nachtarbeit für dieselben und Sonntagsarbeit überhaupt verbieten, seien fortgesetzt verlesen worden. Er bitte das Gericht, diese Paragraphen zu prüfen. Hier erhob sich ein anderer Zeisiger und forderte eine Ordnungsstrafe gegen den Verteidiger. Der Staatsanwalt beantragte eine solche. Der Verteidiger erklärte, er wisse nicht, worin er gefehlt habe und bitte ihm das mitzutheilen. Ein Zeisiger erwiderte ihm, daß sei nicht nöthig. Das Gericht zog sich zurück und verkündete nach einiger Zeit den Beschluß des Gerichtes, daß der Verteidiger in eine Ordnungsstrafe von 20 M. zu nehmen sei, weil er die Unparteilichkeit des Gerichts in Zweifel gezogen. Der Verteidiger erklärte, daß ihm das fern gelegen. Er habe gegenüber den Ausführungen des Vertreters des Nebenklägers und des Staatsanwalts die Begründetheit des Streiks dargelegt. Fortwährend führte er aus, daß die Beleidigung des Fabrikanten Hirschmann durch dessen Verhalten der Arbeiterkommission gegenüber und insbesondere durch sein Ansholen zum Schläge gegen den Angeklagten veranlaßt worden und daß diese gegenseitigen Beleidigungen veranlaßt werden sollten. Schlimmstenfalls sei eine Geldstrafe von 10 M. die angemessene und übliche Strafe. Die angebliche Nöthigung betreffend so könne von derselben und der Anwendung des § 240 des Strafgesetzbuches schon deshalb keine Rede sein, weil der Zeuge Kuchenbäcker selbst zugegeben, daß er an die Drohung des Angeklagten nicht geglaubt, sondern überzeugt gewesen sei, daß derselbe keine Gewalt gegen ihn gebrauchen würde. Er sei also unmöglich durch diese Drohung zur Arbeitsniederlegung veranlaßt worden. Indessen sei auch die Drohung, abgesehen von dem Charakter des Belastungszeugen, durchaus nicht detart erwiesen, um als Grundlage für eine Verurtheilung dienen zu können. Durch keinen einzigen Zeugen sei sie bestätigt, obgleich zahlreiche Personen anwesend waren. Zwei Zeugen dagegen hätten bekundet, daß sie nicht gefaselt, einer davon, daß er sie, wenn sie gefallen, unbedingt hätte hören müssen. Der Belastungszeuge selbst habe im Kreuzverhör erklärt, daß er sich nicht mehr genau erinnere; er habe im Vorverfahren seine Aussage widerrufen und im Hauptverfahren mehrere Versionen derselben gegeben. Auch habe er zugegeben, daß sie im ruhigen nicht im drohenden Tone gesprochen, und deshalb könne sie, selbst wenn man sie für erwiesen halte, nur als eine Warnung, nicht als eine Drohung angesehen werden. Die innere Wahrscheinlichkeit spreche auf das Ueberzeugendste dagegen, daß sie gebraucht worden. Bezeugt sei, daß der Angeklagte bei jeder Gelegenheit von Gewalt und gewaltthätigen Redensarten abgerathen und man solle er selbst hier eine solche Redensart gebraucht haben? Halte man dieselbe aber auch für erwiesen, so könne sie doch nur aus § 153 der Gewerbe-Ordnung, dem Spezialgesetz für Drohungen beim Streik, das 3 Monate Gefängniß als die höchste Strafe androhe, mit einer ganz geringen Strafe geahndet werden. Der angeblich Bedrohte habe ihr keine Bedeutung beigelegt und irgend welche schädlichen Folgen habe sie nicht gehabt. — Was die beantragte sofortige Verhaftung betreffe, so halte er es für ausgeschlossen, daß der Gerichtshof dieselbe beschließe. Der Angeklagte sei verheiratet und anständig und seine Ehre und Existenz beruhe darauf, daß er vor der Strafe, welche auch immer sie sein möge, nicht entfliehe. Von den Arbeitern werde die Verhaftung wegen dieser kleinen Vergehungen dahin verstanden werden, daß man ihnen den Führer während des Streiks einsperren wolle.

Das Urtheil des Gerichts lautete dahin, den Angeklagten wegen Beleidigung mit 3 Wochen und wegen Nöthigung mit sechs Monaten Gefängniß, insgesammt mit sechs Monaten und einer Woche Gefängniß zu bestrafen. Die Beleidigung und die Nöthigung seien für erwiesen erachtet. Freilich habe die Drohung des Angeklagten die Arbeitsniederlegung des Kuchenbäcker nicht direkt veranlaßt, der Angeklagte sei aber Theilnehmer und Mitschuldiger der Vorgänge, durch welche sie verursacht worden sei. Der Fall ließe sich nicht von dem Streik im allgemeinen lösen und deshalb sei das Strafmaß angemessen erschienen.

Die sofortige Verhaftung wurde abgelehnt. Der Verurtheilte ist ja gewiß zu bedauern, wenn ihm auch die Hilfe aller anständigen Arbeiter sicher ist. Für die Förderung der Klassenkenntniß unter der Arbeiterchaft sind aber Urtheile, wie das vorstehende, unbezahlbar. Die Arbeiter der Lausitz nicht nur, sondern von ganz Deutschland werden diesen Rechtspruch zu würdigen wissen.

Zunächst geschieht dies am besten durch Unterstützung der Streitenden. Deshalb, Arbeiter thut eure Pflicht!

Lokales.

Achtung, Lektürer! Die zu heute angemeldete Versammlung kann umfünfundhalb nicht stattfinden. Dieselbe findet morgen, Mittwoch, den 18. März statt, und wird gleichzeitig morgen im „Vorwärts“ durch Inserat bekannt gegeben.

Die alljährlich übliche Hausführung nach dem März-Erinnerungsblatt wurde am Montag Mittag gegen 1 Uhr in der Buchhandlung Vorwärts abgehalten. Nachdem die vortreffliche Festnummer bereits in einer Auflage von 90 000 Exemplaren im Lande abgesetzt und verbreitet worden ist, kamen Polizeibeamte und konfiszirten zwei Ballen, die 5000 Exemplare enthielten. Was diesmal in dem den Märzereignissen gewidmeten Gedenkblatt staatsgefährliches enthalten sein soll, wissen wir noch nicht; dem Vernehmen nach erfolgte die Beschlagnahme auf Veranlassung von Breslau aus, und zwar angeblich wegen Majestätsbeleidigung. Wir können bei wiederholtem Durchlesen weder aus den Proklamationen noch aus den vertraulichen Briefen des damaligen Königs Friedrich Wilhelm IV. eine Beleidigung des Kaisers entdecken, da weder dessen Namen genannt noch seiner Person in der Märzzeit überhaupt Erwähnung gethan worden ist. Aber die Staatsanwaltschaft, die keinen Paragraphe im Strafgesetzbuch finden konnte, um die Thaten des Dr. Peters zur Sühne zu bringen, wird in ihrem Pflüchtheifer gegenüber Sozialdemokraten schon einen Haken zum Einschlagen gefunden haben.

Die Konfiskation von 5000 Exemplaren ist ja bedauerlich und führt leicht zu der Frage, wie es denn möglich war, daß die Polizei, die voriges Mal nur ganz weniger Nummern habhaft werden konnte, diesmal einen verhältnismäßig guten Fang gemacht hat. Eine Antwort auf diese Frage giebt ein Geständniß, das der Polizeikommissar Schöne, der die Amtshandlung leitete, einigen unserer Parteigenossen gemacht. Auf diese Frage, woher er denn wisse, daß die beiden Ballen, die vor ganz kurzem erst von der Bahn angekommen wären, sich in den Räumen unserer Buchhandlung befänden, entgegnete der Polizeibeamte, daß ihm von der Bahn soeben die Ankunst der Ballen und deren Ablieferung an den „Vorwärts“ gemeldet worden sei.

Bei der Gemeindevorwahl: Wahl in Weiskensee erhielten am Montag die Parteigenossen Buchdruckermeister Behrendorf 86 Stimmen, Lederarbeiter Peukert 80 Stimmen. Die sechs Kandidaten der Gegner erhielten insgesammt 104 Stimmen, so daß uns an der absoluten Majorität 9 resp. 15 Stimmen fehlten. Es ist daher eine Stichwahl nothwendig.

In Steglitz ist das Resultat der Gemeindevorwahlen wie folgt: Es erhielten im 1. Bezirk der Kandidat der freisinnigen Bürger- und Gewerdepartei Tischlermeister Blumberg 161 Stimmen, der Kandidat des antisemitischen Ortsvereins Tischlermeister Sebastian 139, der Kandidat der Sozialdemokratie, Gastwirth Schellhaase 160 Stimmen, so daß zwischen Blumberg und Schellhaase die Stichwahl entscheiden muß. Im 2. Bezirk blieb unser Kandidat Gen. Rohr mit 78 Stimmen hinter den beiden bürgerlichen Gegnern zurück.

Der „Reichsbote“ hat den Mund aufgethan! Er hat, allerdings unter einem Wust von Verlegenheitsphrasen und Schimpfereien auf die Sozialdemokratie des Reiches, das beim Prinzen Aribert, ja sogar der Sabbatschändungen im königlichen Schloße und in der Gnadenkirche erwähnt. Das Pastorenblatt führt an, daß es, was uns in der That neu ist, die letzteren Fälle bereits einmal berührt habe; Schuld an den Sabbatschändungen seien die — W a u l e u t e gewesen. Natürlich! Und von dem Festbericht ist dem frommen Blatte, trotzdem fast die ganze Presse davon Notiz genommen hat, bis zum Sonntag rein gar nichts zu Gesicht gekommen. Wahrscheinlich schloß man die Tagesneuigkeiten in der Redaktion des „Reichsboten“ aus Traktatchen und den berühmten gedruckten Militärpredigten.

Aber wie dem auch sei, in richtiger Bitterung des heran-nahenden Sturmes wird dem frommen Blatte doch heiß um die Leber; und um unseren Lesern ein Vergnügen zu bereiten, nehmen wir Notiz von den Worten, die es mit berufsmäßigem Augenaufschlag an die in betracht kommenden Kreise richtet:

„Die Umsturzpresse benutzte ja solche Vorfälle, ähnlich wie fernerzeit die französische die Halsbandgeschichte der Königin. Diese revolutionäre Bestände in Zusammenhang mit der Erregung von Unzufriedenheit in vielen anderen Kreisen, mit thatsächlichen Nothständen und manchen recht peinlichen Mißgriffen in der Verwaltung und Justiz — insbesondere auch die fast regelmäßigen Begnadigungen bei Duellstrafen etc. — erfüllen die politische Atmosphäre immer mehr mit Jähstoff, so daß alle ernstern Freunde der staatlichen Ordnung alles thun sollten, um die Anlässe und Objekte jener Unzufriedenheits-erregung zu beseitigen.“

Eine ganze richtige Bitterung. Möge aber das bischen Besserung beim „Reichsboten“ auch anhalten!

Vom Versammlungsrecht und dem Recht der freien Meinungsäußerung im Polizeistaat Preußen erhält man einen Begriff, wenn man die nachstehende Meldung bürgerlicher Blätter liest: Zur Verhaftung der Anarchisten, Redakteure Gustav Landauer und Spohr kam es in einer Sonntag Mittag in „Böhms“ Brauerei, Prenzlauer Allee 247, abgehaltenen Anarchistenversammlung der „Freien anarchisch-sozialistischen Vereinigung für alle Gesellschaftsklassen“. Unter den etwa 200 Anwesenden bemerkte man auch cand. theol. Theodor v. Wächter, der sein „Sonntagsblatt für freien Geistesausdruck“ veröffentliche. Der erste Redner, Redakteur Landauer, verbreitete sich über die Theorie des Anarchismus im allgemeinen. Als er äußerte: Der Mann kann nicht frei werden durch die Vorurtheile und den Autoritätsglauben, die Kräfte überlieferter Begriffe werden vom Staat und der Regierung kranzhaft festgehalten, erhob sich der überwachende Polizeilieutenant und erklärte den Redner für verhaftet. Unter lauten

Protestkundgebungen der Versammlung wurde der Verhaftete abgeführt. Auf Veranlassung eines Arbeiters Male deponierten mehrere anwesende Nichtanarchisten ihre Adressen zwecks Zeugnisabgabe. Der nächste Redner, Anarchist Spöhr, bemerkte: Die Forderungen des Anarchismus an unsere Zeit lautete das eigentliche Thema, über das Landauer sprechen wollte. Sie sahen, was gesagt werden sollte, aus dem Verhalten des Vertreters des Staates. Jeder sollte doch verlangen können, daß zur Beaufsichtigung von Versammlungen befähigte Beamte gesandt werden. Es liegt hierin keine Kritik der anwesenden Be... Hier erhob sich der Lieutenant und erklärte unter Säumen der Versammlung den Redner ebenfalls für verhaftet. Nach einer Pause von 10 Minuten wurde die Versammlung unter Leitung des Anarchisten Weidner fortgesetzt und nach längerer Diskussion um 1 1/2 Uhr geschlossen.

Stadtverordneter Emil Hilt ist am Sonnabend im Alter von 62 Jahren plötzlich am Herzschlag gestorben.

Miquel kann es gebrauchen. Und wurde gestern ein Veranlassungsformular zur Einkommensteuer (Nr. 75, 1/2105) vorgelegt, das an einen 15jährigen Lehrling gerichtet war. Der arme Junge, der wöchentlich 5 Mark 20 Pf. verdient, soll sechs Mark Einkommensteuer bezahlen!

Die Berliner Bäcker und Schlächter — so wird aus dem Rathhause gemeldet — beabsichtigen mit Rücksicht auf die bevorstehende Eröffnung der Genera-Ausstellung ihre Baarepreise um 10 pCt. zu erhöhen. Infolge dessen wird das Kuratorium des Friedrich-Wilhelm-Hospitals Abschlüsse zur Deckung der erforderlichen diesbezüglichen Baare für ihre Anstalt auf nur ein halbes Jahr abschließen. Eine solche Brotvertheuerung sieht den feinsten Bäcker- und Schlächtermeistern schon ähnlich. In dem Publikum liegt es, sich diesem gemeingefährlichen Bestreben gegenüber zur Wehr zu setzen. Selbst die „Nat.-Ztg.“ meint zu der frohen Botschaft: Die Bäcker und Schlächter gehören nicht zu den Gewerbetreibenden, die sich zu beklagen haben. Schlechte Zeiten werden von ihnen weniger empfunden, als von anderen Berufs-klassen. Und sie sollten in guten Zeiten mit dem Ruhen zufrieden sein, der ihnen aus dem größeren Umsatz erwächst. — Die Schlächtermeister ziehen sich, wenn man ihrem Organ trauen kann, übrigens schon wieder von dem Vorkhof zurück. Vielleicht wollen sie es unauffälliger und schlaumer anfangen.

Wie der Staat der Sozialreform sechs Jahre nach Veröffentlichung der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend unterrichtet und mit den letzteren „Fühlung zu behalten sucht“, das lehrt eine Meldung, welche die „Kreuz-Zeitung“ im Anschluß an die Nachricht vom dem Ausbruch des Streiks in der Eisenmühl-Fabrik von Karl Schulz, Hasenhalde 9 bringt. Sie lautet in klassischer Kürze:

Zwei Schulkute sind am Eingange der Fabrik aufgestellt. Für den Fall etwaiger Ausschreitungen hat sich das 68. Bataillon unter Führung durch Gendarmerie an die Behörde in Rixdorf gewandt.

Die Arbeiterschaft weiß, daß diese Art der Bekundung des staatlichen Interesses an Ausständen die Regel ist im Staate der Sozialreform.

Die Deutsche Gesellschaft für volkshälliche Naturkunde veranstaltete vor einigen Tagen einen Projektionsvortrag im Bürgerhalle des Rathhauses. Herr Dr. med. Neuhauß, der bekannte Herausgeber der Photographischen Rundschau, führte zunächst eine Anzahl Sellerischer Farben-Photographien vor, nachdem er in einer kurzen Einleitung das von Sella angewandte Verfahren erläutert hatte. Die Photographien erregten durch die naturgetreue Wiedergabe der Farben, besonders der jarteren Schattierungen und der schillernden Töne die laute Bewunderung aller Anwesenden. Hieran reichten sich die von Herrn Dr. Neuhauß gemachten Aufnahmen von Flugversuchen des Herrn Ingenieur Vienthal, die einige recht interessante Momente zur Anschauung brachten. Den Schluß bildete die Vorführung einer großen Zahl seiner ganz vorzüglichen Naturaufnahmen aus dem Zoologischen Garten, bei denen die Direktion des Gartens ihn in jeder Weise aufs vornehmste unterstützt hatte. Der durch köstlichen Humor gewürzte Vortrag des Herrn Dr. Neuhauß erntete reichsten Beifall.

Das neue Krankenhaus bei Britz ist am Sonntag seiner Bestimmung übergeben worden. Vorher wurde es im Besitze verschiedener Beamten von einem evangelischen Geistlichen „geweiht“.

Aus der Offizin, in der die Zeitung „Das Volk“ hergestellt wird, gehen uns anscheinend sehr begründete Beschwerden zu, deren Abstellung die Einföhrer noch am besten von einer Veröffentlichung im „Vorwärts“ erhoffen. Nach der Schilderung sind in den Sälen Thüren und Fenster in Unordnung; die Heizung wird in jedem der großen Räume durch einen höchst unzulänglichen eisernen Ofen bewirkt, welcher gar nicht im Stande ist, soviel Wärme zu entwickeln, um eine einigermaßen angenehme Temperatur zu schaffen; als Zugabe lassen die Ofen vielfach Rauch ausströmen, so daß oft alle Fenster aufgerissen werden müssen. Für die Arbeiterinnen sind keine Räume zum An- und Auskleiden vorhanden; zu diesem Zweck müssen die Mädchen die Klosets benutzen. Die Abortanlagen befinden sich auf einem Verbindungsflur zwischen zwei Arbeitsfluren und sind für Männer und Frauen gemeinschaftlich; der Bedürfnisraum für Männer ist den Weibern der Vorübergehenden preisgegeben. Die Klosets sind ohne Ventilation und verpestet daher die Arbeitsräume. Besonders hat der überaus angestrenzte Korrektor unter den verschiedensten Mißständen zu leiden; er arbeitet an einem Platz, wo sich Gestank, Kälte, Zugluft und Dampf vereinen, um den Aufenthalt unangenehm zu machen. So der Bericht. Entspricht er den Thatsachen, so muß man sich wirklich wundern, warum die Herausgeber des christlichen Blattes nicht schon längst für eine Abstellung der Uebelstände gesorgt haben.

Einen weiblichen Assistenzarzt wird mit dem 1. April die Irrenanstalt von Professor Zaehr in Jehlendorf erhalten. Es ist dies dem „Zeltower Kreisblatt“ zufolge Dr. Sieglinde Stier, die zur Zeit als Volontärin im Kreis-Kranken-hause thätig ist. Ihr wird die Pflege der weiblichen Irren überwiesen werden.

Bei einer Fählung des Wagenverkehrs in der Leipzigerstraße wurden an einem Tage von Morgens 6 bis Abends 10 Uhr in diesem Monat auf der Strecke zwischen der Friedrichstraße und dem Leipziger Platz in beiden Richtungen im ganzen 6395 Fuhrwerke, ausschließlich der Omnibus- und Pferde-bahnwagen, demerkt, davon waren 2058 Last- und Geschäfts-wagen, 1209 Hand- und Hundewagen, 540 Privat-Personen-fuhrwerke und 4590 Droschken. In derselben Zeit fuhrten auf der gleichen Strecke in beiden Richtungen 1795 Pferdebahn- und 1549 Omnibuswagen.

Im königlichen Schlosse wurde Sonntag Nachmittag ein etwa 30jähriger Mann sirtet. Der Fehlgewonnene wurde gegen 4 Uhr, als der Kaiser seinen seine Ausfahrt angetreten, von zwei Schulheuten aus dem Portal V des Schloßes herausgeführt und nach der Polizeiwache 2 in der Bauhofstraße über-führt, von dort jedoch nach Feststellung seiner Personalien wieder entlassen. Aus welchem Grunde die Sirtung erfolgt war, vermochten wir nicht festzustellen; wie behauptet wird, soll der junge Mann dem Kaiser eine Wittschreit überreicht haben.

Eines jener unglücklichen Menschenkinder, die zu hun-derten obdachlos in der glänzenden Reichshauptstadt umherirren, und von einem Tage zum andern nicht wissen, wie sie sich nähren und bergen sollen, wurde im städtischen Obdach in der Fribel-straße plötzlich vom Tode ereilt. Die 57 Jahre alte Wittwe Elise Otto hatte in der Nacht zum Sonnabend im Wirt Auf-nahme gefunden und war dort bald eingeschlafen. Als sich am nächsten Morgen um 5 Uhr die Gäste erhoben, bemerkte man,

daß die Otto eine Leiche war. Die Verwaltung benachrichtigte das 80. Polizeirevier von dem Vorfall, und dieses hat die Leiche beschlagnahmt, da die Ursache des Ablebens nicht festgestellt werden konnte. Wie läßt Heine doch den braven Chirurgen sagen, der gewissenhaft der Todesursache solcher Unglücklichen nachforscht? Die strenge Witterung, erklärte er, mit Regenleere vereinigt, hat ihr Ableben verursacht, hat zum mindesten solches beschleunigt!

Militarismus und Religiosität. Der Grenadier Throner von der 9. Kompagnie des Kaiser-Alexander-Regiments, der schon mehrfach von sich hat reden machen, ist Sonnabend Morgen um 9 Uhr zum dritten Male in Untersuchungshaft gebracht worden. Throner gehört einer Abzweigung der Menno-niten, dem „Bunde der gläubigen evangelischen Tauslinge“ an; der nur im Glauben Anhänger hat, und weigert sich auf grund des strengsten Gebotes fortgesetzt, ein Gewehr anzufassen. Als Militär bekam er für seine Weigerung zunächst zwei Monate Festung. Bei seiner Rückkehr wurden ihm vor versammelter Kompagnie die Kriegsartikel vorgelesen, aber Throner beharrte auch diesmal auf seinem Standpunkte. Nunmehr wurde er zu einem Jahre Festung verurteilt. Nach Verbüßung dieser Strafe kehrte er Freitag zu seinem Truppendienst zurück. Gestern morgen sollte er in die Kompagnie eingereiht werden und zum Kompagnieoberführer auf das Tempelhofer Feld mit ausrücken. Hauptmann v. Utmann befohl ihm, sein Gewehr zu nehmen, Throner weigerte sich aber auch jetzt wieder. Er wurde daher von der Kasernenwache sofort als Untersuchungsgefangener in das Militärarrestgebäude in der Lindenstraße abgeführt.

Ist es denn nicht möglich, daß ein Mann, der wie selten jemand in der Gegenwart noch von tiefer und aufrichtiger Religiosität durchdrungen ist, anders behandelt werden kann, als es hier geschieht? Es wäre doch irgend ein Dienst ohne Waffe denkbar, der den Unglücklichen, der es nun einmal ernst mit seinem Glauben nimmt, nicht mit dem Gewissen in Konflikt brächte. Man hätte doch alle Ursache, den Anschein zu vermeiden, als ob nur die Religion dem Volke erhalten werden soll, die dem Militarismus Rechnung trägt.

Arbeiter-Sanitätskommission. Im Auftrage des In-habers der Wohnung Kronenstr. 52, des Herrn Schneidermeister Langheim, wird uns zu dem Bericht in letzter Nummer mit- geteilt, daß kein Kontrolleur bei ihm gewesen sei und er deshalb auch niemanden habe abweisen können. Der Inhalt der Mit- teilung vom Sonntag stimme im übrigen.

Aus Reinickendorf wird uns berichtet, daß auch hier der in Moabit geübte Unfug mit den öffentlichen „Brandbriefen“ getrieben wird. In einem Hause fand man am Sonnabend Morgen ein Stück Papp angeheftet, auf dem folgender Spruch stand: Ganz Reinickendorf soll brennen und alles durcheinander rennen, Petroleum und Dynamit alle Bauern und Brandstifter nach sich zieht.

Nach einer am Sonntag Vormittag auf dem Amtsbureau in Rixdorf eingelaufenen amtlichen Depesche aus Oppeln wurde dort der Bäckergehilfe Christoph Fischer aus Berlin verhaftet, weil er bei dem Versuche, eine Damen-Taschenuhr, auf deren Deckel der Name Galle eingravirt, zu verkaufen, abgefaßt wurde. Die Annahme der Oppelner Behörde, in dem Fehlgewonnenen den Mörder der Clara Galle zu erkennen, wird jedoch dadurch hinfällig, daß die Ermordete eine Taschenuhr nie be-sessen hat. Die Rixdorfer Polizei hat sofort eine entsprechende Mitteilung nach Oppeln gesandt.

Das alte Trauerspiel. Die Kellnerin Olga Sch. stürzte sich am Sonntag Abend 11 1/2 Uhr vom Schiffbauerdamm aus in die Spree und ertrank. Sie war in gesegneten Umständen und von ihrem Bräutigam verlassen worden.

Der Zimmermann Emil Wick, der am Sonnabend beim Dombau verunglückte, ist Sonntag früh seinen Verletzungen er-legen.

Der Premierlieutenant v. Redlich vom 1. Garde-Feld-artillerie-Regiment stürzte am Sonnabend Mittag in der Reit-bahn mit seinem Pferde und konnte sich nicht gleich von diesem freimachen. Als er später mit dem Aufrichten des Thieres be-schäftigt war, erhielt er einen Hufschlag an den Unterleib. Schwer verletzt und beunruhigt wurde der verunglückte Offizier nach einem nahe gelegenen Krankenhaus gebracht.

Eine Kindesmörderin? Eine unmensliche That wird der 25 Jahre alten untergeheilichten Marie Grindel zur Last ge-legt, die als Plätterin in dem Sternberg'schen Geschäft in der Neuen Königstraße thätig war und seit sechs Wochen Land-sbergerstraße 17 eine Schlafstube bewohnte. Sie soll einem Kinde das Leben gegeben, es bald darauf getödtet und in kleine Stücke zerhackt und die Theile dann in den Abort geworfen haben. Hausbewohner hatten an verdächtigen Spuren bemerkt, daß sich etwas Verdächtigendes zugetragen habe, und der Kriminalschun-mann des 92. Polizeireviere fand den zerstückelten Leichnam auf. Das unglückliche Mädchen, das in der Wohnung darniederliegt, leugnet das Verbrechen.

Die ermordete Diakonissin Christine Detting ist am Mon-tag beerdigt worden.

Witterungsübersicht vom 16. März 1896.

Stationen.	Barometer-höhe in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0°-10°)
Swinemünde	758	S	3	Dunst	2
Hamburg	758	WSW	4	bedeckt	5
Berlin	760	SW	3	bedeckt	4
Miesbaden	764	SW	1	wolfig	6
München	766	SW	3	bedeckt	3
Wien	767	SW	1	Rebel	2
Saparanda	758	S	2	bedeckt	-11
Petersburg	768	SW	1	wolfig	-10
Coef.	754	W	5	heiter	8
Aberdeen	764	S	1	bedeckt	-
Paris	764	S	2	bedeckt	6

Wetter-Prognose für Dienstag, den 17. März 1896. Ziemlich warmes, zeitweise heiteres, vorherrschend wolfiges Wetter mit etwas Regen und frischen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Die Bewegung in der Konfektions-Industrie.

Eingangsdamt des Gewerbegerichts. In der gestrigen Sitzung führte ein Firmeneinhaber der Knabenkonfektion eine blühende junge Dame vor, die angeblich bei Knabenanzügen, die sie mit 35 Pf. bezahlt erhält, in der Woche 25-30 Mk. verdienen soll. Aus einem vorgelegten Lohnbuch, das die letzten drei Wochen umfaßt, geht hervor, daß sie einschließlich der nach dem Streik erzielten Zulage einen Wochenverdienst von 18-22 Mk. erreicht hat. Jedoch sind die fraglichen Anzüge Tricotanzüge, die sich besonders leicht anfertigen lassen und für diese Erhebungen, die sich auf Cheviot-anzüge beziehen, nicht in betracht kommen. Auch arbeitet sie durchschnittlich 15-16 Stunden, manchmal auch 18 Stunden täglich. Durch das Vorkommen noch mehrerer Lohnbücher sollen die Angaben über die günstigen Verhältnisse dieser Arbeiterin er-wiewen werden. Die Vernehmungen der übrigen Arbeiterinnen boten, gleich den früheren, ein trübes Bild. Unter andern gab eine Witwe, die seit 6 Jahren Hosen-Gandarbeit macht, an, daß sie bei täg-lich 12-13 stündiger Arbeitszeit wöchentlich 7-8 Mk. verdient,

wovon noch 1,22 Mk. Unkosten abzuziehen sind. Die Frau hat von diesem Verdienst zwei schulpflichtige Kinder zu erhalten.

Der Verband deutscher Schneider und Schneiderinnen hat von Montag, den 16. d. M., ab an 17 über ganz Berlin vertheilten Stellen einen gedruckten Arbeitsmarkt für die gesammte Bekleidungsindustrie herausgegeben. Derselbe wird an alle Arbeitssuchenden von Nachmittag 5 Uhr an abgegeben. Seit Jahren war das Bedürfnis vorhanden, einen Arbeitsmarkt herauszugeben, der allen Arbeitssuchenden gratis zur Verfügung gestellt wird. Der Verband hat nunmehr dem Wunsche der Berufsangehörigen entsprochen. Es liegt jetzt im Interesse aller Arbeiter und Arbeiterinnen des Schneidergewerbes, dafür zu wirken, daß diese Einrichtung die Bedeutung erlangt, die ihr gebührt.

Bei der Berliner Gewerkschaftskommission gingen noch für die Konfektionsarbeiter ein: Ratines des Kart-haus'schen Männergefängnisses 102,60 Mk., „Freunde der ge-rechten Sache“ 11,60. „Wiesbadener Tageblatt“ 19,80.

Gewerkschaftliches.

Die Leitungen der Berliner Arbeiterorganisationen bitten wir, sich in ihren Publikationen für den gewerkschaft-lichen Theil des „Vorwärts“ etwas kürzer zu fassen, als das bisher vielfach geschehen ist. Für kurze Mittheilungen läßt sich eher Raum schaffen, als für lange; auch werden kurze, thatsächliche Angaben viel lieber gelesen als weitschweifige Aus-führungen. Bei dem großen Umfang, den gegenwärtig die Ge-werkschaftsbewegung angenommen hat, liegt weise Selbstbeschrän-kung betrefis des Raumes der Publikationen im Interesse der Gewerkschaft selbst, weil andernfalls manche ge-werkschaftlich wichtige Mittheilung wegen Raum-mangels zurückgestellt werden muß.

Redaktion des „Vorwärts“.

Die Tischler der Maschinenbau-Fabrik für Mühlen-bau, Pöggold u. Co. in Berlin, Waldstr. 88/85 (Moabit), haben die Arbeit eingestellt, da ihre Forderung auf Vertheilung der Arbeitszeit nicht bewilligt worden. Die Kollegen allerorts werden ersucht, hierauf zu achten.

Die Ortsverwaltung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

An die Töpfer Berlins! Diejenigen Kollegen, die die Feste zu der über die Lebenshaltung der Bauarbeiter auf-zunehmenden Statistik noch nicht abgeliefert haben, ersuchen wir wiederholt, dies sogleich zu thun. Ferner wird mit- getheilt (siehe auch heutiges Inserat), daß die Vertrauens-männer-Sitzung, die heute bei 10 Uhr abgehalten wird, nicht um 8 Uhr, wie im Sonntag-Inserat des „Vorwärts“ steht, sondern um 6 Uhr beginnt. Ueber die bisherigen Verhandlungen der Einigungs-kommission mit den Vertrauens-männern verweisen wir auf den Bericht, der an anderer Stelle der heutigen Nummer des „Vorwärts“ veröffentlicht ist. J. A.: F. Kaulich.

Achtung, Metallarbeiter! Die Verhandlungen mit der Firma Waer u. Stein in Berlin sind vorläufig resultatlos geblieben. Einer Kommission des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gestand der Inhaber Stein nur die Forderung des Neunstundentages zu, jedoch ohne Lohnerhöhung. Sämtliche andere Forderungen lehnte er rundweg ab. Herr Stein war vor-mehrigen Tages aus Anlaß der ausgebrochenen Differenzen in Sachsen und beabsichtigt seine Fabrikation in die dortige Haus-industrie zu verlegen, was er durch Aneerbietungen der dortigen Kleinmeister erhärten zu können glaubte. In der erzgebirgischen Hausindustrie arbeite, wie er persönlich gesehen, Kind und Regel, er werde um 50 pCt. billiger produ-zieren können. Herr Stein erklärte der Kommission weiter: Sorgen Sie dafür, daß in der Provinz die Lebensverhältnisse, die Lohnverhältnisse sich erhöhen, so daß uns nicht derartige billige Arbeitskräfte zur Verfügung sehen, und wir bewilligen ohne Be-denken die Forderungen der Streikenden. Die Kommission gab dem Firmeneinhaber nach jeder Richtung die gebührende Antwort. Aber solche Worte aus dem Munde eines Unternehmers geben, den Berliner Metallarbeitern ein Fingerzeig sein, ihre bisher verfaßte Pflicht nunmehr voll zu erkennen. Die Großstadt hat die Pflicht, mit ihren leichter aufzubringenden Mitteln die Provinz organisiren zu helfen.

Die Haltung der Streikenden ist gut. Es stehen noch 50 Mann aus, davon 22 Klemmer, 6 Schleifer, 3 Dreher, 3 Brüder und 16 Schnittarbeiter. Die Behörde, die sich den Streikenden gegenüber in nicht sehr erfreulicher Weise bethält, erbot sich nach den Ausführungen des Unternehmers freiwillig, für Ordnung Sorge zu tragen.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Der Streit in den Treibriemen-Fabriken Berlins dauert fort. Die Situation für die streikenden Arbeiter ist nach wie vor sehr günstig. Die Kollegen, die auf Vertheilung hier-hergekommen waren und bei der Firma Haunde in Tegel an-gefangen hatten, haben sich den Streikenden angeschlossen. Von den Fabrikanten war am vergangenen Sonnabend die Wör verbreitet worden, daß Montag eine größere Anzahl Arbeiter von außerhalb eintreffen würde, was jedoch nicht geschehen ist und nicht geschehen kann, da infolge der günstigen Konjunktur so gut wie keine Arbeitslosen im Sattlergewerbe vorhanden sind. Die Treibriemenfabriken Hamburgs, Breslaus u. s. w. suchen selbst Arbeiter.

Die Fabrikanten haben sich bekanntlich kurz vor Ausbruch des Streiks zu einem Ring zusammen gethan, um die Forderungen der Streikenden besser bekämpfen zu können. Doch scheint dieser Ring nur die Wache einiger größerer Fabrikanten zu sein, die die Gelegenheit benützen, um die kleinen, nicht sehr kapitalfähigen Firmen, diese unliebsame Konkurrenz, aus der Welt zu schaffen. So hat z. B. die Firma Pregel u. Co. an den Werkführer einer im Streik befindlichen Fabrik, der wie fast alle Werkführer weiter arbeitet, das Ersuchen gerichtet, gegen einen höheren Lohn bei ihr sofort anzufangen, und diese Firma hat die Leitung des Ringes in Händen! Es beweist dies, daß die Leitung des Ringes es mit ihren Auf-gaben nicht ernst nimmt, sonst könnte sie unmöglich den Firmen, die noch Werkführer haben, diese abspenstig zu machen suchen.

Einige kleinere Fabrikanten haben sich bereits, trotz der Konventionalstrafe die sie in dieser Beziehung zu bezahlen haben, zu Zulagen gegenüber den streikenden Arbeitern bereit erklärt, doch wollen sie mit der Lohnkommission nicht unter-handeln. Da die Fabrikanten am gestrigen Tage eine Zusammen-kunft hatten, so begaben sich zwei Mitglieder der Lohnkommission dorthin, wurden jedoch nicht vorgelassen, da die Herren keine Lohnkommission kennen wollen. Ob auch hier das bekannte Wort eines deutschen Professors der Nationalökonomie zutrifft, daß die deutschen Kapitalisten sich noch in ihren Flegeljahre befinden, da sie derartige Körperlichkeiten nicht anerkennen wollen?!

An die Arbeiter und Kollegen richten wir die Bitte, die Streikenden moralisch und materiell zu unterstützen und an die Streikenden das Ersuchen, fest und treu zu ihrer gerechten Sache zu stehen, dann wird der Ring und die „Einigkeit“ der Herren Fabrikanten bald in die Brüche gehen und die Forde-rungen werden bewilligt werden.

Die Lohn- und Agitationskommission. J. A.: Bruno Förstch, Staltheerstr. 141a, 4 Tr.

Zur Buchdruckerbewegung. Eine imposante Buchdrucker-Versammlung, welche gestern Abend im Saale der Branerei Friedrichshain tagte, beschloß folgende Resolution:

Die allgemeine Buchdrucker-Versammlung erklärt sich mit der in Leipzig gefaßten Resolution nicht einverstanden.

Um jedoch zu einem Resultat zu gelangen, beschließt die Versammlung in die Wahlen der Gehilfenvertreter einzutreten und von dem Ergebnis der Tarifberathung ihre weiteren Schritte abhängig zu machen.

Ueber den Stand des Streiks in Kottbus ist mitzuteilen, daß sich am Sonntag in einer von über 5000 Streikenden besuchte gemeinsamen Versammlung der Färbereibesitzer Kopppe in verständlichem Sinne äußerte, wobei er jedoch betonte, er sei nicht von irgend welcher Seite inspiriert. Unter seiner Zustimmung wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Versammlung nimmt das Anerbieten des Herrn Kopppe bezüglich einer Vermittelung an und erwartet die Vorschläge des Fabrikantenvereins durch Herrn Kopppe, um dazu Stellung zu nehmen.

Wir wollen wünschen, daß die Fabrikanten endlich den Boden betreten, auf dem ein dauernder Friede geschlossen werden kann.

Vom Karwin-Ostauer Streik. Die Depeschen-Bureaus, die seit Tagen der Welt das Zurückgehen der Auslandsbewegung veränderten, müssen jetzt selbst zugeben, daß die Lage sich beträchtlich verschlimmert hat. Damit meinen sie nämlich, daß der Streik gut steht. Die Streikenden haben es abgelehnt, mit den Grubenbesitzern getrennt zu verhandeln, sie verlangen die Anerkennung ihres Komitees und werden nur durch dieses verhandeln. Die Direktoren drohen, noch „Millionen zu opfern“, statt nachzugeben. Eine weitere Ausdehnung des Streiks ist bevorstehend.

Aus Gablonz in Böhmen wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben: Unter den Glasarbeitern im Gebirge, etwa 2500, herrscht eine Bewegung wegen Unterbietung der Mindestlöhne durch einzelne Vierzehner, deren Betriebe durch einen Ausstand bereits gesperrt wurden. 300 Arbeiter sind ausständig. Bei Nichtbewilligung der Mindestlöhne droht ein allgemeiner Ausstand.

Gerihts-Zeitung.

In Königsberg i. Pr. verurtheilte das Schwurgericht am 14. März den Gerichtsassessor Ernst Borchert, welcher am 6. Februar in einem Pistolenduell unter den schärfsten Bedingungen den Premierlieutenant Seidensticker nach dem vierten Augewechsel so schwer verwundete, daß derselbe starb, zu zwei Jahren Festungshaft.

Ein im Militärstaat geradezu entsetzliches Urteil ist vom Schöffengericht in Mainz gefällt worden. Dem „Berl. Tagebl.“ wird darüber geschrieben: In der heuligen Schöffengerichts-Sitzung wurde über einen interessanten Fall verhandelt: Es war Ende vergangenen Jahres, als die hiesigen Wehrmänner in der dafür bestimmten Kirche vereidigt werden sollten. Auf der Straße standen die Soldaten rechts und links, alles ausfüllend, bis schließlich ein Major die völlige Absperzung befohl. Der Aufseher einer Branerei lehnte sich nicht daran; er meinte, daß das Militär in einer der Stadt gehörigen Straße nichts zu verbieten habe. Er schickte sich also an, durchzufahren, wurde aber daran durch einen Unteroffizier verhindert, der dem Pferde in die Gängel fiel. Nun erhob der Aufseher, indem er in nicht gerade gewählter Sprache seinem Kerger Luft machte, die Peitsche und drohte zu schlagen. Der Aufseher wurde daraufhin angeklagt, unthätig in eine Abtheilung Soldaten hineingefahren zu sein und den Unteroffizier beleidigt zu haben. Das Gericht war jedoch anderer Ansicht. Es entschied: Das Militär hat kein Recht, nach Belieben die Straßen zu sperren. Wenn der Unteroffizier dem Pferde in die Gängel fiel, so habe er sich im Unrecht befunden, und der Angeklagte habe nur in Nothwehr gehandelt, als er die Peitsche zeigte. Er sei demnach freizusprechen. — Schauderhaft, höchst schauderhaft! Mit der Verpfehlung muß es danach in Mainz noch schwer haben.

Versammlungen.

Steglich. Am vorigen Sonntag tagte hier eine öffentliche Tischler-Versammlung, in der Tischler Kaspar über die Lage des Streiks referirte. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Abmachungen der Streikkommission einverstanden und beauftragt dieselbe, die nöthigen Schritte zur Beendigung der Lohnbewegung zu thun. Sie verpflichtet sich ferner, das Erzwungene streng festzuhalten und treu zur Organisation der Holzarbeiter zu stehen.

In Weihenau tagte am 10. d. M. eine öffentliche Vereinsversammlung des sozialdemokratischen Arbeitervereins. Koller, welcher zum ersten Punkt der Tagesordnung referirte, entledigte sich seines Vortrages, der die Kämpfe der Arbeiter um das allgemeine Wahlrecht behandelte, zur allgemeinen Zufriedenheit der Anwesenden. Da eine Diskussion nicht beliebt wurde, so machte Genosse Pöswald unter Verschiedenem bekannt, daß die dritte Wählerklasse für die hiesige Kommunalwahl an zwei Tagen zu wählen hat. Für den 1. Bezirk finde die Wahl am Montag, den 16. März, statt. Als Kandidaten sind ausgestellt die Genossen Peukert und Wehendorf. Der 2. Bezirk wählt am Dienstag, den 17. März, vormittags 11—1 Uhr, in Böttcher's Vereinshaus. Als Kandidat ist nominiert Genosse Karow. Der dritte Bezirk wählt nicht.

Charlottenburg. Hier tagte am 10. März eine gut besuchte Versammlung der Metallarbeiter. Der Referent Metallarbeiter Hofmann schilderte eingehend, welchen Werth die Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiter habe und empfahl bei der gegenwärtigen günstigen Geschäftslage eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden. Mit der Aufforderung, dem Metallarbeiter-Verband beizutreten, schloß der Redner seinen beifälligen ausgenommenen Vortrag. In der Diskussion kamen eine Reihe von Uebelsständen in den einzelnen Fabriken zur Sprache. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß der Verein am Charfreitag eine Paradenpartie nach Pichelsdorf veranstaltet.

Vermischtes.

Verlorener Dampfer. Aus Stettin berichtet ein Telegramm: Der überfällige Dampfer „Sultan“ vom hiesigen Sultan gilt als verloren, da die Leiche des Kapitäns an der schwedischen Küste aufgefunden worden ist.

Vom Rhein wird überall ein Fallen des Wassers gemeldet. Bei Mainz wurde die Schifffahrt wieder ausgenommen.

Verbrecher im Zuchthaus. Aus Kaiserslautern wird vom Sonntag berichtet: In der vergangenen Nacht machten zwei Sträflinge, die als krank in das Zuchthaus aufgenommen waren, einen Ausbruchversuch, der aber nicht gelang. Vorher hatte einer der Verbrecher, um ungehindert arbeiten zu können, einen im gleichen Zimmer schwer krank daniederliegenden Mitgefangenen durch Erdrosseln ermordet.

Der Fürst von Monaco hat dem Kasino (der Spielbank) eine Konzession auf weitere fünfzig Jahre ertheilt.

Erdbeben in Chile. Aus Santiago wird den „Times“ telegraphirt: Am 18. d. fand in ganz Chile eine Reihe von Erdbeben statt. Eine Anzahl Gebäude wurde beschädigt. In Santiago und Valparaiso hielt sich die Bevölkerung dichtgedrängt die Nacht über auf den Straßen und Plätzen auf, da man sich fürchtete, die Häuser zu betreten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 6—7 Uhr statt.

Schmidt, Kamlerstraße. Senden Sie uns entweder das Nixdorfer Blatt oder sonst eine kurze Meldung über den Fall zu. Es versteht sich, daß wir dann eine Mittheilung bringen.

R. S. S. 23. Ihr Wille ist der beste, allein er macht die Verse doch noch nicht druckfähig.

H. S. 100. Die Arbeit ist fast ohne Ausnahme Mifflorarbeit und ist bei dem letzten Streik ein prozentualer Zuschlag erzielt. Die Arbeitszeit ist gleichmäßig geregelt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinelei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 17. März.
Spernhaus. Der fliegende Holländer.
Schauspielhaus. Die trauke Zeit.
Deutsches Theater. Liebesel. Vorher: Der zerbrochene Krug.
Festung-Theater. Comtesse Guicci.
Berliner Theater. König Heinrich.
Neues Theater. Winterschlaf. Vorher: Ihre erste Liebe.
Residenz-Theater. Hotel zum Freihasen.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Hungerleider.
Schiller-Theater. Romeo und Julia.
Theater unter den Linden. Der Obersteiger. Hierauf: Diverstissement.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Salle-Aliance-Theater. Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Alexanderplatz-Theater. Die kleinen Gämmer. Vorher: Pitts.
National-Theater. Jago, der Wendenfürst.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Baummann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshafen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr: Romeo und Julia.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Zum ersten Male: Die Kinder der Götter.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Dienstag, den 17. März 1896:
Emil Thomas als Gast.
Zum 194. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Jul. Fround und Wilh. Mannstadt.
Ruffel von Jul. Einödshofer.
Anfang 1/2 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Eden-Theater.
Welt-Restaurant
97. Dresdenerstr. 97.
Im vorderen Saal täglich:
Weltberühmte Tyroler-Sänger-Gesellschaft
Almonrausch u. Edelweiss.
Direktion: Alois Ebner.
Estree vollständig frei!
Im Theater-Saal:
Sensationelles März-Programm!
Bestes Ensemble Berlins!
Aufstehen sämtlicher neu engagierter Spezialitäten.
Nur hochkomische Nummern!
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Adolph Ernst-Theater.
Charley's Tante.
Schwank in 3 Akten von Brandon Thomas. Repertoirestück des Globe-Theaters in London. In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Vorher: Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Gegründet 1845. Gegründet 1845.
Circus Renz
Karlstrasse.
Dienstag, den 17. März 1896, Anfang präyie abends 7 1/2 Uhr:
Novität! Novität!
Kolossaler Erfolg!
Lustige Blätter!
Eigend vom Direktor Franz Renz und dem Großherzoglich Darmstädtischen Hofballetmeister August Siems für Berlin komponirt, mit gänzlich neuen technischen Apparaten und Beleuchtungs-Einrichtung, inszenirt Original-Vorstellung in 2 Abtheilungen mit den Ausstattungs-Diverstissements.
Weltstadtbilder!
Aus dem equestrischen Ipeit des Programms sind hervorzuheden: Bagdad, arab. Vollblutschimmelhengst, dress. u. vorges. vom Dir. Fr. Renz. Der anerkannt beste Schutleiter der Welt Mr. James. Pillis mit seinem Vollblutpferde Markir. Auftreten der Schutleiterin Frau Robert Renz mit dem Schutpferde Ferrucia. Hierauf: Der phänomenale Baguette-sprung.
Morgen, Mittwoch und folgende Tage: Novität! Lustige Blätter.
Fr. Renz, Direktor, Königl. Kommissionsrath.

Neuer Circus.
Circus Busch (Bahnhof Börse).
Dienstag, den 17. März, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. brillante Vorstellung.
Sensationaler Erfolg:
Die Jagd nach d. Glück.
3. Schlus: Ein wirklicher Schiffs-Untergang in 20 Fuß Wasser.
Außerdem: Dir. Busch mit f. best-dressirten Freizeitsperden. Couplet-Arrangement von 100 Hengsten, dress. und vorges. v. Dir. Busch. Alligator, ostr. Hengst, dress. u. ger. v. Herrn Footitt-Burghardt. Die Stacho Post-fahrschule, geritten v. Herrn Klosko. Moderne Reiter-spiele, geritten v. 4 Damen. The Rudolfs, die besten Reiterturner der Welt.
Zum 1. Male:
The Seras, Gaudequilibrist. 100 Clowns, männl. und weibliche. Auftreten der Clowns Gebr. Cavallini, Gebr. Dux, Hr. Veldeman und Tom-Tom.
Mittwoch: Die Jagd nach dem Glück.
Paster's Festsäle
Neue Königstr. 7.
Mein Saal mit Nebenräumen noch einige Sonnabende zu vergeben. (4259L)

Urania
Anstalt für volkstümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 7—10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Passage-Panopticum.
In den nächsten Tagen:
Echter Harem.
Aus der heiligen Stadt Kairo.
Harem-frauen und Kinder, Tänzerinnen, Sängerinnen, Eunuchen und Sklaven.

Castan's Panopticum.
Neu!! Neu!! Neu!!
Die 3 getigerten Grazien!!
aus Central-Afrika, die neuesten Weltwunder!

Böhmisches Brauhaus
Landsberger Allee.
Heute, Dienstag, den 17. März:
Vorletzte Soirée
der **Stettiner Sänger**
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl und [Schrader])
Zum letzten Male:
Cavalleria schufficana.
(Die Ehre des Schubhejacks.)
Romantisch diabolisch infernalisches Oper von Ferd. Meysello.
Anfang präy 8 Uhr. Estree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. (f. Palate).
Mittwoch, den 18. März:
Vorletzte Soirée im Moabit Stad-Theater.
Donnerstag, den 19. März:
Gr. Doppel-Soirée in Sanssouci.
Th. Boltz' Festsäle,
S., Alte Jakob-Strasse 75.
Am 1. 1892. 4501L.
Empfehle meine Säle zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen zu kulantesten Bedingungen.

Alexanderplatz-Theater.
Zum 148. Male. Heute 8 Uhr:
Zum Benefiz für Frau Ilka Paulot.
Die kleinen Gämmer.
Vaudeville in 2 Akten v. L. Varney.
Vorher: Pitts.
Operette von Hans Löwenfeld.
Sonnabend, den 21. März 1896.
Zum 1. Male:
Die Musketiere im Damenstift.

Feen-Palast
Burgstraße Nr. 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Heute und folgende Tage:
Ren! Tourbillions Trio.
9 1/2 Uhr: Jex Tanisan.
10 1/2 Uhr: Jackley's.
Affenspiele.
Und das 20 Nummern. Gen-fations-Prögr.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Anfang Sonntags 6 1/2 Uhr.
Estree 30 Pf.

I. Rennen in Carlshorst
Jeden Abend das urkomische Purzelbaum-Zodex-Rennen
Kaufmann's Variété-Theater
Königstraße, Colonnaden.
Das neue Programm hat gelacht.
Der singende Hahn C. C.
XX-Strahlen
von Stephanis & Behrens.
Hokus, Pokus von Joe Marro.
Charley's Tante v. Max Mensel.
Das Unikum Schindler.
1000 Köpfe hat Räusche.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218. Dir. J. Gilck.
Neu! Sensationell! Neu!
Servais Le Roy
die räthselhafte Illusion.
Eugenie Fougère
die unerlöchte franz. Excentrique.
Fritzi Ferry
die pikante Wiener Soubrrette.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Empfehle Freunden und Bekannten mein neu eröffnetes Bierhaus nebst geräumigem Vereinszimmer.
Dresdenerstr. 10 (a. Oranienplatz).
früher Herm. Werner, Brunnenstr. 12.

Englischen Unterricht ertheilt G. Liebknecht, Rantstr. 160.

Alcazar.
Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53, Amentstr. 42/43 (City-Passage).
Neu! Neu!
Familie Schenk — (5 Personen).
Trapps Marvelli — (6 Personen), darunter d. kleinste u. jüngste Clown der Welt — Alexis —
Geschw. Stucky — fäsh. Orig. Jup-Duell.
Neu! Neu!
Schnapphahn, Finko u. Schraube!
Posse in 1 Akt v. H. Anno.
Estree: Sonntag 30 Pf., Anf. 8 U.
R. Winkler.

Künstl. Zähne!
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. Theilzahlung pr. Woche 1 M.
Achtung! Achtung!
Künstl. Zähne v. 3 R. an, Theilz. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn-ziehen, Zahnreinigen, Herstellungs bei Bestellung umsonst.
Gabel, Dausigerplatz 2, Elsfasserstr. 12.
Den Parteigenossen empfehle mich zur Anfert. eleganten Herren-Garderober.
Otto Beckurts,
2245] Alte Jakobstraße 49.

Milchkübel,
Kannen, Säften, Dozimal- u. Tafelwagen Jordan,
Kleine Markus-Strasse Nr. 28.
Kinder-Wagen, Reijelörbe
Fabrikpreise, auch Theilzahlung.
E. L. Herrmann, Sneyfenaust. 112.
Kleiderspind, Wäschepind, Schlaf-tragen, Küchenschonk sofort billig 100b
Reichenbergerstr. 100, v. I. Wehring.
Rache hiermit bekannt, daß ich meinen Saal zum Palmsonntag, 2. und 3. Osterfesttag zu vergeben habe.
Achtungsvoll
B. Rabe,
Collbergstraße 23.

15 Schlaifophas zum Selbstkostenpreis zu verkaufen wegen Aufgabe des Logerraums. Neelle Arbeit, mehrjährige Garantie.
Heinrich Kahlen, Tapezierer, 65. Ferialenrstr. 65.

Läuferstoff-Reste
von 6—18 Mk. für Korridore, Tropfen und zum Auslegen ganzer Zimmer
zum spottbilligen 44922
Muster franco.
Teppich-Weberei S. Unger,
Berlin S., Oranienstraße Nr. 48.
Säle zu Festlichkeiten u. Versamml. unentgeltl. Alexanderstr. 27c.
„Zum Bruder Heinrich“
14 Blumenstraße 14.
Weiss-, Bairisch-, Kulmbacher Bier. Auswahl in kalten u. warmen Spritzen. Sonntags: Humorist. Unterhaltung.

Achtung! Joël's Festsäle, Achtung!

Sonntag, den 22. März 1896:

Grosse Matinée

zum besten der ausgesperrten Kollegen der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter...

Eröffnung 1/11 Uhr. Programm 30 Pf. Anfang 1/12 Uhr. Es ladet ergebenst ein...

Konzerthaus „Sanssouci“

Kottbuser-Strasse 4a. Heute, Dienstag, 17. März, abends 8 1/2 Uhr präz.:

9. Abonnements-Konzert

(Sinfonie-Abend) 63/20 der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmänner.

Orchester: 50 Musiker. Dirigent: G. Schonert.

Sinfonie Nr. 3 v. Haydn; Ouverture zu Curjante von Weber; Ungarische Tänze von Brahms; Phantasie aus „Troubadour“ von Verdi...

Zum 18. März: Ouverture zum Trauerspiel „Robespierre“ v. Litolff. Abendkasse 25 Pf. Programm 5 Pf. Abonnementskarten gültig.

Nachher: Familienkränzen (Herren zahlen 30 Pf. nach). Schluss-Konzert: Dienstag, den 24. März, in Keller's Festsälen, Koppenstr. 29.

C. Lucian

Engros. Knabengarderobe-Fabrik. Detail.

Meine Geschäftsräume und Betriebsverhältnisse habe ich seit 1. März von Landsbergerstr. Nr. 52/53 nach meinem eigenen Hause C., Landsberger-Strasse No. 56, C. nahe Alexanderplatz verlegt.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mittheilung, das meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Louise Krüger geb. Prause

am Kindbettfieber gestorben ist. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 17. März, nachmittags 3 Uhr, von der Charite aus nach dem Charitee-Kirchhof statt.

Der trauernde Gatte Karl Krüger, Gerichtstr. 73, nebst Kindern und Schwiegermutter.

Dankagung. 298b

Für die vielen Beweise inniger Theilnahme, die mir und den meinigen bei der Beerdigung meines Gatten, des Formers Paul Schumann, zu theil geworden sind, spreche ich hiermit namentlich den Freunden und Kollegen der Firmen Solms, Wüste, Schäffer u. Walder unseren tiefgefühlten Dank aus.

Frau Clara Schumann, Schwager D. Siebert.

Die Beleidigung, die ich der Frau Clara Kallies zugefügt habe, nehme ich hiermit zurück u. erkläre dieselbe für eine ehrenhafte Person. Anna Jahn. 310b

Die Beleidigung, die ich gegen Herrn Ernst Otto, Raumstr. 68, gesagt habe, nehme ich hiermit zurück und erkläre denselben für einen Ehrenmann. 309b Ulrich.

Kranzbinderei und Blumenhandlung

Robert Meyer, Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.

Widmungs-Kränze, Girlanden, Ballsträußen, Bouquets u. s. w. werden sehr geschmackvoll und preiswürdig geliefert.

Blumenhandlung

P. Abromeit, Glückerstraße 14, Berlin SW. 42882

Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Girlanden u. s. w. Billigste (Marktthallen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Ich nehme die Beleidigung gegen Herrn Weichert zurück. 292b Anna Mahlkow, Zietenstr. 16.

Aufforderung.

Hierdurch fordere ich den Drechsler und Stoddbieger Karl Ernst Franz Borchert, Berlin, Wasserthorstr. 72, auf, seinen Pflichten mir gegenüber nachzukommen. 240b Leipzig, März 1896. Gust. Schlund.

6 Pfund Albrecht's

Brot für Bäckerei, liefert Wrangel-Strasse 8, Langestr. 26, Falkensteinstr. 28

Rohrtabak.

Grösste Auswahl! Billigste Preise. Sämmtliche Fabrikations-Mitteln.

Heinrich Franck, Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

Möbel, gebrauchte, lauft Burw Möbel, Rosenthalerstr. 13.

Arbeitsmarkt.

Lichtiger Papier-Zuschneider für Karton sofort verlangt. 307b Gustav Grawe & Co., Grünstr. 17/18.

Dosenhepperin 309b sucht sofort Treibstr. 23, III Tr. I.

Gefellen auf gute Kleinarbeit n. Zeichn. verl. Wilh. Lorenz, Berlin SO., Brangelstr. 33. 319b

Kartonarbeiterinnen, geübte, verlangt J. Schwandt, Neue Jakobstraße 6. 303b

Lehrmädchen auf Karton verlangt J. Schwandt, Neue Jakobstraße 6. 304b

Ein j. Mädch. z. Hilfe in der Wirthschaft sucht Frau L. Liebig, Neanderstraße 33 pt. 306b

Karton-Zuschneider geübt u. kräftig, findet dauernde Stelle. Fedor Karfunkelstein Nachf., Landsbergerstr. 16.

Blousenarbeiterin sof. Frau R. D. I. e., Brandenburgstr. 82. 297b

Farbigmacher, Lohn, Kottbuserstr. 17, Hof 1 Tr. 300b

Ein Siegelackarbeiter,

der die Branche in allen Theilen kennt, wird für eine bevorzugte Stellung

gesucht. — Derselbe wolle unter Angabe der Gehaltsansprüche sich melden mit brieflicher Offerte unt. C. 3047 an Haasenstein & Vogler A.-G., München

Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die gefällige Gewinnliste der preussischen Lotterie bei.

Streng reelle Bedienung.

M. Schulmeister

Schneidermeister,

Dresdener-Strasse 4, Kottbuser Thor,

empfehle zu außergewöhnlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel:

Einsegnungs-Anzüge

aus Satin, Kammgarn, Diagonal, Tuchstoffen, ein- und zweireihig von Mt. 12-35

Jaquet-Anzüge in gebieg. wollenen Zwirnstoffen, 1. u. 2reihig 16-24

Jaquet-Anzüge in glatten Diagonal, Kammgarn, Satin u. Cheviot-Stoffen, 1. u. 2reihig 20-35

Jaquet-Anzüge in englischen Cheviot-Stoffen, eleg. Ausführung 22-36

Rof-Anzüge i. guten, wollenen, schwarz. Kammgarn u. Satin-Stoffen, moderner Façons 25-38

Rof-Anzüge modernster Farben, elegante Schnitt-Façons 30-42

Gehrod-Anzüge von feinen Satin, Tuch- und Kammgarn-Stoffen, 2reihig 30-45

Frühjahrs- u. Sommer-Paletots aus Satin, Diagonal, Kammgarn, in allen erdenklichen Farben, (auch Sacco-Paletots vorrätig) 15-35

Beinkleider in dauerhaft, wollenen Stoffen, versch. Farben, Kammgarn und Cheviot 5-10

Hohenzollern-Mäntel mit einer 5 Mt. werten Pelorise 27 an.

Knabenpaletots, Knabenanzüge weidbarer Façons in großer Auswahl.

Schn-Anzüge in Cheviot, Velour u. dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1- und 2reihig von Mt. 6 an

Bestellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.

Begründung des Geschäfts 1878.

Muschel-Wirthschaft

verkaufe sofort spottbillig, vollständige Bohn- und Schlafzimmer-Einrichtung, darunter 8 Fenster neue Gardinen. Brautleuten geeignet. 45882

Frau Wätner, Köpenickerstr. 141, Vorderh. 1 Etage

Für Vogelzüchter!

Maizena-Biscuit, prima, ist zu haben bei Künzel, Brangelstr. 30, nahe Eisenbahnstrasse. 180b

Möbel-

Ausverkauf wegen zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Für Brautleute ganz Einrichtungen von 200-1000 Mt. Theilhaftig gefastet. Elegante Nußbaum- und Mahagoni-Kleiderstühle und Vertikows 30 Mt., einfache 15 Mt., Sophas, Bettstellen mit Matrassen 20 Mt., Waschtiseltischen, Küchenspenden, Kommoden 12 Mt., Stühle 3 Mt., Sophasette 6 Mt., Säulen-Truemeubel 65 Mt., Plüschgarnitur 60 u. 100 Mt., Muschelstühle 40 Mt., Paneeleophas 80 Mt., Buffets, Silberkränze, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel, wenig gebrauchte Möbel zu halben Preisen und sollte es niemand versäumen, der gut und weiß kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gefasste Möbel werden drei Monate kostenfrei aufbewahrt, transportirt und aufgestellt. Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

Sophastoff- Reste

in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelins und Plüsch spottbillig!

Probieren franko! in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.

Läuferstoffe Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Möbelgelegenheitskauf!

Sehr wichtig für Brautleute. Reelle gute Arbeit, sehr billig. Spinden, Vertikow 55 Mt., franzöf. Muschelbettstellen 45 Mt., Säulentrumeubel 65 Mt., Spiegelspend, kompl. Bettstelle 30 Mt., Mod. Muschel-Kücheneinrichtung 50 Mt., Sopha 36 Mt., Bilder zur Einrichtung gratis. Dresdenerstr. 63, I, Berlin.

Frisches Kalbfleisch

9 Pfund franko Rahm. 3 b. 4 Mt. W. J. de Veer, Emden (Ostfriesland).

Sophastoff- Reste

zu Bezügen ausreichend in Phantasie, Rips, Damast, Crêpe, Gobelins, Moquette und Plüsch sowie Sattelkassen spottbillig.

J. Adler Teppich-

Fabrik, Spandauerstraße 30

gegenüber dem Rathhause, Reichsstr. Preisliste gratis u. franco

Beweise

für die Güte des Opal-Fleckenwassers kann sich jeder in kürzester Frist selbst verschaffen. Wer es einmal bemut hat, wird es weiter empfehlen, denn Opal-Fleckenwasser allein thut in kürzester Zeit unter Aufwendung geringer Mühe alle Del., Harz, Theer-, Zucker-, Bier- und sonstigen Flecken. Es ist farb- und geruchlos, ungiftig und nicht feuergefährlich wie Benzin. Preis 30, 50 und 90 Pf. Erhältlich in Drogerhandlungen.

Unerreicht billig!!!

Steppdecken

in reiner Wolle, 160 cm breit, 200 cm lang, in allen Farben vorrätig, das Stück

5,50 Mark

empfehle d. Älteste Teppich-, Gardinen-, Möbelfabrik- u. Portièren-Geschäft Berlins Otto Büchler, Berlin O., Königsstr. 26, Ecke Klosterstraße.

Bersandabtheilung D.

Nußbaummöbel verkaufe schleunigst verzugshalb. spottbillig. Kleiderstühl, Vertikow, Schlaf-sopha, Plüschgarnitur, eleg. Paneeleopha, Muschelstühle, Bettstellen, Regulator, Gardinen. Frau Hartmuth, Müllerstrasse 167, I Tr. rechts.

Nordhäuser

Liter-Flasche 80 Pf., 90 Pf., 1 Mark mit Pf., Korn (verschied. gemischt) 45 Pf., ohne Pf., Siföre, Cognac, Rum, Ungarweine u. 83b Carl Schindler, Chausseestr. 55.

Ausschneiden u. einsenden.

Dankschreiben wienachstehend gehen täglich in gross. Anzahl bei uns ein, die Originalschreiben liegen in unserem Bureau zur Einsicht.

Ueber gesandtes Fernrohr muss ich Ihnen meine volle Zufriedenheit bezeugen. Es kennzeichnet alles auf grössere Entfernungen ziemlich genau. (gez.) A. Thuss in P.

Preis-Catalog mit natur-

getreuen Zeichnungen sämtlicher Fernrohre, Feldstecher, Operngläser, Microscopes, sowie Solinger Messerwaaren, Scheeren, Revolver, Floberbüchsen, Pistolen, Jagdgewehre, Patronen versenden an Jedermann gratis und franco.

Man achte genau auf unsere Firma.

Kirberg & Comp.

in Gräfrath bei Solingen.

Ältestes Geschäft dieser Art am Platze.

Muschelmöbel, spottbillig veräußlich, Rosenthalerstr. 4, III L. Wilsbauer. 312b

Cigarren-Geschäft mit Wohnung passend für Cigarrenmacher, ist durch Zufall zu verkaufen. Offerten Postamt 54 unter G. 700. 305b

Waschanstalt. 296b

Erste a. Ort, verb. m. Plätterei und Kasse zu verkaufen. Pr. 1000 Mt. Gut. Rundsck., vorzögl. Inventar, bewährte Kräfte.

J. Quetscher, Eberswalde.

Anst. Herr f. gute freundl. Schlafstelle bei P. Müller, Böckstr. 24, v. IV.

Frdl. saub. Zimmer als Schlafstelle für 1 Herrn sof. oder später Solmsstrasse 9, S. I Tr. I. 301b

Frankfurter Allee 16/16a am Ringbahnhof: Vorderwohnungen, 2-4 Zimmer, Bad u. Hinter-Wohnungen, 1 und 2 Stuben u. äusserst billig. Elegante Stallungen u. Remisen, große Lagerkeller. 306

Wohnungen,

Stube und Küche, Hof, billig. 292b Thackerstraße 12.

Belforterstr. Nr. 5

Stube und Küche für 216 Mt., Stube, Kammer und Küche für 270 Mt. per 1. April d. J. zu vermieten.

Veeres frdl. einseinst. Zimmer zu vermieten b. Fürstenseim, Böckstr. 24, v. 4 Tr. 295b

Abgeordnetenhaus.

44. Sitzung vom 16. März, 11 Uhr.

Am Ministerische Dr. Miquel, Dr. Bosse und Kommissarien.

Eingegangen ist ein Antrag v. Brochhausen (L.) u. Gen. betr. die progressive Besteuerung der Wanderlager, Wägerei u. Ueberweisung dieser Betriebssteuer an die Kreise, ferner ein Antrag Johansen (Däne) betr. die Ertheilung dänischen Sprachunterrichts in den nordschleswigschen Bezirken und endlich ein Antrag Winkler (L.) betr. die höhere Besteuerung der Wanderlager.

Die Novelle zum Pensionsgesetz steht zur zweiten Lesung. (Die Vorlage enthält die für die Ausbringung von Lehrpensionen fernerhin gültigen Bestimmungen.) Die Vorlage wird nach kurzen, zustimmenden Aeußerungen der Abgg. v. Scheudendorff (nall.) und Stäffeler (Z.) nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Es folgt die zweite Lesung der Verordnung betr. den Bauungsplan von Protterode. — Die Kommission beantragt, der Verordnung die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen und die Regierung aufzufordern, zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Gemeinde 110 000 M. und zur Wiederherstellung der niedergebrannten öffentlichen Gebäude 300 000 M. aus Staatsmitteln zu bewilligen.

Abg. Dr. Oberger (Z.) bekämpft den Kommissionsantrag und wünscht, die Verordnung für illegal zu erklären, und zwar wegen verschiedener formeller Mängel, so weit nicht sämtliche Unterschriften der Minister in der Verordnung enthalten sind.

Abg. v. Christen (fl.) bezweifelt nicht, daß das Haus die Verordnung anerkennen wird.

Zustizminister Schönschedt tritt einigen Rechtsauffassungen entgegen, die in bezug auf die Eigentumsverhältnisse am Grund und Boden infolge der Verordnung laut geworden sind.

Finanzminister Dr. Miquel warnt dringend vor dieser Inanspruchnahme des Staatskredits, so lange die Leistungsfähigkeit der zunächst Beteiligten (Kreise und Provinz) festgestellt ist; es werden durch diese Bewilligung unabsehbare Konsequenzen geschaffen.

Abg. v. Pappenheim (L.) wendet sich gegen die Ausführungen des Finanzministers.

Abg. v. Voh (fl.): Wenn wir keine bestimmten Summen angeben, so sprechen wir fromme Wünsche aus. Redner empfiehlt die Kommissionsbeschlüsse.

Die Abgg. Junghein (nl.), Ricker (fl.), Oswaldt (nl.), Dr. Irmer (L.) und Jerusalem (Ztr.) empfehlen statt der Resolution der Kommission die Annahme des Vorschlags v. Pappenheim, wonach die vom Herrenhause beschlossene Resolution, welche keine bestimmte Höhe der Unterstützung angiebt, angenommen werden soll.

Das Haus beschließt nach dem Antrage v. Pappenheim und genehmigt die Verordnung.

Es folgt die vom Herrenhause angenommene Vorlage betreffend die Errichtung einer Generalkommission für Ostpreußen.

Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Mehrheit der Konserverativen angenommen.

Die Vorlage, betr. die Aufhebung der Kertzge-Taxen (insolge anderweiter Regelung dieser Angelegenheit durch die Reichs-Gewerbe-Ordnung) wird debattelos in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Ohne wesentliche Debatte genehmigt das Haus die Novelle zur Schleswig-holsteinischen Synodal-Ordnung in erster und zweiter Lesung.

Die Substitutionsordnung für Laenburg geht, den Vorschlägen der Abgg. Bachmann (nall.) und Kirsch (Ztr.) gemäß an eine besondere Vierzehner-Kommission zur Vorberatung.

Ein Bericht über die Verwendung des Erlöses für verkaufte Berliner Stadtbahnparzellen wird durch Kenntnisnahme erledigt.

Es folgt der Antrag des Abg. v. Wilgenheim (L.), die Regierung aufzufordern, eine obligatorische Beschulung taubstummer Kinder nach den für Taubstumme ermittelten pädagogischen Grundsätzen in Aussicht zu nehmen.

Der Antragsteller begründet seinen Antrag mit dem Hinweis, daß noch immer eine große Anzahl taubstummer Kinder ohne jeden Unterricht aufwächst, was später die gefährlichsten Folgen haben kann.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath v. Bremen verspricht nähere Prüfung des Antrages, dem die Regierung sympathisch gegenüberstehe.

Abg. Dräg-Bromberg (nall.) tritt ebenfalls für den Antrag ein.

Abg. Wolezyk (Z.) und Abg. Stäffeler (Z.) ebenfalls.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. Petitionen, Wahlprüfungen, Debatte über Interpellation Ring (L.) Viehschleppung.

Schluß 2 1/2 Uhr.

Sächsischer Landtag.

Das waren böse Tage für den Minister des Innern, dessen Etat am 11., 12. und 13. März auf der Tagesordnung der zweiten Kammer stand. Am ersten Tage wurde die Polizeiwirtschaft im Lande einer erbarmungslosen Kritik unterzogen. Der Abg. Raden griff aus dem überreichen Material eine Anzahl von Fällen heraus, an denen die Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes in ihrer rechtl. Art klar dargelegt werden konnte. Es würde hier zu weit führen, wenn wir auch nur die flagrantesten Fälle skizzieren wollten. Raden wies die parteiische Ausnützung und Anwendung des Gesetzes gegenüber der Sozialdemokratie nach und kennzeichnete das eigenmächtige Vorgehen der Behörden im Lande, von denen fast jede das Gesetz anders auslegte und unbekümmert um die Regierung nach Belieben anwende, so daß die reine Anarchie herrsche. Die unglaublichen und lächerlichsten Dinge kämen vor, die der Minister noch verteidigte. Der Minister sei schuld, daß die inneren Verhältnisse Sachsen so geworden seien, denn er habe alles in das diskretionäre Ermessen der Behörden gestellt, denen weitester Spielraum gewährt worden sei. Nach all den Vorwürfen könne man in politischer Hinsicht nicht mehr unter die Kulturstaat gerechnet werden, es sei nur noch Polizeistaat.

Die Abgeordneten Geyer, Fräßdorf, Goldstein, Seifert trugen alle noch zur Belämpfung der ministeriellen Methode der „Sozialistenvertilgung“ bei. Es wurde dem Minister v. Meisch vorgeworfen, daß in keinem Ressort eine solche Wirthschaft herrsche, wie in dem seinigen. Von den Behörden werde er nicht respektirt, sonst würde nicht solch greuliche Verwirrung im Lande herrschen. Außerhalb Sachsen würden die unglaublichen, mit dem Vereins- und Versammlungsgesetz begründeten Maßnahmen verspottet und verhöhnt. Dabei stelle sich

immer mehr heraus, daß mit zweierlei Maß gemessen werde. Die Ordnungsparteien schalteten und walteten, wie es ihnen beliebt; was ihnen erlaubt ist, wird der Sozialdemokratie verboten. Unter solchen Umständen sei ein Reichs-Vereinsgesetz zu begründen.

Der Minister unternahm es, seine Stellung zu rechtfertigen, provozierte aber damit nur eine noch schärfere Kritik. Durch die Verteidigung einiger gravirender Fälle ließ er dem Hasse den Boden aus — die Sozialdemokraten beantragten getrennte Abstimmung über das Gehalt des Ministers und stimmten dagegen. Zwar lachte ein Theil der Mehrheit und der Minister, aber es war ein gezwungenes Lachen, das sich auf dem Gesicht des Herrn v. Meisch ausdrückte, denn die Ablehnung ist für ihn keine Auszeichnung, wohl aber ein Protest der Majorität des sächsischen Volkes dem Ministerium gegenüber.

Am zweiten Tage ging die Vorlesung des Sündenregisters weiter bei den Etats der Unterbehörden. Die Genossen Pinkau, Schulze, Fräßdorf, Goldstein u. s. w. rügten weitere Vorkommnisse, die am Ministerische mitunter lebhafteste Bewegung hervorriefen. Fräßdorf gegenüber geriet der Minister völlig außer Fassung und verlor den parlamentarischen Ton. Dabei kam natürlich sein Innerstes zum Vorschein. Gegenüber der Sozialdemokratie sei es nöthig, mit aller Schärfe vorzugehen. Es fruchtete also die Thatsache nichts, daß dies Vorgehen der Lächerlichkeit verfallt und die Regierung diskreditirt: es wird „fortgewürfelt“.

Genosse Pinkau hielt dann am selben Tage noch eine sehr eindrucksvolle Rede über das Fabrikinspektorat. Die Redensart, daß Sachsen den übrigen Staaten voran sei, führte Redner ab mit Nachweisen über die vorgeschrittene Inspektion in England, der Schweiz u. s. w. Die unzureichende Inspektion in vielen Fabriken sei der Verknüpfung der Fabrikinspektion mit der Revisionsinspektion geschuldet. Auch die Animosität einzelner Inspektoren gegen die Arbeiter wurde gerügt und alles mit Thatsachenmaterial belegt.

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion stellte Pinkau dann folgende Anträge:

1. Die Gewerbe-Inspektion von der Revisionsinspektion zu trennen;
2. Die Inspektorenzahl zu erhöhen und bei der Anstellung Personen aus Arbeiterkreisen zu berücksichtigen;
3. Weibliche Fabrikinspektoren anzustellen.

Sämmtliche Gegner, die das Wort ergriffen, gingen auf die Rede Pinkau's ein, die zum Theil am Ministerische Zustimmung fand, Beweis dafür, daß Pinkau wichtiges Material vorgeführt hatte. Die Genossen Horn-Löbtau und Fräßdorf sprachen sich noch speziell über die Zustände in Glasfabriken und im Baugewerbe aus, so daß die Debatte über Arbeiterverhältnisse sich sehr eingehend gestaltete. Zwar fand das positive Verlangen der sozialdemokratischen Anträge nicht die Zustimmung der Mehrheit, die sich dahin geäußert hatte, den 1. und 2. Antrag der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen, die Beschlußfassung über den 3. Antrag aber aussetzen, bis demnächst eine inzwischen in der Deputation berathene Petition der Frauervereine, die gleiches fordert, an die Kammer gelange. In diesem Sinne faßte auch die Kammer Beschluß.

Es möge noch vermerkt werden, daß einige Unternehmer sich gegen die Fabrikinspektoren wandten, die sie als eine lästige Kontrolle für ihre Fabrikwirtschaft empfanden. Diese Emporkömmlinge wollen ungenirt in der Ausnützung ihrer Arbeiter verfahren dürfen.

Am dritten Tage wurden die weniger wichtigen Titel des Etats des Innern vollends erledigt.

Eine regere Debatte entspann sich dagegen am 13. März über den Eisenbahnetat. In die Debatte griff wiederum Genosse Pinkau ein, der zeitgemäße Aenderung des Personentarifs und bessere Einrichtung der Personenwagen forderte. Die Regierung versprach Erwägung der ausgesprochenen Wünsche und der Finanzminister erklärte, die Regierung werde zu geeigneter Zeit Proben anstellen zur Einführung des elektrischen Betriebes auf Staatsbahnen.

Der Landtag wird am 27. oder 28. März geschlossen.

Gerichts-Beilage.

Prozess Helm-Offelmann. Anfangs November 1894 berichteten wir über eine Gerichtsverhandlung gegen zwei Reisende des Geschäftsvertrags- und Wohnungsvormittlungs-Bureaus von Franz Helm, Prinzenstr. 76, wegen Betrugs. Der Termin wurde vertagt, um die Akten der Staatsanwaltschaft zu übergeben zur Prüfung, ob die Anklage auch auf Helm ausgedehnt sei. Einige Zeit darauf berichteten wir, daß Helm zu zwei, der Reisende Offelmann zu drei Monaten und Schulze zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt wurden. Schulze beruhigte sich bei dem Urtheil, wogegen Helm und Offelmann Berufung einlegten. In der Verhandlung am 9. März bewies nun der Verteidiger des Helm, daß Helm nicht nur die in den Verträgen übernommenen Verpflichtungen ausgeführt, sondern darüber hinaus noch mehr für die Interessen seiner Auftraggeber (zwecks Verkauf ihrer Geschäfte) gethan habe. Aus diesen Gründen seien auch die seiner Zeit von Helm wegen Nichtzahlung der vereinbarten Anzeigengebühren verlagten Auftraggeber vom Zivilrichter verurtheilt worden. Es wurde bemerkt, daß Helm mit circa 500 Markern in Verbindung stand, welche alle in den Büchern eingetragen waren. Falsche Vorpiegelungen seien allein ohne Wissen des Herrn Helm von seinen Reisenden gemacht worden. Helm wurde darauf von der Anklage des Betruges freigesprochen, Offelmann aber zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt.

Von der Polizeigewalt königlicher Forstbeamten legt die Geschichte eines Konfliktes beherzt Zeugnis ab, welcher am 13. März den 1. Senat des Obergerichtes in Widmund (Hannover) beschaffte. Das Schöffengericht in Widmund (Hannover) hatte den königlichen Förster Lambly, früher zu Hopsel, wegen vorläufiger Körperverletzung zu zwei Wochen Gefängnis verurtheilt. Es handelte sich um einen Zusammenstoß zwischen dem Angeklagten und dem Arbeiter Johann Marken aus Wiedersehen. Der Förster hatte den Sachverhalt folgendermaßen dargestellt: Er habe in dem ihm unterstellten Jagdrevier Blutspuren und Rehhaare bemerkt und der Verdacht des Wilderns habe sich auf den Privatkläger J. Marken gelenkt. In dem Verdacht sei er durch verschiedene Mittheilungen, auch solchen vom Bruder des Privatklägers, bekräftigt worden. Deshalb habe er Marken in seiner Wohnung aufgesucht und das Gewehr desselben beschlagnahmt wollen. Marken habe sich widersetzt und ihm mehrmals nach dem Halse gegriffen, so daß er sich nur gewehrt hätte, als er diesem den in Frage stehenden Tritt vor den Unterleib gab. Anders hätte er sich nicht helfen können, da an seiner einen Schulter das eigene Gewehr lehnte und er mit der anderen Hand das Gewehr des Klägers festzuhalten trachten mußte. Das Gericht legte jedoch auf diese Ausführungen kein entscheidendes

Gewicht, sondern stützte seine Entscheidung auf die eidliche Aussage der Schwägerin des Klägers und auf die übereinstimmende Aussage eines vierzehnjährigen Mädchens. Die Frau hatte ausgesagt, Marken habe nur einige Male nach seinem Gewehr gefaßt, weil er die Beschlagnahme desselben für unzulässig hielt, und der Angeklagte habe dies einmal mit einem Kolbenstoß vor die Brust und das andere Mal mit einem so derben Fußtritt vor den Unterleib beantwortet, daß ihr Schwager taumelnd auf einen Stuhl gefallen sei. Der Mann war infolge dessen mehrere Wochen krank und mußte den Arzt in Anspruch nehmen. Das Schöffengericht nahm an, daß sich Lambly deshalb nicht in Ausübung einer Amtshandlung befunden habe, weil das Wohnhaus des Privatklägers nicht innerhalb seines Bezirkes liegt, und daß ihm der Vorwurf einer rohen Mißhandlung zu machen sei. Lambly hatte zugeben müssen, die Wohnung des Klägers mit den Worten verlassen zu haben: „Wenn der Kerl rauskommt, schief ich ihn nieder.“ Noch bevor die Berufungsverhandlung stattfinden konnte, erhob die königliche Regierung zu Osabrück im Interesse ihres Untergebenen den Konflikt, den sie damit begründete, daß dem Forstbeamten mindestens ebensoviel Glauben geschenkt werden müßte, wie den Zeugen des Privatklägers, und daß er doch in Ausübung seiner Amtsbefugnisse gehandelt habe. Im Termin vor dem Obergericht kam u. a. auch zum Vortrag, daß dem Bruder des J. Marken vorgeworfen worden war, in Sachen der Schießoffäre einen Meineid geleistet zu haben. Derselbe hatte nämlich eidlich in Abrede gestellt, daß er dem Förster gegenüber zugestanden hätte, sein Bruder sei der gesuchte Wilderer gewesen. Das Verfahren wegen Meineids ist aber gerichtsfest eingestellt worden. Ferner war man gegen den Privatkläger wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt vorgegangen; das Landgericht Aurich hat ihn jedoch rechtskräftig freigesprochen unter der Begründung, daß der Angeklagte sich nicht in rechtmäßiger Ausübung seiner Amtsbefugnisse befand, weil das Wohnhaus des in diesem Falle angeklagten Klägers außerhalb seines Bezirkes lag und auch nicht Gefahr im Verzuge war. In Erwägung gezogen hatte das Landgericht, daß Lambly wegen Beleidigung schon mehrere Male rechtskräftig verurtheilt ist. — Der Senat erklärte trotz alledem den Konflikt für begründet und erkannte dahin, daß das Strafverfahren gegen den Förster Lambly endgültig einzustellen sei. Damit ist das schöffengerichtliche Urtheil ebenfalls aus der Welt geschafft.

Ein Opfer der Prostitution. Aus Mainz wird uns vom 13. März berichtet: Die Strafkammer des Landgerichts verurtheilte den hiesigen Schuhfabrikanten Josef Rosenbusch wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 150 M. Geldbuße. In seiner Fabrik ist der dreizehnjährige Stanger Johann Kloys Hettenhöfer mit der rechten Hand zwischen die Rammräder der Walzmaschine gekommen, wobei ihm zwei Finger zerquetscht wurden, die später amputirt werden mußten. An der Maschine fehlte die vorchristliche Schuhvorrichtung. Außerdem erhielt der Fabrikant eine Geldstrafe von 20 M. wegen Verstoßes gegen § 155 der Gewerbe-Ordnung; er hatte den Jungen zehn volle Stunden täglich beschäftigt. Der billigen Einwand des Fabrikanten, daß der Fabrikinspektor ihn nicht auf das Fehlen der Schuhvorrichtung aufmerksam gemacht habe, ließ das Gericht selbstredend nicht gelten.

Gewerkschaftliches.

Die Lohnbewegung der Berliner Holzbildhauer nimmt trotz des Beschlusses einer kleineren Gruppe von Bildhauerprinzipalen, welcher bezeugt, die bereits bewilligten Forderungen wieder rückgängig zu machen, da die Gehilfen bis jetzt nicht auch in allen Werkstätten die gleichen Forderungen durchführten, ruhig ihren Fortgang. Bis jetzt ist der Kommission noch keine Firma gemeldet worden, die ihre Einwilligung zurückgezogen hätte. Dagegen haben wieder einige Firmen die Forderungen bewilligt. Bei 8 kleineren Firmen sind die Holzbildhauer ausständig. Es sind dies die Firmen: Kramer, Kopenstr. 60, Brinkmann, Admiralsstr. 7, Waldeyer, Königsbergerstr. 4, Dräger, Fruchtstr. 26, Danisch, Dieffenbachstr. 33, Papier, Kleine Andreasstr. 3, Wolf, Fehrbellinerstr. 14 und Wille, Wangelstr. 135. Die Kommission fordert alle Holzbildhauer Berlins auf, bei Annoncen dieser Firmen ihr Verhalten nach dem von der Kollegenschaft gestellten Beschlüssen einzurichten. Auch werden die auswärtigen Holzbildhauer dringend ersucht, den hiesigen Arbeitsmarkt zur Zeit nicht zu belasten, da das Gelingen der Bewegung in erster Linie davon abhängt, daß ein Ueberangebot von Arbeitskräften nicht stattfindet.

Der einsichtsvollere Theil der Kleinmeister hat, von der Erwägung ausgehend, daß es auch in ihrem Interesse liegt, wenn das allgemeine Niveau der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Holzbildhauer etwas gehoben wird, die bestehenden Forderungen ohne weiteres zugestanden. Die übrigen kommen nicht in Betracht.

An die Metallarbeiter Berlins!

Kollegen! Ueberall rüsten sich die Arbeiter, um auch ihrerseits die jetzige günstige Konjunktur in der Industrie auszunutzen. So erfreulich es nun ist, daß ein frischerer Zug durch die Bewegung geht, können wir es doch nicht unterlassen, unsere Kollegen vor übereilten Schritten zu warnen, und erlauben uns deshalb einige Rathschläge zu geben.

Gegenwärtig beabsichtigen die Klempner in eine Lohnbewegung einzutreten. Wir sind heute noch nicht in der Lage, die Zahl derjenigen, welche in den Ausstand treten werden, zu übersehen.

Im Augenblick kommen nun aus den verschiedensten Branchen eine ganze Reihe Kollegen, die eben erst der Organisation beigetreten sind, aber gerade so thum, als wenn die Verhältnisse, unter denen sie schon jahrelang arbeiten, auch nicht einen Tag mehr auszuhalten wären. So erfreulich es ist, daß unsere Kollegen endlich einsehen, wie dringend die Bedingungen, unter denen sie bisher gearbeitet haben, der Aufbesserung bedürfen, so müssen wir doch darauf hinweisen, daß ein allgemeines Vorgehen der Metallarbeiter im Augenblick eine Unmöglichkeit wäre. Daß der Tag kommt und zwar sehr bald, wo auch wir alle gemeinsam in die Bewegung für die Verkürzung der Arbeitszeit eintreten werden, dessen sind wir uns bewußt und wünschen es von ganzem Herzen. Im Augenblick fehlen jedoch alle Vorbereitungen zum glücklichen Ausgang eines allgemeinen Kampfes. Die Kollegen sind so gut wie garnicht organisiert, und die organisierten sind meist nur unter der Voraussetzung, daß sie von der Bewegung ergriffen werden können, in die Organisation hineingeschlüpfen. Trotzdem wir den Berliner Metallarbeitern immer gesagt haben: nur durch die Organisation seid Ihr im Stande, eure elende Lage zu verbessern, haben es unsere Kollegen dennoch versäumt, dieser Aufforderung in vollen Maße nachzukommen. Die Hauptsache bei jedem Kampf der Arbeiter: der unbedingt nöthige Opfermuth, fehlt den meisten Kollegen gänzlich und gerade die letzten Kämpfe, die wir ausfochten, haben uns in der Ueberzeugung bekräftigt, daß es in dieser Beziehung noch trübe aussieht. Auch gibt es kaum eine zweite Industrie, wo so gut organisiertes Großkapital ver-

handen ist wie bei uns. In diese für uns ungünstigen Momente müssen wir berücksichtigen und danach unsere Taktik einrichten.

Wir sind daher zu der Ueberzeugung gelangt, daß diejenigen Branchen, welche sich stark genug fühlen, einen Vorstoß zu wagen, zunächst in den Kampf einzutreten haben. All das Vorstehende berücksichtigt, werden die Klempner die ersten sein, die in die Lohnbewegung eintreten. Auf alle in den letzten Tagen an uns gerichtete Fragen bemerken wir: Da, wo die Klempner in den Ausstand treten sollten und die übrigen Kollegen der Werkstatt sich stark genug fühlen, gleichfalls mit den Klempnern die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit zu stellen, haben wir nichts dagegen einzuwenden. Wir erklären jedoch, daß überall, wo dies geschieht, die Kollegen sich denjenigen Beschlüssen zu fügen haben, die am Sonntag in der Feenpalast-Versammlung gefaßt worden sind. (Siehe heutigen Versammlungsbericht.)

Gleichzeitig ersuchen wir alle übrigen Metallarbeiter dringend, ihre Forderungen so lange zurückzustellen, bis die Lohnbewegung der Klempner ihr Ende erreicht hat, da wir andernfalls nicht in der Lage wären, sie zu unterstützen.

Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Achtung, Schuhmacher!

Der Kampf, der in den Schuhfabriken Berlins entbrannt ist und bei dem es sich hauptsächlich um die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit handelt, nimmt immer größere Dimensionen an, so daß jetzt 150 Arbeiter aus fünf Fabriken sich im Streik befinden. In drei Fabriken ist die neunstündige Arbeitszeit bewilligt. In der öffentlichen Versammlung am 12. d. M. wurde die Agitationskommission beauftragt, mit dem Verein der Schuh- und Schäftefabrikanten Berlins wegen der Einführung der neunstündigen Arbeitszeit in Unterhandlung zu treten und das Resultat heute, Dienstag, in der öffentlichen Schuhmacher-Versammlung im Saale der „Königsbarr“, Große Frankfurterstraße Nr. 117, bekannt zu geben. Wir ersuchen deshalb sämtliche Schuhmacher Berlins, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Da der Kampf nicht ohne genügende Mittel geführt werden kann, derselbe aber jetzt schon einen Umfang angenommen hat, daß er von den Berliner Schuhmachern allein nicht unterhalten werden kann und sich voraussichtlich im Laufe dieser Woche die Zahl der Streikenden noch bedeutend vergrößern wird, so ersuchen wir sämtliche Kollegen Deutschlands, uns in diesem Kampfe durch die nötige Unterstützung zum Siege zu verhelfen. Briefe und Sendungen sind zu richten an J. Bauer, Berlin O., Schillingstraße 24, im Restaurant.

Die Agitationskommission der Schuhmacher Berlins.

Au alle Stellmacher des In- und Auslandes!

Die Stellmacher Berlins und Umgegend stehen seit Montag, den 16. März im Streik, da die große Mehrzahl der Meister es nicht für nötig hielt, auf die ihnen von der Lohnkommission zugesandten Forderungen zu antworten. Der Beschluß, die Arbeit niederzulegen in denjenigen Werkstätten, wo die Forderungen nicht bewilligt wurden, ist einstimmig gefaßt worden. Wir bitten nun sämtliche Kollegen des In- und Auslandes, uns in unserem Kampfe sowohl moralisch wie materiell zu unterstützen.

Alle arbeitserfreundlichen Zeitungen des In- und Auslandes werden um Abdruck gebeten.

Die Lohnkommission.

Alle Anfragen sind zu richten an Friedrich Michels in Berlin, Sebastiansstr. 1, v. 4 Tr.

Alle Geldsendungen sind zu richten an Wilhelm Schwarz in Berlin, Rathenowerstr. 46, Quergebäude 4 Tr.

Sämtliche Arbeiter der Eisenmühl-Fabrik in Berlin, Hasenheide 9, haben gestern die Arbeit niedergelegt. In der vorgestrigen Versammlung sämtlicher Arbeiter der Fabrik war der Beschluß gefaßt worden, die 9stündige Arbeitszeit zu fordern. Da die Verhandlungen darüber bis jetzt scheiterten, so traten 280 Arbeiter in den Ausstand. Bewilligt sind an dem Streik Schmiede, Schlosser, Radler, Tischler, Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter, Maler, Lackierer, Tapezierer und Hilfsarbeiter. Dienstag, den 17. d. M., vormittags 11 Uhr, wird eine Versammlung bei Klemm, Hasenheide, abgehalten, wozu auch der Fabrikant Schulz geladen ist.

Die Tapezierer der Werkstatt von Eberhard in Berlin erhielten infolge ihres einmütigen Vorgehens einen Zuschlag von 30 pCt. bewilligt. Die Werkstatt-Kontrollkommission.

Bei der Posamentenwarenfirma G. Gusekt in Berlin haben die Stuhlarbeiter und Dreher die Arbeit wegen Maßregelung eines Kollegen niedergelegt.

Zur Buchdruckerbewegung. Die Buchdrucker Hamburgs faßten am Freitag in einer Versammlung, die nach dem „Hamburger Echo“ von mindestens 1000 Personen besucht war, mit allen gegen eine Stimme folgende Resolution: Die 2c. Versammlung lehnt die Leipziger Resolution ab und stellt als Forderungen auf: 1. Neunstündige Arbeitszeit inklusive Frühstück- und Vesperpause von je einer Viertelstunde; Erhöhung der Grundpositionen um 15 pCt.; Erhöhung der Gewerkschaftsgelder um 5 pCt. Das Bureau hat die Resolution dem Vorstandsvorstand zu übermitteln, mit der Aufforderung, dieselbe ungefälscht den Kollegen ganz Deutschlands zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Für die streikenden Textilarbeiter in Kottbus gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission (Adresse: H. Millarg, Berlin S., Annenstr. 16) an Unterstützungen ferner ein:

- Vertrauensmann d. Metallarbeiter Berlins 300.—, Buchdrucker v. Julius Bahlke 150.—, Gesangverein Sangeschole 20.—, Lederwarenfabrik Alexandrinerstr. 54 5.25, Von einem Ernstfabrikanthaus Berlin 25.—, Verein „Raffert Bar“ 6.—, Militärschneidewerkstatt Gräber 15.—, Leselust Morgenröthe für nicht gekauften Märzkranz 7.—, Posamentierere Filiale Berlin II 24.—, Zellersammlung der solidarischen Stereotypen zur 90er Buchdruckerbewegung 12.25, Interessenverein der Buchdrucker-Hilfsarb. Berl. 75.—, Personal-Zanitzenski u. Witt 5.—, Jachv. d. Bäcker 20.—, Rauchklub „Granate“ 5.—, Freie Vereinigung der Kaufleute Berlins 15.—, Freie Vereinigung der Schlafhurschen 12.—, Rauchklub Congo II 3.50, Amerikanische Auktion bei einer Geburtstagsfeier 6.60, Jhlicher Gesangverein 1. Rate 15.—, Von den roten Buchbindern in der Grünstraße 20.—, Verein der Zinngießer und Stürzer 25.—, Bom „Stattklub 50“ 10.—, Bautischlerei von Lehmann und Stullah 3.—, Gemüthliche Zwölfs 4.—, Stattklub Treff 17.50, Pfeifenklub Abzug 4.—, Gesangverein Alpenröschen 9.—, Arbeiter-Bildungsverein Johannisthal 30.—, Gießerei von Feinze, Wasserthorstraße 8 10.—, Brauereiarbeiter Brauerei Hohen-Schönhausen anfast der Kranzspende zum 18. März 23.17, Ethische Gesellschaft 50.—, G. Reineke 3.—, Gust. Koopmann 2.70, Glasarbeiter Stralau 100.—, Reisklau i. S. d. Carl Presh 30.—, Gibichenstein b. Halle a. S. d. Weber 20.—, Eberbach i. S. d. Alim (Seinr. 9.50) 45.—, Holzarbeiter-Verband, Filiale Charlottenburg 50.—, 4 Wütcher, Geburtstagsfeier 2.50, Dreier und Maschinenhändler 15.—, Vergolder von Tiele, 2. Rate 4.75, Stockfabrik Jacobi, Blumenstraße 2 2.50, Freie Volkshilfe Berlin, 1. Rate 200.—, Lederarbeiter Osterwieck a. H. 29.27, Unterstützungsfonds der Lithographen 100.—, Gesangverein Nordwacht 30.—, Umbau-Gde., Vorfrühstraße 6.—, Holzarbeiter-Verband, Filiale Köpenick 10.—, Gesangverein Zukunft I, Steglitz 10.—, Sozialdemokratischer Verein Nimmelsburg 50.—, Schabernak d. B. 1.60, Dr. P. S. 5.—, Dr. Friedberg 10.—, Gesangverein Gerechtigkeit 30.—, Stod-

fabrik Gembely 10.—, Bilderrahmenmacher Berlins 30.—, Goldschmiede Berlins 20.—.

Wir bitten die Arbeiterschaft um eifrige Fortsetzung der Sammlungen.

In Dresden sind die Maler von vier der größten Werkstätten bereits in den Streik eingetreten. Andere werden voraussichtlich folgen.

Die Tischler in Wildbruff bei Dresden haben den Meistern folgende Forderungen gestellt: 10stündige Arbeitszeit, 15 pCt. Lohnerhöhung, 15 M. Minimallohn und für Ueberstunden 25 pCt. Zuschlag. Wenn die Forderungen bis zum 20. d. M. nicht bewilligt sind, soll in den Streik eingetreten werden. Die Meister haben sich inzwischen zu Unterhandlungen bereit erklärt.

Die Errichtung eines Arbeitersekretariats haben die organisierten Arbeiter von Frankfurt a. M. beschlossen. Ein Zusammengehen mit der bereits bestehenden Auskunftsstelle der Gesellschaft für Wohlfahrtsarbeiten lehnten die Gewerkschaften ab. Das Arbeitersekretariat soll aber erst ins Leben treten, wenn ein Fonds von 4000 M. angesammelt ist.

Der Schleiferstreik bei der Firma Natalis in Braun-schweig dauert fort. Die Unterhandlungen des Streikkomitees mit der Direktion, die im Beisein des Gewerberaths gepflogen wurden, sind resultatlos verlaufen, da die Direktion erklärte, die Streikenden nicht wieder einzustellen.

Die Möbelschleifer in Färth hatten ihre von uns bereits vor einigen Tagen mitgetheilten Forderungen zunächst in sechs Werkstätten dem Meister unterbreitet. Die Inhaber dieser Werkstätten lehnten die Forderungen ab, was ihre Gesellen zur Arbeits-einstellung veranlaßte.

Die Metalldrücker der Spielwaarenfabrik von Fischer in Erlangen sind in Differenzen mit dem Unternehmer gerathen.

Arbeiterbewegung in Württemberg. Der Stutt-garter Baugewerksmeister-Verein beschloß in seiner letzten Versammlung, den Gehilfen statt der seitherigen elfstündigen Arbeitszeit die zehnstündige Arbeitszeit zu bewilligen, eine entsprechende Lohnerhöhung für den Zeitausfall jedoch nicht eintreten zu lassen. Die Bauhandwerker werden nun in den nächsten Tagen in öffentlichen Versammlungen zu dieser Antwort der Prinzipale Stellung nehmen. Es ist zu hoffen, daß eine friedliche Einigung zu Stande kommt. — Der Streik in der Letzer'schen Kupfer-schmiede und Gießerei in Rottweil dauert unverändert fort. Wenn Jung fern bleibt, hoffen die Arbeiter ihre Forderungen: zehnstündige Arbeitszeit und Wiedereinstellung eines gemäßigten Kollegen, durchsetzen zu können.

Die Lohnkommission der schweizerischen Eisenbahn-angestellten erläßt an diese einen Fragebogen, der lautet: „Um sich über die Durchführung der Gehaltsregulierung ein möglichst genaues Bild zu verschaffen, ersucht die Lohnkommission jeden Angestellten um prompte Beantwortung folgender Fragen: Eintritt in den Nordostbahndienst? Bisheriger Jahresgehalt (per 31. Dezember 1895)? Seit wann hatten Sie diesen Gehalt? Welcher künftige Jahresgehalt ist Ihnen in dem Schreiben vom 28. Februar angezeigt worden? In welche Kategorie des Gehalts-schemas sind Sie eingestellt worden? Haben Sie Dienstwohnung? Ist deren Miethzins erhöht worden? Wenn ja, auf welchen Betrag? Welche Bemerkungen (Wünsche) machen Sie zur Neu-regulierung?“

Aus Frankreich. Die Arbeiter der Glashütte von Duche in Rouillon haben die Arbeit eingestellt, weil ihr „Arbeitgeber“ eine Anzahl Glasbläser von der Glashütte des berühmten Meßgenies in Gormay aufgenommen hatte. — In den Bergwerken von Uzelle bei Clermont-Ferrand stellten einige 50 Bergleute die Arbeit ein, weil ein Schichtmeister, dessen Entlassung sie verlangten, im Dienst behalten wurde.

Versammlungen.

Eine Vertrauensmänner-Sitzung der Töpfer fand am Donnerstag Abend bei Köllig statt. Der Besuch war ein sehr schwacher, es waren inkl. der vier Kommissionsmitglieder nur 24 Personen anwesend. Nach einer kurzen Einleitung seitens des Einberufers gaben die Anwesenden Bericht über die Verhältnisse, unter denen sie zu arbeiten gezwungen sind. Aus diesen Berichten geht hervor, daß auf 13 Bauten der Lohnsatz nicht bezahlt wird und nur zwei Firmen noch denselben innehalten. Im einzelnen ist hervor-zuheben, daß bei der Rathenower Firma 10 pCt. unter dem Tarif bezahlt wird, daß warentgeltliches Rachenabladen an der Tagesordnung ist, daß häufig auf Material gewartet werden muß, wodurch der Arbeiter geschädigt ist, weil er für die Wartezeit eine Vergütung nicht erhält, und daß auch Sonnabends zumeist der Lohn recht spät ausgezahlt wird. Auf einem Bau (Firma Rosenfeld) wird der Tarif auch nicht mehr bezahlt, es heißt dort, wir sollen machen, was wir wollen. Auf einem Bau in Pankow werden auf jedes Stück, also jeden Ofen, 2 M. weniger bezahlt, als es der Tarif vorschreibt, ferner muß jeder Töpfer, bevor er dort zu arbeiten anfangen kann, einen Provers unterschreiben, wonach er sich damit einverstanden erklärt, wenn es Sonnabends kein Geld geben sollte, bis zum folgenden Sonnabend zu warten. Diese Bedingungen sind unerträglich, daß sich aber trotzdem Arbeiter finden, die sie akzeptieren, wenn auch mit Widerstreben und Haß und Groll im Herzen, das liegt an der großen Noth, die vorhanden ist. Die Firma Herzog bezahlt nach dem Tarif, es ist aber oft Materialmangel vorhanden, die Zeit, die durch das Warten auf Material vergeht, wird nicht vergütet, so daß der Arbeiter den Schaden zu tragen hat. Töpfermeister Zahle bezahlt, wie ausgeführt wurde, je nachdem, aber wie, wurde nicht angegeben. Die Firmen Schwarz, Klammann und Schenk bezahlen nach einem von der Innung ausgearbeiteten Tarif, der niedriger ist als der gemeinsame, noch gültige Tarif. Herr Schenk läßt sich aber wenigstens die Rachen nicht umsonst abladen, sondern vergütet die betreffenden dafür. Töpfermeister Präscher, Friedevan (Bau Wilmersdorf) zieht 10 pCt. ab, es muß sich der Ofenseher die Rachen selbst auf den Gerüstplatz tragen, also auch theilweise umsonst arbeiten, es ist gerade so, als ob keine Arbeitsleute dazu zu haben wären. Im Bau des Töpfermeisters Chemnitz sollen keine Fenster eingestrichen sein; in bezug auf die Lohnfrage wurde gesagt: „er wird wohl bezahlen“. Meister David zieht bei jedem Ofen 1 M. ab, und bei den Hochmaschinen, die freistehend gesetzt werden, den Zuschlag, den die Mehrarbeit, die das Freistehende der Maschinen erfordert, ebenfalls. Nun kommt für manche Leser des „Vorwärts“ noch etwas ganz Neues. Ein Töpfermeister Dähle beliebt eine ganz eigenartige Lohnzahlung, „er zieht die Pfenninge ab“; na, was ist denn das, wird man fragen. Die Sache ist so: hat zum Beispiel ein Dienstler an einem Sonnabend 10 M. 99 Pfg. verdient, so bekommt er nur 10 M., die 99 Pfg. behält der Meister für sich, mit welchem Rechte? Das wissen wir nicht.

Noch ist hervorzuheben, daß auf einem Bau, wo für 50 000 Mark Töpferarbeit zu machen war, der Beruführer auf Befragen antwortete, ich habe alles nachgerechnet, es werden gerade nur 6000 M. übrig bleiben als Verdienst für den Meister, also gerade nur 6000 M. von einem Bau und dann abziehen und immer abziehen. Nach dieser Berichterstattung wurde über die Einigungs-angelegenheit der Töpfer Berlins gesprochen, da die Abklärung der angeführten Verhältnisse nur durch Einigkeit möglich ist. Es wurden dazu folgende Vorschläge gemacht: 1. Um beiden Theilen gerecht zu werden, sind beide Organisationen bestehen zu lassen. 2. Die Lokalorganisation soll bestehen bleiben als Arbeits-

nachweis und Bibliotheksverein mit 10 Pfennigen Beitrag pro Woche, die Zentralorganisation bleibt ebenfalls bestehen, dazu zählt jeder pro Woche 15 Pf. Dann wird nebenbei eine freiwillige Marke eingeführt. 3. Der Kommission sind Mittel zuzuführen durch eine freiwillige Marke. Die öffentlichen Versammlungen haben darüber zu beschließen, wie dieses Geld verwendet werden soll. 4. Als organisiert gilt jeder Töpfer und Berufsgenosse Berlins und Umgegend, der, so lange er in Arbeit steht, freiwillig wöchentlich zum Unterstützungsfonds steuert, was durch Marken zu quittieren ist. Von den wöchentlichen Einnahmen, die jeden Montag Abend geregelt werden, gehen ab 5 pCt. für Verwaltung, 25 pCt. zum Agitationsfonds Deutschlands, die übrigen 70 pCt. zum Ort zur Regelung der Verhältnisse in Berlin und Umgegend. Zur Verwaltung werden 21 Kollegen gewählt, von denen alle halben Jahre der dritte Theil ausscheidet. 5. Eine einheitliche Marke einzuführen zur Führung des wirtschaftlichen Kampfes in Berlin. 6. Alle Erörterungen über die früheren Zwistigkeiten sind zu vermeiden, um etwas Neues schaffen zu können. Der Zentralverband soll als Haupttribüne bestehen bleiben, der Lokalverein bleibt für Berlin beibehalten. 7. In Berlin wird ein Arbeitsnachweis gegründet. Die Aufgabe der Kommission soll sein, einen Tarif auszuarbeiten, Einigkeit zu schaffen, um dann vorzugehen. Indem wir die angeführten Vorschläge hiermit der Gesamtheit der Kollegen unterbreiten zur weiteren Diskussion, geben wir zugleich bekannt, daß heute, abends 6 Uhr, wiederum Neue Friedrichstraße 44 bei Köllig eine Sitzung der Vertrauensmänner stattfindet, in der zunächst auch wieder über die herrschenden Verhältnisse in unserem Berufe und dann über die Beseitigung derselben, die nur in der Einigkeit ihre Begründung finden kann, beraten wird.

Wir fordern alle Kollegen auf, dafür zu sorgen, daß die Sitzung heute Abend besser besucht ist als diese, worüber wir hier schreiben. Jeder Bau soll einen Vertrauensmann entsenden, man sage nicht: laßt doch die machen, wie sie wollen, wenn sie etwas zu Stande bringen, dann schließen wir uns an. Das ist nicht richtig, es soll jeder sogleich mit Hand ans Werk legen und thätig sein, um die Aktionsfähigkeit der Töpfer Berlins wieder herzustellen zu können.

NB. Siehe auch Inserat in heutiger Nummer.

Die Kommission.

Die Textilarbeiter verhandelten am 9. März in einer gut besuchten Versammlung über die Stellung zum Kongreß der Textilarbeiter, der am 5. und 6. April in Apolda stattfindet. Köhle erläuterte in eingehender Weise die Fragen, welche den Kongreß beschäftigen werden. Als besonders wichtig gelten die Forderungen eines einheitlichen Vereinigengesetzes, die Arbeitslosenunterstützung, die Forderung auf Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren und die Schaffung eines einheitlichen Lohnsatzes für die mechanische Weberei. Die Vertretung auf dem Kongreß wurde Köhle, Voigt und Berger übertragen. Ueber die Lohnbewegung der Stricker und Strickerinnen berichtete Häbich, daß durch das korrekte Verhalten der Arbeiter und Arbeiterinnen ein Lohnzuschlag von 20 pCt. erzielt wurde; nur die Arbeiter bei der Firma Becker ließen sich einen Abzug von 10 pCt. gefallen. Redner fordert die Anwesenden auf, recht eifrig für die Organisation zu agitieren, damit das Erreungene auch dauernd erhalten bleibe. Nach einem kurzen Situationsbericht über den Streik in Kottbus wurden die Mitglieder zur regen Unterstützung der Ausständigen aufgefordert.

Die Arbeiter der Nähmaschinenfabrik von Frister u. Hoffmann waren am 10. März vom Holzarbeiter-Verband zu einer Versammlung eingeladen, in der über die Stellungnahme zum Streik der Holzarbeiter Beratungen gepflogen wurden. Leider war der Besuch sehr mäßig, nur die Streikenden hatten sich vollständig eingefunden. Von dem Referenten Wiedemann wie auch von den Rednern in der Diskussion wurde bemerkt, daß es wohl kaum eine Fabrik gebe, in der die Arbeiter so gleichgültig ihren Interessen gegenüberstehen, als in jener Fabrik; eine Bierspende von Seiten der Direktion genügt, um die Arbeiter vom Besuch einer Versammlung zurückzubalten. In einer Resolution beschloß die Versammlung die Fortsetzung des Streiks und empfahl den Tischlern, die Fabrik zu meiden.

Eine von über 3000 Personen besuchte Versammlung der Klempner, zu der auch sämtliche Klempnermeister eingeladen waren, tagte am 15. März im Feenpalast. Einziger Punkt der Tagesordnung war: Beschlussfassung über den Eintritt in die Lohnbewegung, wozu O. Näther das einleitende Referat übernommen hatte. Der Redner wies darauf hin, daß viele Klempner trotz der langen Arbeitszeit nicht einmal den ortsüblichen Tagelohn erzielen und sogar diesen, was besonders bei den Bauklempnern oft der Fall ist, erst beim Gewerbergericht einlangen müssen. Im Hinblick auf andere Gewerkschaften, die bereits einen Stundenlohn von 55 bis 60 Pf. und längere Arbeitszeit erworben haben, wäre es wünschenswert, daß gleich der Tischlerinnung auch die Klempnermeister die minimalen Forderungen ohne weiteres bewilligten. Er habe sich deshalb mit dem Obermeister Langendücker ins Einvernehmen gesetzt und denselben ersucht, eine Versammlung der Meister einzuberufen, die sich mit dieser Frage beschäftigt. Da diese Versammlung noch nicht stattgefunden hat, sei es angebracht, die Forderungen am Montag, den 16. d. M. an die Meister zu stellen, ihnen aber 3 Tage Bedenkzeit zu lassen, um auch der Innung Gelegenheit zu geben, Beschlüsse zu fassen. Zu erwägen sei, daß ein großer Theil anderer Arbeiter wie Schlosser u. s. w. in Mitleidenschaft gezogen werden und Stellung dazu nehmen müssen. Für alle diese müsse gleichfalls, wenn sie in den Kampf eintreten, die neunstündige Arbeitszeit als Hauptforderung gelten. Redner betonte sodann, daß mindestens die erste Woche auf Streikunterstützung verzichtet werden müsse, zumal noch nicht abzusehen wäre, welchen Umfang der Streik annehme, falls eine Verständigung mit den Meistern nicht erzielt werden kann. Jedensfalls sei aber zu erwarten, wenn die Klempner beschließen, in den Kampf einzutreten, daß sie dann mit Ehren aus demselben hervorgehen, trotzdem ihnen keine Versprechungen auf hohe Unterstützungen gemacht werden können. Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen. In der darauf folgenden Diskussion sprachen sich sämtliche Redner für die von den Vertrauensmännern vorgeschlagenen Forderungen aus. Von einzelnen Rednern wurde auch die Regelung der Akkordlöhne gewünscht. Klempnermeister Spohnholz führte an, daß in seinen Werkstätten die geforderten Löhne schon seit 3 Jahren bezahlt werden. Es müßte das Hauptgewicht auf die Verkürzung der Arbeitszeit gelegt werden, wodurch sich die Löhne eher regeln lassen. Von Litin wird ebenfalls darauf hingewiesen, daß in erster Linie mit den Schindwerkhäusern, in denen noch Löhne von 12—15 M. bezahlt, ausgedrückt werden müßte. Es wird in dieser Lohnbewegung ein großer Opfermuth an den Einzelnen gestellt werden, weil nach den Grundfahnen des Berliner Metallarbeiter-Verbandes 2/3 der Streikenden Mitglieder sein müssen, um regelmäßige Streikunterstützung zu erhalten. Dies sei aber bei den Klempnern nicht der Fall und es kann daher nur eine größere Pauschal-summe der Lohnkommission überwiesen werden, was voraussichtlich auch von den anderen Organisationen, die in Betracht kommen, gleichfalls geschehen wird. Nachdem Jaekel vom Hirsch-Tunderschen Gewerksverein die Erklärung abgegeben, daß genannter Verein sich mit dieser Lohnbewegung solidarisch erklärt und die Mitglieder sich verpflichtet haben, stritte an den gestellten Forderungen festzuhalten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 15. März tagende Versammlung der Klempner beschließt, Montag, den 16. März in allen Werkstätten folgende Forderungen zu stellen: 9stündige Arbeitszeit, 45 Pf. Minimallohn pro Stunde, 25 pCt. Zuschlag für Ueberstunden, jeden Sonnabend ein Stunde, an dem Tage vor den drei hohen Festen zwei Stunden früher Feierabend ohne Lohnabzug. Ueberall dort, wo diese Forde-

Achtung! I. Wahlkreis. Achtung!

Mittwoch, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, in Cohn's Festsälen, Weuthstr. 2:

Öffentliche sozialdemokrat. Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Der 18. März und seine Bedeutung für das Proletariat. Referent **Dr. Pinn.**
Frauen sind besonders eingeladen. 208/5
Der Vertrauensmann.

Frauen. 3. Wahlkreis. Männer.

Mittwoch, den 18. März 1896, abends 8 Uhr:

Gr. Volksversammlung

in der „Ressource“, Kommandantenstr. 57.

Tages-Ordnung:

Der 18. März und seine Bedeutung für das arbeitende Volk. Referent: Reichstags-Abgeordneter Gen. **Vogtherr.**
Um zahlreiches Erscheinen, insbesondere der Frauen, ersucht
218/8 Der Einberufer.

4. Wahlkreis. Süd-Ost.

Volks-Versammlung

am 18. März, abends 8 Uhr, im Lokale „Sanssouci“, Kottbuserstraße Nr. 4 a.

Tages-Ordnung:

Die politischen Zustände vom Jahre 1848 bis 1896. Referent: Genosse **Paul Singer.**
Um zahlreiches Besuch bittet
215/18 Der Einberufer

Achtung! IV. Wahlkreis. Achtung!

Mittwoch, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr:

Große Volksversammlung

in Keller's Festsälen, Koppenstraße 29.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **A. Hoffmann** über: Der 18. März und seine Bedeutung für das Proletariat.
Um zahlreiches Erscheinen insbesondere der Frauen ersucht
215/14 Der Vertrauensmann.

Achtung! 5. Wahlkreis. Achtung!

Grosse Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die Bedeutung des 18. März. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Robert Schmidt.**
217/10 Der Einberufer.

6. Wahlkreis.

Mittwoch, den 18. März, abends 8 Uhr,

Versammlungen:

Moabit:

Ahrens' Brauerei, Thurmstraße 26.

Referent: **Ferdinand Ewald.**

Wedding:

Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23.

Referent: Reichstags-Abgeordneter **Wilhelm Liebknecht.**

Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen:
im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 35.

Referent: **Theodor Glocke.**

Schönhauser-Rosenthaler Vorstadt:

Berliner Prater, Kastanien-Allee.

Referent: Reichstags-Abgeordneter **Emanuel Wurm.**

Tagesordnung: Die geschichtliche Bedeutung des 18. März.
219/19 Der Vertrauensmann.

Stellmacher!

Heute, nachmittags 3 Uhr,

im Lokale von **Gründel**, Brunnenstraße 188,
Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung der Lohnkommission über die Lage des Streiks.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zu dieser Versammlung sind sämtliche Arbeitgeber, welche die Forderungen bisher nicht bewilligt, besonders eingeladen. 159/15
Die Lohnkommission.

Achtung! Schuhmacher.

Heute, Dienstag, den 17. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale **Königsbank**, Gr. Frankfurter-Straße 117,

Große öffentliche Versammlung

aller in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über den Stand des Streiks in den mechanischen Schuhfabriken. 2. Bericht der Fünfer-Kommission über die Verhandlung mit dem Fabrikantentag über die neunstündige Arbeitszeit. 168/8
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Agitationskommission.

Metallarbeiter!

Dienstag, den 17. März 1896, abends 8 Uhr:

4 große allgemeine Versammlungen sämtlicher Metallarbeiter

in folgenden Lokalen:

„**Cösliner Hof**“, Cöslinerstraße 8. **Kiebig**, Große Frankfurterstraße 28.
Henke, Naunynstraße 27. **Bolz**, Alte Jakobstraße 75.

Tages-Ordnung:

Die Lohnbewegung der Klempner und welche Stellung nehmen hierzu die Berliner Metallarbeiter ein?

Referenten: **Litfin. Petzold. Stopsack. Naether.**

Kollegen! Die Lohnbewegung der Klempner, welche große Kreise der übrigen Metallarbeiter in Mitleiden-schaft zieht, erfordert großen Opfermuth. Zeigt daher, daß Ihr gewillt seid, Eure kämpfenden Kollegen zu unterstützen.

Achtung, Klempner!

Bewilligt haben bis jetzt: **Grund**, Abalberstraße; **Gericks**, Pringensstraße; **Förster & Delcourt**; **Schlein & Stephani**; **Rudorf**, Auguststraße; **Kiesow & Cie.**; **Reinh. Lange**; **Karney**, mit insgesammt 190 Kollegen.

Im Auslande befinden sich bereits sämtliche 47 Kollegen der Firma **Sielaff**, Zionstr. 49; **Kersten Nachfl.**, Simeonstr. 15 mit 12 Kollegen. Bei **Voigt & Uertmann**, Tempelhofer Ufer 23, sind 2 Kollegen gemahregelt. Zuzug ist nach diesen Verhältnissen fernzuhalten.

Das **Streikbureau** befindet sich im Lokal von **Bergner**, Annenstr. 16, und ist geöffnet mittags von 12-3 Uhr. Vom Donnerstag ab ist das Bureau geöffnet von morgens 9 bis nachmittags 5 Uhr. In allen Streikangelegenheiten haben sich die Kollegen dorthin zu wenden. 118/19

Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter: **Otto Naether, N., Anklamstr. 44.**

Achtung!

Maler u. Berufsgen.

Große öffentliche Versammlung

am **Donnerstag**, den 19. März ex., abends 8 Uhr, im großen Saale des **Herrn Keller**, Koppenstraße Nr. 29.

Tages-Ordnung:

1. Die gegenwärtige Situation unseres Streiks.
 2. Die weiteren Maßnahmen.
- Zu dieser Versammlung sind die Kollegen von den Werkstätten **Edler**, Friedrichstraße, **Sobotta**, **Bodenstein**, **Lange**, Elsfasserstraße, **Eilers**, Hofmaler, **Köhn**, Hasenplatz, besonders eingeladen.
Es ist Ehrenpflicht sämtlicher Kollegen Berlins und der Vororte, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Alles nähere Säulenanschlag am **Mittwoch**.

Die Lohnkommission. J. A.: **G. Link.**

Orts-Krankenkasse der Möbelpolirer.

Palmsontag, den 29. März 1896, nachm. 2 Uhr, bei **Wiedemann**, Blumenstraße 38:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Mandanten. 2. Bericht der Revisoren und Decharge-Ertheilung. 3. Erziehung eines Vorstandsmitgliedes (Arbeitnehmer). 4. Anträge. 5. Verschiedenes.
Berlin, den 22. März 1896.
148/4 Der Vorstand.

Textilarbeiter-Verband

(Filiale der Posamentiere).

Mittwoch, den 18. März ex., abends 8 Uhr, Alte Jakobstr. 88: 197
Versammlung. Der Vorstand.

Spandan.

Mittwoch, den 18. März, abends 8 Uhr, im Lokale **Brauerei Pichelsdorf**:

Öffentliche Volks-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Der 18. März. Referent **Otto Naether.**
2. Diskussion.
3. Der 1. Mat. 299b



liefert schnell und billig

Jean Holze,

Hamburg, gr. Drehbahn 45.

Verlangen Sie Muster.

Zum Börsengesetz-Entwurf § 73.

Zur notwendigen und lehrreichen Kritik über Verleitung u. Ausbeutung eines unkundigen Geschäftsmannes zu Börsenspekulationsgeschäften von einer bekannten Königsberger Firma steht Interessenten das betreffende Material zur Verfügung.

Die Enthüllungen dürften Aufsehen erregende fast unglückliche Details zu Tage fördern.

Gefällige Offerten u. „Opfer 100“ an die Exped. dieser Ztg.

Zentralverein der Bildhauer.

Dienstag, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Annenstr. 16.

Versammlung.

Tagesordnung: **Modellabend.** Der Vorstand.

Holzarbeiter!

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Die zu **Mittwoch**, den 18. März, anberaumte Versammlung der Vertrauensmänner fällt aus und findet die nächste Versammlung **Mittwoch**, den 25. März, statt.

NB. Wir ersuchen die Kollegen, welche Arbeit suchen, sich auf dem Arbeitsnachweis Annenstr. 39 zu melden, da eine ganze Anzahl Stellen, insbesondere auf bessere Möbelarbeit zu besetzen sind. 276/2

2 große Versammlungen

des Deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes

am **Dienstag**, den 17. März 1896, abends 8 1/2 Uhr,

Für **Moabit-Wedding**: **Raabe's Gesellschaftshaus**, Kolbergerstr. 23;

Für **Rixdorf**: in den **Viktoria-Sälen**, Hermannstr. 44.

Tages-Ordnung:
1. Was müssen wir thun, um das Errungene zu halten? Referentinnen: **Frau Emma Jhrer** und **Fräulein Ottilie Baader.** 162/15

2. Diskussion.
Die Kollegen und Kolleginnen aller Branchen der Schneiderei und Konfektion sind eingeladen. Gäste sind willkommen.

Die Bevollmächtigten.

Weissensee.

Mittwoch, den 18. März, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn **Gähling**, Langhansstr. 106:

Große öffentliche Volksversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der 18. März und seine Bedeutung für das Proletariat. Referent **Paul Jahn.** 2. Diskussion. 293b

Um zahlreiches Erscheinen, insbesondere der Frauen ersucht
Der Vertrauensmann.

Achtung! Charlottenburg. Achtung!

Mittwoch, 18. März, abends 8 1/2 Uhr, in **Bismarckshöhe**, **Wilmersdorferstraße 39**:

Große öffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:
1. Die Bedeutung des 18. März. Referent **Vöhsch.** 2. Diskussion.
Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Künstl. Zähne 2 M. Schmerzloses Zahnziehen u. Nervtöden 1 M. Plomb. 1.50. Rep. sof. Theilzahlg. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-7 Uhr.